Schwarz-rote Internetzensur, S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 2 – 12. Januar 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Raus aus den alten Bahnen: Die Reichstagskuppel am Morgen

Bild: action press

Sehnsucht nach Neuem

Wunsch nach umwälzender Neuordnung des Parteiensystems erreicht die Mitte

Die Groko-Gespräche offenbaren, wie verbraucht die alten Volksparteien sind. Der Ruf nach grundlegendem Neuanfang wird lauter.

Verhandlungen über die Bildung einer neuen Bundesregierung vermochten die Deutschen unlängst regelrecht zu elektrisieren. Mit Spannung und reger Anteilnahme verfolgte das Wahlvolk selbst noch die zähen Jamaika-Sondierungen im Herbst vergangenen Jahres.

Dem gegenüber sticht das gelangweilte Halbinteresse, mit welchem die Öffentlichkeit den Anlauf zu einem weiteren schwarz-roten Bündnis gerade so zur Kenntnis nimmt, ins Auge. Niemand „fiebert“ dem Ergebnis entgegen, Debatten zum Thema, wenn sie denn überhaupt geführt werden, legen weder nennenswerte Befürchtungen noch große Erwartungen frei. Alles zerläuft ins Einerlei.

Dabei ist das Interesse der Deutschen an Politik keineswegs zurückgegangen, im Gegenteil: Jüngste Untersuchungen belegen, dass die Bundesbürger sich nicht etwa weniger, sondern messbar stärker für Politik interessieren als noch vor Jahren. Nur gelingt es den Volksparteien nicht mehr, dieses Interesse auf ihre Mühlen zu lenken.

Das Ende des hergebrachten Parteiensystems ist schon oft beschworen worden. Abgesehen vom Auftreten der AfD aber hat sich bislang nicht viel bewegt. Das aber könnte sich ändern, und es sind gerade die merkwürdig faden Verhandlungen zu einer neuen Groko, welche die Phantasie beflügeln bis mitten ins Zentrum des politischen Spektrums.

> »Macronisierung« als Ausweg aus der Sackgasse

Links ventiliert Oskar Lafontaine bereits die Idee einer neuen linken Volkspartei aus Teilen von Linkspartei, SPD und Grünen (siehe S. 3). Ein Projekt, das mit Hinblick auf die Verzweiflung vieler SPD-Anhänger die Zerstrittenheit bei Lafontaines Dunkelroten und der Erstarrung der Grünen nach dem Scheitern von „Jamaika“ durchaus Sprengkraft besitzt.

In der durchaus regierungsfreundlichen „Welt“ träumt eine prominente Kommentatorin von einem „Guru“, der die „Macronisierung der deutschen Parteienlandschaft anzettelt“. Man sehnt sich also nach einem jungdynamischen Charismatiker, der die alten Parteienstrukturen komplett aus den Angeln hebt.

Das ist ein Sprung: Bislang wurde hauptsächlich darüber diskutiert, wer in der CDU Angela Merkel ersetzen könnte oder wer „zum neuen Hoffnungsträger der SPD“ taugt, nachdem Martin Schulz komplett verdampft ist, Olaf Scholz sich offenkundig nicht aus Hamburg heraustraut und Sigmar Gabriel sprunghaft bleibt wie eh und je.

Der Wunsch nach „Macronisierung“ zeigt an, wie die Hoffnung schwindet, dass die beiden großen Parteien zu ihrer Selbsterneuerung überhaupt noch imstande sind. Für die CDU hieße eine solche „Macronisierung“, dass die inhaltliche Beliebigkeit einer Angela Merkel, vor allem aber ihre Verdrängungskraft gegen alle innerparteilichen Konkurrenten, diese einst große Volkspartei am Ende selbst erschöpft und damit historisch erledigt hätte.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

Wem vertrauen?

Es ist so etwas wie das „Vertrauens-Ranking“, das Ergebnis der immer zum Jahreswechsel von Forsa im Auftrag der Mediengruppe RTL durchgeführten Umfrage zur Haltung der Bevölkerung zu „nicht-politischen gesellschaftlich relevanten Institutionen“. Vergegenwärtigt man sich die Ereignisse des vergangenen Jahres, kann es nicht verwundern, dass die Menschen vielen Institutionen, die bisher immer weit oben auf der Liste standen, nicht mehr trauen. Da sind zunächst generell Unternehmen und Arbeitgeber zu nennen, deren Ansehen dramatisch gesunken ist. Kein Wunder angesichts von Diesel-Skandal, Air-Berlin-Pleite und dem geplanten Stellenabbau bei Siemens. Dass die Deutschen sich nicht mehr länger etwas vormachen lassen, beweist ihre Haltung zum Islam. Angesichts zahlreicher von Muslimen begangener Terroranschläge haben gerade noch neun Prozent der Deutschen Vertrauen in ihn. Bei der Vorjahresbefragung waren es noch 25 Prozent. Auch die Bundeswehr und die Medien erlitten einen deutlichen Vertrauensverlust. Dass das Vertrauen in die Institution Schule wegen der schlechten Bildungssituation und teilweise ins Groteske entarteter Unterrichtsinhalte weiter gesunken ist, war zu erwarten. Ganz weit hinten rangieren Banken und Versicherungen.

Weiterhin hoch hingegen ist das Vertrauen in Universitäten, Ärzte und den eigenen Arbeitgeber. An der Spitze steht mit 83 Prozent die Polizei – trotz der Pannen im Fall Amri und ihres wenig überzeugenden Auftritts beim G20-Gipfel ein Zuwachs um sechs Prozentpunkte. Meinungsforschungsinstitute übrigens liegen auf einem guten siebenten Platz, weshalb wir den hier gemachten Angaben getrost vertrauen dürfen.

Bundesregierung schummelt bei Asylzahlen

Mit Kniffs und Begriffswirrwarr wird die Statistik dem Obergrenze-Kompromiss der Union »angepasst«

Auf die Frage, wie viele Immigranten in diesem Jahr nach Deutschland gekommen sind, antwortete Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) der „Bild am Sonntag“ Anfang Dezember: „Ich rechne für das ganze Jahr mit einer Zahl von unter 200 000 Migranten. Ende November waren wir knapp bei 173 000.“

In dieser Zahl ist jedoch nur die Zahl der meist unerlaubt Einreisenden, die Asylanträge stellen, angegeben. Dabei hat der Minister aber vier weitere Gruppen von Zuwanderern über das Asylgesetz bewusst vergessen, die seit der Massenzuwanderung von 2015/16 immer mehr ins Gewicht fallen. So fehlen in seiner neuen Asylsucherstatistik die nachziehenden Angehörigen von bereits anerkannten Schutzberechtigten. Diese tauchen in keiner Asylstatistik auf, obwohl es im vergangenen Jahr wohl zwischen 70 000 und 120 000 waren, die als Verwandte von Asylsuchern einreisen konnten.

> Von »Erfolgsbilanz« kann keine Rede sein

Allein 55 000 bis 62 000 Visa zur Familienzusammenführung sollen für die sechs wichtigsten Herkunftsländer (Syrien, Irak, Afghanistan, Iran, Eritrea, Jemen) ausgestellt worden sein. Eine genaue Statistik darüber gibt es nicht, weil das Außenministerium den Nachzug von Familien von Schutzberechtigten nicht gesondert erfasst, da die nachziehenden Ehepartner, Kinder und Eltern selbst keinen Asylantrag stellen.

Ebenso wie die tausenden Immigranten, die über sogenannte Resettlement-Programme der Vereinten Nationen und der EU sowie humanitäre Aufnahmeprogramme von Bund und Ländern nach Deutschland geholt werden. Im Rahmen solcher Programme wurden in den letzten Jahren etwa 10 000 jesidische Frauen in Deutschland aufgenommen, ohne dass sie Asyl beantragten, allerdings auch über das Asylbewerberleistungsgesetz bezahlt werden. Auch die sogenannten unbegleiteten Ausländer, die ihr Alter als minderjährig angeben, deren Zahl in den letzten Jahren immer größer geworden ist, sind nicht gezwungen, einen Asylantrag zu stellen.

> Zahlen doppelt so hoch wie angegeben

Diese vier Gruppen von Zuwanderern zusammengerechnet könnten insgesamt größer sein als die von de Maizière eingestandenen 200 000 Asylsucher für 2017. Die genaue Zahl der Zuwanderung über das Asylrecht kann man, wenn überhaupt, nur aus der Ausländerstatistik oder der Statistik der Zu- und Fortzüge herausfiltern, die mit einem Jahr Verspätung erscheinen wird. So zogen beispielsweise 2014 rund 1,3 Millionen Ausländer nach Deutschland, 2015 sogar 2,1 Millionen – Zahlen, die mehr als das Doppelte über die Jahreszahlen der Asylsucher hinausgingen. Es ist anzunehmen, dass es sich bei den Zahlen für 2017 ebenso verhält.

In den Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhielten bis Ende November nur 0,7 Prozent der Antragsteller Asyl nach dem Grundgesetz, allerdings 21 Prozent der Antragsteller erhielten den Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention. Diese beiden Gruppen von anerkannten Asylsuchern dürfen legal ihre Familienangehörigen nach Deutschland nachholen, ohne dass diese in der Statistik auftauchen. Zwei weitere Gruppen von Asylsuchern, nämlich die mit subsidiären Schutz und diejenigen, für die ein Abschiebeverbot besteht, dürfen zwar in Deutschland bleiben, aber sie haben zumindest bis März 2018 keinen Anspruch auf Familienzusammenführung.

Diese vier Schutztitel zusammengenommen machten im vergangenen Jahr etwa 44 Prozent aller Anträge von Asylsuchenden aus.

Bodo Bost

MELDUNGEN

NATO hat jetzt eigene Hymne

Brüssel – Fast 70 Jahre nach ihrer Gründung hat die NATO eine eigene Hymne bekommen. Das Musikstück, zu dem es keinen Text gibt, wurde von dem Luxemburger Militärmusikdirektor André Reichling komponiert. Bisher vertrat der Nordatlantikrat, das höchste politische Gremium der NATO, die Auffassung, eine Hymne sei Ausdruck nationaler Souveränität und somit für eine übernationale Organisation verbündeter Staaten nicht passend. Dementsprechend wurde in den ersten Jahren nach Gründung der NATO bei offiziellen Anlässen ein von dem britischen Militärmusiker J.L. Wallace arrangiertes Potpourri aus den ersten drei Strophen aller Hymnen der Bündnisländer gespielt, was wenig vorteilhaft klang. Seit 1967 intonierten die Militärmusiker Beethovens Klänge zu Schillers Ode „An die Freude“, bis 1989 anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Bündnisses Reichlings Melodie uraufgeführt wurde, die seitdem als inoffizielle NATO-Hymne galt. Nun endlich haben sich die Oberen des Bündnisses dazu durchgerungen, sie auch offiziell als solche zu benennen. *J.H.*

China rekrutiert westliche Spione

Köln – Das Bundesamt für Verfassungsschutz registriert eine massive Anwerbungs-Kampagne von Mittel- und Westeuropäern, die vom chinesischen Ministerium für Staatssicherheit MSS ausgeht. Das Vorgehen erfolgt zumeist unter der Tarnung als Mitarbeiter des „Centre for Sino-Europe Development Studies“, von Consulting-Firmen, von Denkfabriken oder als Wissenschaftler. Europäer mit besonderen Kenntnissen oder Einblicken erhalten Angebote für „Analysen“, deren Honorare sich nicht selten auf fünfstellige Beträge belaufen. Andere bekommen Angebote für gutbezahlte Arbeit oder auch nur für Vortragsreihen an Universitäten Chinas. Ziel ist es stets, die kontaktierten Personen zu Reisen nach Peking zu bewegen, wo sie mit Verlockungen oder auch Erpressungen zur Spionage-Tätigkeit gewonnen werden sollen. Bereits seit Langem werden chinesische Stipendiaten an westeuropäischen Universitäten gezwungen, monatlich in ihrer örtlichen Botschaft zu erscheinen und sowohl über ihre Professoren zu berichten als gerade auch technische Erneuerungen zu melden. Eine zentrale Rolle unter Pekings Geheimdiensten nimmt dabei das MSS mit seinen rund 100000 Mitarbeitern ein. Es ist mit Abwehr-Aufgaben und mit Spionage-Aktivitäten betraut. Daneben existiert der militärische Auslandsnachrichtendienst MID, der primär von den Militärattachés an den chinesischen Botschaften betrieben wird. Sie sind für die Beschaffung von Informationen zuständig, welche die äußere Sicherheit ihres Landes betreffen. Dazu gehören vor allem Struktur, Stärke und Ausrüstung ausländischer Streitkräfte. Das Polizeiministerium (MPS) wiederum hat die Medien und den Internet-Verkehr zu kontrollieren. Neu ist der technische militärische Nachrichtendienst NSD, der technische Spionage und Cyber-Aufklärung betreibt und für die IT-Sicherheit und die Cyber-Abwehr im Militärbereich zuständig ist. Handelt es sich hierbei sämtlichst um staatliche Stellen, so ist das „Büro 610“ eine Institution der Kommunistischen Partei. Seine Hauptaufgabe ist die Beobachtung und Verfolgung von Regimegegnern sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes. *F.W.S.*

Internetzensur à la Schwarz-Rot

Heiko Maas’ Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist seit Anfang des Jahres voll in Kraft

Seit dem 1. Oktober vergangenen Jahres ist das von Justizminister Heiko Maas initiierte Netzwerkdurchsetzungsgesetz nun in Kraft. Mit dem Beginn dieses Jahres endeten die letzten Übergangsfristen und die Betreiber von sozialen Netzwerken, wie etwa Facebook und Twitter, sind nunmehr gehalten, vermeintlich strafbare Inhalte binnen Tagesfrist zu löschen. Kommen die Betreiber diesem Anliegen der Bundesregierung nicht nach, drohen ihnen Ordnungsgelder in Millionenhöhe.



Bild: Alex Florstein Fedorov, Wikimedia Commons

Unter anderem Sitz des mehrsprachigen sozialen Netzwerkes Vk.com: Das Singer-Haus in Sankt Petersburg

Deshalb hat die Firma Facebook, als weltweit größter Anbieter, bereits mehrere Arbeitsgruppen in Deutschland aufgebaut. Insgesamt 1200 Angestellte sollen sich künftig ausschließlich damit beschäftigen, Drohungen und Beleidigungen, aber auch nur missliebige Meinungsäußerungen zu löschen. Angesichts der schieren Masse des mit dieser Aufgabe betrauten Personals und der wenigen Monate Zeit, in denen die Arbeitsgruppen von Facebook aufgestellt wurden, steht zu befürchten, dass die Mitarbeiter kaum über die hinreichende Qualifikation verfügen, die von Nutzern hochgeladenen Beiträge und Kommentare juristisch adäquat bewerten zu können. Hierfür spricht bereits, dass die Beschäftigten nicht von Facebook selbst, sondern von externen Personaldienstleistern, wie der österreichischen Firma Competence Call Center oder der Bertelsmann-Tocher Arvato, angestellt werden.

Durch das neue Gesetz sind die Betreiber sozialer Netzwerke zudem gezwungen, ihren Nutzern eine unkomplizierte Möglichkeit anzubieten, als unangemessen empfundene Beiträge zu melden und den Löschgruppen zur Prüfung vorzulegen. Die digitale Denunziation soll so leicht wie nur eben möglich gemacht werden. Kommen die anbietenden Unternehmen dem Wunsch nach Löschung nicht oder nicht zeitnah genug nach, so räumt das Netzwerkdurchsetzungsgesetz den meldenden Nutzern die Option ein, sich hierüber beim Bundesamt für Justiz zu beschweren. Die Behörde kann gegen die Betreiber dann ein Bußgeld verhängen.

> Viele deutsche Nutzer haben bereits zu rein ausländischen Netzwerkbetreibern wie dem russischen Portal Vk.com gewechselt

Das Pikante daran ist, dass ein Rechtsmittel derjenigen, deren Beitrag zu Unrecht gelöscht wurde, weil er eben nicht gegen geltendes Recht verstößt, in dem Gesetz der Bundesregierung von vornherein nicht vorgesehen wurde. Ein weiterer interessanter Fakt ist, dass der Kampf gegen strafbare Inhalte von Justizminister Maas zwar gern öffentlichkeitswirksam in den Vordergrund gestellt wird, eine weitere Strafverfolgung aber offensichtlich gar nicht angedacht ist. Verstößt ein hochgeladener Beitrag nämlich tatsächlich gegen geltendes Strafrecht, so sind die Betreiber sozialer Netzwerke lediglich dazu angehalten, nach einer Löschung die betreffenden Inhalte zu Beweissicherungszwecken für zehn Wochen zu archivieren. Eine automatische Weiterleitung des Vorganges an die Strafverfolgungsbehörden ist vom Gesetz hingegen gar nicht vorgesehen. Dies spricht dafür, dass die Justiz nicht in nennenswertem Umfang mit den Folgen der gewollten exzessiven Löschpraxis befasst werden soll. Dabei könnte sich nämlich sehr schnell herausstellen, dass viele der gelöschten Beiträge rechtlich gar nicht zu beanstanden sind. Außerdem würden ansonsten erhebliche und kostenintensive personelle Kapazitäten bei Gerichten und Staatsanwaltschaften gebunden. Selbst bei dem für die Umsetzung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes verantwortlichen Bundesamtes für Justiz werden nur wenige Stellen zur Überwachung des Vorhabens geschaffen. Während man die Netzwerkbetreiber dazu zwingt, Tausende neuer Mitarbeiter zur regierungskonformen Kontrolle des Internets anzuheuern, stellt Minister Maas in seiner Behörde lediglich 50 Verwaltungsangestellte zu demselben Zweck bereit. Die gesamte Ausgestaltung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes ist darauf angelegt, möglichst viele unerwünschte Kommentare und Beiträge zu zensieren. Dabei macht man sich einerseits zu Nutze, dass die Betreiber sozialer Netzwerke aufgrund der privatrechtlich ausgestalteten Vertragsbeziehungen zu ihren Nutzern, diesen sehr viel weitergehende Einschränkungen im Hinblick auf ihr Kommunikationsverhalten auferlegen dürfen, als dies dem Staat selbst erlaubt wäre, und zum anderen übt man mit abstrus hohen Sanktionsmöglichkeiten Druck auf die Anbieter aus, damit diese die Spielräume des Sag- bzw. Schreibbaren möglichst klein halten. Insgesamt ist dies ein mit sehr viel Perfidie ausgeklügeltes System zur Einschränkung der Meinungsfreiheit, deren Verfassungsmäßigkeit höchst fraglich ist.

Ob das Gesetz von Heiko Maas daher einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht oder europäischer Gerichte wird standhalten können, wird sich noch zeigen. Aber selbst, wenn es gerichtlich Bestand haben sollte, kann das Netzwerkdurchsetzungsgesetz dennoch ins Leere greifen. Viele deutsche Nutzer haben angesichts der zunehmenden Einschränkungen der Meinungsfreiheit bereits zu rein ausländischen Netzwerkbetreibern, wie beispielsweise dem russischen Portal Vk.com, gewechselt. Zwar beansprucht der deutsche Gesetzgeber auch hier seine Zuständigkeit, allerdings dürfte es für deutsche Behörden sehr schwer sein, gegen diese rein ausländischen Unternehmen irgendwelche Ordnungsgelder durchzusetzen, nur weil die Bundesregierung sich zunehmender Kritik an ihrer Politik ausgesetzt sieht.

Dirk Pelster

Anzeige gegen Anzeiger

Rechtsanwalt zeigt Kölns Polizeipräsidenten an, weil dieser Beatrix von Storch angezeigt hatte

Mehrere Hundert Strafanzeigen gingen gleich zu Beginn dieses Jahres bei der Kölner Staatsanwaltschaft ein. Anders als in den beiden Vorjahren betrafen diese Anzeigen jedoch nicht zahlreiche Diebstähle oder die massenhafte sexuelle Belästigungen junger Frauen durch nordafrikanische Asylsuchende. Dieses Mal wurden sie von den Behörden gegenüber der Öffentlichkeit auch nicht tagelang verheimlicht oder von den Medien verschwiegen. Denn was sich nunmehr zum jüngsten Jahreswechsel zutrug, war scheinbar so schwerwiegend, dass sich staatliche Organe, die Presse und Teile der selbsternannten Zivilgesellschaft zu einem sofortigen Handeln gezwungen sahen.

Die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch veröffentlichte über das soziale Netzwerk Twitter eine Mitteilung, in der sie kritisierte, dass die Kölner Polizei Informationen über die Silvesterfeierlichkeiten auch in arabischer Sprache verbreitete. Anschließend warf sie die Frage auf, ob die nordrhein-westfälische Polizei glaube, auf diese Weise „die barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden“ besänftigen zu können.



Wirklich eine Volksverhetzerin? Beatrix von Storch Bild: Imago

Aus diesem Wortgebrauch soll ihr nun ein juristischer Strick gedreht werden. Die Kölner Polizei erstattete Strafanzeige wegen des Verdachtes auf Volksverhetzung. Viele sich empört gebende Bürger meinten, hier mitziehen zu müssen und verfassten ebenfalls eine Anzeige.

Für die rechtliche Bewertung ist es indes unerheblich, ob ein Sachverhalt einem Staatsanwalt einmal oder hundertfach zur Kenntnis gebracht wird. Offensichtlich dient das massenhafte Abfassen von Briefen an die Strafverfolgungsbehörden lediglich dazu, dem Verfahren zu mehr politischer Durchschlagskraft zu verhelfen, denn strafbar dürfte der in Rede stehende Tweet kaum sein.

Dass vor allem im linken Milieu immer noch die Vorstellung vorherrscht, man müsse unliebsamen Meinungsäußerungen mit dem Strafrecht und nicht mit besseren Argumenten begegnen, kann dabei ebenso verwundern, wie der Umstand, dass die Kölner Polizei sich an einer solchen Kampagne beteiligt. Die nordrhein-westfälische Polizei gilt nach jahrzehntelanger sozialdemokratischer Vorherrschaft an Rhein und Ruhr als weitgehend durchpolitisiert und lässt sich nur allzu willfährig instrumentalisieren, wenn zum „Kampf gegen Rechts“ geblasen wird. Beides zeugt von einer nach wie vor fehlenden Debattenkultur in Deutschland.

Wegen der allzu offensichtlichen politischen Motivation der Behörde hat nun ein Regensburger Rechtsanwalt wiederum eine Strafanzeige gegen den Kölner Polizeipräsidenten und namentlich unbekannte Polizeibeamte wegen Verfolgung Unschuldiger gestellt. Bei diesem Straftatbestand handelt es sich um ein sogenanntes Amtsdelikt, das nur von staatlich Bediensteten begangen werden kann, die mit der Strafverfolgung beauftragt sind. Überzieht ein Amtsträger danach eine Person, von der er weiß, dass sie unschuldig ist, mit einem Strafverfahren, so droht ihm hierfür eine Freiheitsstrafe zwischen einem und zehn Jahren. Dass es zu einer Anklage der Beamten kommt, ist jedoch angesichts der politischen Weisungsgebundenheit der zuständigen Staatsanwälte noch unwahrscheinlicher als im Falle von Beatrix von Storch. *D.P.*

(siehe auch Kommentar Seite 8)

»Wir brauchen eine linke Volkspartei«

Flankiert Oskar Lafontaine mit der Forderung einen Rückzug Sahra Wagenknechts aus der »Linken«?

Ausgerechnet in dem Moment, in dem das Gerücht umgeht, Sahra Wagenknecht wolle sich aus der Linkspartei zurückziehen, plädiert ihr Ehemann Oskar Lafontaine für die Gründung einer linken Sammlungsbewegung.



Harmonieren auch politisch: Die Eheleute Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine

Bild: Imago

„Wir brauchen eine linke Sammlungsbewegung, eine Art linke Volkspartei, in der sich Linke, Teile der Grünen und der SPD zusammentun“, sagte der ehemalige Parteichef der Linken dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Die Rechte sei immer dann stark geworden, wenn gegen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verstoßen wurde, größere Teile der Bevölkerung benachteiligt wurden und diese sich durch die etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlten. Dies sei jetzt massiv der Fall. Das Parteiensystem, so wie es heute bestehe, funktioniere nicht mehr: „Wir brauchen eine Neuordnung. Nur so kann es wieder eine linke Machtoption geben.“ Die SPD kritisierte er erneut als mutlos. SPD-Chef Martin Schulz habe sich angepasst. „Das hat doch der Schulz-Hype gezeigt: Es gibt das Potenzial für eine linke Mehrheit bei den Wählern. Die Leute warten geradezu auf so eine Option.“ Die gewünschte linke Bewegung solle „nicht nur die klassischen Parteien, sondern auch Gewerkschafter, Sozialverbände, Wissenschaftler, Kulturschaffende und andere umfassen“.

Lafontaines Vorstoß kommt zu einer Zeit, in der sich die Linkspartei, deren Fraktion im saarländischen Landtag er führt, in internen Streitigkeiten ergeht. Auch deshalb halten ihn frühere Weggefährten für nur noch bedingt bündnisfähig. Lafontaine, der 1999 als SPD-Chef und Finanzminister unter Gerhard Schröder zurückgetreten und wenige Jahre später aus der Partei ausgetreten war, sei „politisch ziemlich retro“, sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner dem „Tagesspiegel“, „und als ‚Friedensengel‘ und Ratgeber für die politische Linke in Deutschland eher eine Fehlbesetzung“.

Lafontaine verwies demgegenüber darauf, dass die SPD in den letzten Jahren die Hälfte ihrer Mitglieder und Wähler verloren hat. „Nur wenn sie ihre Politik grundlegend ändert, wird sie wieder Wähler gewinnen. Sie hat nicht nur Sozialabbau zu verantworten. Sie hat auch die Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts aufgegeben. Deutsche Truppen stehen an der Grenze zu Russland“, sagte ihr früherer Bundesvorsitzender. Die Asylpolitik der Linken sei im Übrigen genauso falsch wie die der anderen Parteien, weil sie 90 Prozent der Asylsucher mehr oder weniger außer Acht lasse: „Nur zehn Prozent schaffen es, in die Industriestaaten zu kommen.“

Nicht nur der Sozialdemokrat Stegner, sondern auch die Grünen-Vorsitzende Simone Peter äußerte sich skeptisch bis zurückhaltend zu dem Vorschlag des Saarländers für eine linke Sammlungsbewegung. Für eine solche, so Peter, brauche „es keine Parteineugründung, sondern Mut und das Vertrauen der linken Parteien in die eigenen Ideen und Visionen von Politik und Gesellschaft“.

Innerhalb der Linkspartei droht der parteiinterne Streit zu eskalieren. Der „Spiegel“ äußert unter Berufung auf Berliner Parteikreise die Spekulation, Lafontaines Vorstoß diene dazu, die Position seiner besseren Hälfte Sahra Wagenknecht zu stärken, die als Fraktionsvorsitzende die zentrale Figur der parteiinternen Auseinandersetzungen ist. In der Partei kursieren nämlich Gerüchte über eine „Liste Wagenknecht“, die sich von der Linkspartei abspalten könnte. Offiziell sagt Wagenknecht dazu: „Ich habe nicht vor, die Linke zu spalten.“ Vordergründig mag dies richtig sein. Lafontaine und seine Frau halten die bisherige Formation offenkundig für überholt und zu wenig schlagkräftig. Ihr Vorbild ist offenbar der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, der aus der Sozialistischen Partei ausscherte und eine eigene Bewegung gründete. „Das Projekt ‚Emmanuel Sahra Lafontaine‘ hat begonnen“, schrieb der Nachrichtensender NTV auf seiner Internetseite.

Noch zumindest umgeben sich Lafontaine und Wagenknecht aber lieber mit französischen Oppositionspolitikern. Für den 14. Januar ist in der Hauptstadt eine Veranstaltung geplant, auf der neben Lafontaine auch der Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung und Kandidat von „La France insoumise“ (Unbeugsames Frankreich) für die letzte Präsidentschaftswahl Jean-Luc Mélenchon reden sollten. Diese von dem Linksparteiabgeordneten Dieter Dehm organisierte Veranstaltung wurde von Teilen der Bundestagsfraktion heftig kritisiert, da kein prominenter Redner der Parteispitze vorgesehen ist. Aufhorchen ließ, dass der frühere SPD-Vorsitzende und ehemalige brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck als Redner gehandelt wurde.

Lafontaine, das steht außer Frage, war stets ein Mann mit einem Gespür für Stimmungen. Die Politik der offenen Grenzen, die bis heute von der Linken-Spitze propagiert wird, hat Teile der Anhängerschaft vergrault. Lafontaine verwies kürzlich darauf, dass die Partei gerade in den früheren Hochburgen seiner saarländischen Heimat, aber auch in mitteldeutschen Regionen starke Verluste zulasten der AfD hatte. Seine Ehefrau springt ihm bei. „Wenn jeder, der die Position ‚offene Grenzen für alle Menschen jetzt sofort‘ nicht teilt, sofort unter Generalverdacht gestellt wird, ein Rassist und halber Nazi zu sein, ist eine sachliche Diskussion über eine vernünftige strategische Ausrichtung nicht mehr führbar“, schrieb Wagenknecht in einem Brief an ihre Fraktionskollegen. Viele in der Partei halten dies für die Ankündigung eines Rückzugs. *Peter Entinger*

Meldungen

Mehr Verfahren zu Islam-Terror

Karlsruhe – Die Terrorverfahren mit islamischem Hintergrund haben sich laut Bundesanwaltschaft innerhalb eines Jahres von 200 auf 1000 verfünffacht. Damit steigt diese Art von Gewaltkriminalität parallel zur Zuwanderung, die sich auch innerhalb eines Jahres verfünffacht hat. Wegen der großen Anzahl an Verfahren musste die Bundesanwaltschaft im vergangenen Jahr rund 450 Verfahren an die ebenfalls stark beanspruchten Staatsanwaltschaften der Bundesländer abgeben, davon knapp 98 Prozent mit islamischem Hintergrund. Laut Deutschem Richterbund werden 2000 zusätzliche Richter und Staatsanwälte benötigt, um die Verfahren zeitgerecht abschließen zu können. *B.B.*

Neuer Bericht zu Herkunftsstaaten

Berlin – Die Bundesregierung hat ihren ersten Bericht zur Überprüfung der Voraussetzungen zur Einstufung asylrechtlich sicherer Herkunftsstaaten vorgelegt. Danach erfüllen Albanien, Bosnien-Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien, die von Deutschland bisher als sichere Herkunftsstaaten eingestuft wurden, weiterhin die Voraussetzungen für eine Einstufung als solche. Sichere Herkunftsstaaten sind dem Gesetz zufolge „Staaten, bei denen aufgrund der allgemeinen politischen Verhältnisse die gesetzliche Vermutung besteht, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet“. Asylanträge von Ausländern aus diesen Staaten sind „grundsätzlich als offensichtlich unbegründet abzulehnen“, wodurch das Asylverfahren erheblich beschleunigt wird. Nach Angaben der Bundesregierung hat sich die Zahl der Asylsuchenden aus diesen Staaten erheblich reduziert. *J.H.*

»Lösungsorientierte Politik«

Die FDP sucht ihren Markenkern, will aber flexibel bleiben

Wolfgang Kubicki, das rustikale FDP-Urgestein aus Schleswig-Holstein, machte sich 2011 keine Illusionen mehr: „Als Marke hat die FDP verschissen“, sagte er damals. Zwei Jahre später flogen die Liberalen hochkant aus dem Bundestag. Die Totenglöckchen läuteten. Doch unter dem neuen Parteichef Christian Lindner kehrte die Partei vor wenigen Monaten mit einem zweistelligen Ergebnis ins Parlament zurück. Ziemlich überraschend ließ Lindner, der in Berlin bereits als Finanzminister gehandelt wurde, die Koalitionsverhandlungen mit Union und Grünen platzen. Opposition statt „Jamaika“ heißt es nun.

Bei den beiden Landtagswahlen in Hessen und Bayern streben die Freidemokraten nach Angaben Lindners allerdings eine Regierungsbeteiligung an. „Wir möchten gerne in Hessen und in Bayern, wenn es geht, 2018 mitregieren. Im Bund war 2017 der Politikwechsel nicht erreichbar, also nehmen wir 2018 Anlauf über die Länder Hessen und Bayern. Dort halten wir Modernisierungskoalitionen nach Vorbild von NRW oder Schleswig-Holstein für möglich“, sagte Lindner der Deutschen Presse-Agentur.

Auf die Frage nach der Programmatik wird der Vorsitzende allerdings schwammig. „Lösungsorientierte Politik“, sagt er dann gerne oder spricht auch von „Vernunftsentscheidungen“. Klar ist: Die FDP des Jahres 2018 hat nur noch wenig gemein mit der Yuppie-Truppe, die 2009 in die Regierung einzog.

Das linksliberale Establishment musste in den vergangenen Monaten entsetzt feststellen, dass Lindner in Fragen der Einwanderung und des Asylrechts auch vor markigen Positionen nicht zurückschreckt: „Dass man sich gegen illegale Einwanderung wendet, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Der Verzicht auf Regeln wäre nicht sozial oder human. Im Gegenteil würde jedes staatliche Gemeinwesen und jedes System sozialer Sicherheit zusammenbrechen.“ Lindners Kalkül ist klar. Der dauerhafte Zustrom von Immigranten nach Deutschland beunruhigt weite Teile der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der Tötung einer Jugendlichen im pfälzischen Kandel sprach sich der FDP-Chef für die Abschiebung minderjähriger krimineller Asylbewerber aus. „Gerade bei allein eingereisten jungen Männern höre ich von vielen Problemen“, sagte Lindner der „Bild am Sonntag“. Wenn jemand erzieherischen Maßnahmen nicht zugänglich sei, „muss die Ausweisung geprüft werden“.

> Schwammige Aussage des Parteichefs zur Programmatik

Die Union ist unter der Kanzlerschaft Angela Merkels immer weiter nach links gerückt. Mit Folgen für die FDP. „In der Mitte ist kein Platz mehr für sie“, schrieb der „Tagesspiegel“ kürzlich. Doch Lindner wehrt sich vehement gegen das Gerede von einem Rechtsruck. Dennoch sendet er gezielt Signale an die AfD-Wählerschaft aus. Die Aufgabe sei es, diesen Wählern eine Brücke zurück „in den Kreis der verantwortungsbewussten Kräfte“ zu bauen. „Ich will einen Keil zwischen die Partei und ihre Wähler treiben“, so Lindner.

Sein Stellvertreter Kubicki versucht derweil die Verbindung zu den etablierten Mitbewerbern nicht abreißen zu lassen. Sollten die Koalitionsgespräche zwischen Union und SPD scheitern, entstünde eine andere Lage. „Wir sind schließlich keine Dogmatiker“, sagt der neue Vizepräsident des Deutschen Bundestags und verdeutlicht damit, dass die FDP einer ihrer markantesten Eigenschaften treu bleiben wird. Dies war schon immer eine ausgeprägte Flexibilität. *P.E.*

Zeitzeugen

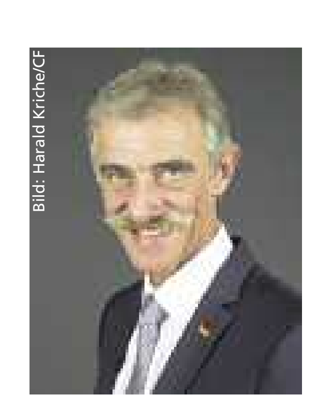

Bild: Sandro Halank/CF

Thomas de Maizière – Nach dem Mord an einer 15-jährigen Schülerin durch einen angeblich minderjährigen Asylsucher fordert nun auch der Christdemokrat und geschäftsführende Bundesinnenminister strengere Regeln für die Alterskontrolle von Asylsuchern.


Bild: Claudia Ketels/CF

Frank Ulrich Montgomery – Der Ehrenvorsitzende des Marburger Bundes und Präsident der Bundesärztekammer wendet sich gegen radiologische Untersuchungen von Asylantragstellern zum Zwecke der Altersfeststellung. Ohne eine Einwilligung der Betroffenen würde dies den Tatbestand der Körperverletzung erfüllen.

Hussein K. – Der afghanische Staatsbürger wurde 2014 bereits in Griechenland wegen versuchten Totschlags verurteilt und soll zudem mit 14 Jahren ein zwölfjähriges Mädchen in seiner Heimat vergewaltigt haben. Im Dezember 2016 ermordete er in Freiburg die 19-jährige Maria L. Bei seiner Einreise nach Deutschland behauptete er, minderjährig zu sein. Wahrscheinlich ist er fast zehn Jahre älter.


Bild: Harald Kriche/CF

Uwe Junge – Der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen AfD und Fraktionsvorsitzende seiner Partei im Mainzer Landtag initiierte bereits im November 2016 einen Gesetzesentwurf für eine intensivere Alterskontrolle von angeblichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (MUFL). Der Antrag scheiterte am Widerstand sämtlicher Altparteien einschließlich der CDU.


Bild: Imago

Malu Dreyer – Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin wendet sich strikt gegen restriktivere Vorschriften zur Altersüberprüfung von angeblichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (MUFL). Zu der aufsehenerregenden Bluttat in Kandel schwieg die Sozialdemokratin.

Einladung zum Betrug

Altersbestimmungen von jungen Asylsuchern sind möglich, aber politisch nicht gewollt

Erneut hat die Ermordung einer Deutschen durch einen sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtling (MUFL) die öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Auch diesmal gibt es Anlass zu dem Verdacht, dass der MUFL gar nicht minderjährig ist, sondern dies nur vorgibt, um in den Genuss der damit verbundenen Privilegien zu gelangen.

Kurz nachdem am 27. Dezember 2017 die 15-jährige Mia im südpfälzischen Kandel von ihrem angeblich gleichaltrigen afghanischen Ex-Freund in einem Drogeriemarkt erstochen worden war, kursierten bereits die ersten Fotos des mutmaßlichen Täters in Medien und Internet. Schon nach einem oberflächlichen Blick auf die Ablichtungen ergaben sich für den Betrachter erhebliche Zweifel an dessen Minderjährigkeit. Tatsächlich wirkt der Verdächtige Abdul D. eher wie ein Mann am Beginn oder in der Mitte seines dritten Lebensjahrzehnts.

Für ähnliches Aufsehen hatte zuletzt der Fall der in Freiburg ermordeten Maria L. gesorgt. Auch hier behauptete der mutmaßliche afghanische Täter Hussein K., sowohl zur Zeit seiner Einreise nach Deutschland als auch zur Zeit der Straftat im Jahr 2016 noch minderjährig gewesen zu sein. Während seines Prozesses veranlasste medizinische Gutachten gehen bei ihm jedoch von einem Alter zwischen 22 und 29 Jahren aus.

Es ist durchaus gängig, dass von Asylsuchern bei Angaben zu ihrem Alter gegenüber deutschen Behörden gerne einmal einige Lebensjahre unter den Tisch fallen gelassen werden. Der Grund hierfür ist der, dass Personen, die sich in Deutschland als minderjährige Flüchtlinge ausgeben, eine Vorzugsbehandlung genießen.

> Der Missbrauch der Privilegien soll nicht offenkundig werden

Während es bei einem 19-Jährigen möglicherweise noch glaubwürdig wirkt, wenn er sich als zwei Jahre jünger ausgibt, fällt der Schwindel bei anderen schon ganz offensichtlich auf. Im Jahr 2016 ließ sich etwa der angeblich 18-jährige Pakistani Muhammad von der „Bild“-Zeitung für die Aufnahme eines Ausbildungsplatzes in einem Bremer Restaurant feiern. Das dem Artikel beigefügte Foto zeigte indes einen bereits grau melierten orientalischen Mann mit stattlich entwickeltem Drei-Tage-Bart, Augenringen und leichtem Faltenwurf um das für die Kamera gestellte Lächeln. Auf anderen Bildern sieht man angeblich zwölfjährige Asylsucher bei sportlichen Wettkämpfen, die ihre gleichaltrigen Klassen- oder Vereinskameraden um mehrere Köpfe überragen. Als im Jahr 2016 in Dänemark 800 angeblich minderjährige Asylsucher rechtsmedizinisch untersucht wurden, stellte sich heraus, dass nicht einmal jeder vierte der Betreffenden tatsächlich unter 18 Jahre alt sein konnte.

In der sich jetzt entwickelnden Diskussion um den Mord an der 15-jährigen Mia werden die Forderungen nach einer strengeren Kontrolle der Altersangaben von Asylsuchern lauter. Während in anderen europäischen Ländern eine eingehendere Prüfung schon längst gelebte Normalität ist, greifen in Deutschland auf Seiten der Asyllobby sowie des etablierten Politik- und Medienbetriebes die üblichen Reflexe. Kirchen warnen vor einem Generalverdacht gegen Asylsucher, Behörden mauern bei der Herausgabe von Zahlen zu bislang bei Asylsuchern vorgenommenen Altersprüfungen, und Vertreter der Sozialindustrie erklären solche Untersuchungen generell für unbrauchbar.

Sogar die Ärztegewerkschaft Marburger Bund schaltete sich in die Kontroverse ein und ließ verlautbaren, dass eine radiologische Untersuchung gegen den Willen der Betroffenen eine unzulässige Körperverletzung darstelle. Dies ist dem Grunde nach zutreffend. Mit den derzeit bestehenden rechtlichen Eingriffsermächtigungen können keine zwangsweisen Röntgenaufnahmen veranlasst werden. Diese ließen sich jedoch leicht durch ein Gesetz schaffen. Bis vor wenigen Jahren wurde noch jeder Wehrpflichtige einer solchen Untersuchung unterzogen. Auch Strafgefangene werden heute wegen des starken Anstieges von Tuberkuloseinfektionen regelmäßig geröntgt. Hier war und ist kein vergleichbarer Aufschrei zu verzeichnen. Die bei solchen Eingriffen entstehende Strahlenbelastung entspricht zudem derjenigen Dosis, der ein Mensch während eines Jahres auf natürlichem Wege ausgesetzt ist, und kann als gesundheitlich vertretbar eingeschätzt werden. Insgesamt scheint die rigorose Ablehnung einer genaueren Altersuntersuchung von angeblich minderjährigen Asylsuchern ihren Grund vor allem in dem befürchteten Ergebnis zu haben. *Dirk Pelster*



Die von ihnen behauptete Minderjährigkeit verschafft ihnen diverse Privilegien, wird aber nicht überprüft: Angebliche unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, sogenannte MUFL

Bild: pa

Zähne und Knochen zeigen das Alter an

Das augenfällige Auseinanderfallen zwischen dem angegebenen und dem tatsächlichen Alter von Asylantragstellern ist immer wieder Gegenstand öffentlicher Kontroversen. Angesichts der Ermordung eines 15-jährigen Mädchens durch einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling, der aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich älter ist, als von ihm selbst vorgegeben wurde, hatte sich zuletzt, neben der AfD, auch der bayerische Innenminister Herrmann für eine genauere Altersprüfung junger Asylsuchender ausgesprochen.

Nach dem Asylrecht ist eine solche Untersuchung generell zulässig. Dennoch unterstellen deutsche Behörden in der Regel die von den Betreffenden gemachten Angaben als wahr. Eine medizinische Altersfeststellung ist durchaus möglich. Es gibt verschiedene Methoden. Zunächst lassen sich bei Jugendlichen der allgemeine körperliche Entwicklungsgrad sowie der Zahnstatus untersuchen. Zu eindeutigeren Ergebnissen führt die radiologische Untersuchung bestimmter Knochen, wie etwa der Handwurzel oder dem Schlüsselbein. Dies geschieht durch einfaches Röntgen oder durch eine Computertomographie. Der hierbei festgestellte Grad der Verknöcherung wird mit Durchschnittswerten verglichen.

Kritiker werfen auch dieser Methode eine gewisse Ungenauigkeit vor. Andererseits: Zwar ist hiermit tatsächlich keine exakte Bestimmung des Geburtstages möglich, jedoch liegen die Abweichungen innerhalb einer Spannweite von rund zwei Jahren nach oben beziehungsweise nach unten. Angesichts des Umstandes, dass viele Asylsucher bei ihrer Registrierung ein Geburtsdatum angeben, dass teilweise mehr als zehn Jahre unter dem eigentlichen Lebensalter liegt, wäre eine verpflichtende Altersprüfung ein erheblicher Zugewinn an Rechtssicherheit.

Ganz neu ist in diesem Zusammenhang eine technische Entwicklung des Münchener Fraunhofer Institutes. Im Oktober präsentierten die Wissenschaftler einen mobilen Ultraschall-Handscanner, mit dem sich binnen kürzester Zeit eine erste Aussage über das wirkliche Alter eines Menschen treffen lässt. *D.P.*

Lieb und teuer

MUFL genießen einen privilegierten Schutzstatus

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden nach ihrer Registrierung als Asylsuchende in die Obhut der Jugendämter genommen, und ein Familiengericht bestellt einen Vormund für sie. Grundsätzlich soll diese Aufgabe von interessierten Bürgern ehrenamtlich übernommen werden. Da sich hierfür jedoch häufig nicht genügend Freiwillige finden lassen, betraut man zumeist Mitarbeiter von Organisationen der Asylindustrie (wie Caritas, PRO ASYL, Diakonie) mit einer solchen Vormundschaft.

Theoretisch muss der minderjährige Asylsucher die Kosten für die Vormundschaft aus seinem Privatvermögen bestreiten. Praktisch kommt jedoch fast ausnahmslos der Staat hierfür auf. Vereine wie die Caritas rechnen für die von ihnen als Vormünder eingesetzten Sozialpädagogen 33,50 Euro (netto) pro Stunde plus Spesen ab. Neben der Bestellung eines Vormundes für minderjährige Asylsucher wird zudem versucht, diese in Pflegefamilien unterzubringen. Während für den heimischen Nachwuchs maximal 225 Euro Kindergeld von den staatlichen Familienkassen ausgezahlt werden, können interessierte Ehepaare für die Betreuung eines minderjährigen Flüchtlings zum Teil deutlich über 1000 Euro im Monat von ihrer Gemeinde erhalten. Zusätzlich werden die Kosten für eine Erstausstattung (Möbel, Kleidung et cetera) übernommen. Findet sich keine Pflegefamilie für einen MUFL, so werden seitens der Asylindustrie häufig speziell betreute Unterbringungseinrichtungen vorgehalten. Ein Platz in einer derartigen Unterkunft kostet den Steuerzahler ebenfalls deutlich mehr als die Unterbringung in einem regulären Asylsucherheim.

> Pro MUFL zwischen 3000 und 7000 Euro monatlich

Insgesamt fallen so für einen MUFL zwischen 3000 und 7000 Euro pro Monat an. Nach Schätzungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes bedeutet dies für alle Kommunen in der Bundesrepublik derzeit jährliche Kosten zwischen vier und fünf Milliarden Euro.

Darüber hinaus genießen MUFL einen privilegierten Schutzstatus. Abschiebungen drohen ihnen praktisch gar nicht. Sie sind sogar berechtigt, ihre Eltern nachkommen zu lassen, auch wenn diese selbst gar nicht politisch verfolgt sind. *D.P.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Große Pläne für Preußens Erbe

Bund, Berlin und Brandenburg geben 400 Millionen Euro für weiteres Sanierungsprogramm



Bislang nur eine Attrappe aus Kunststoffplanen: Schinkels Bauakademie (l.) hinter dem Denkmal des legendären Architekten und neben der Friedrichswerderschen Kirche (r.) im Herzen Berlins soll nun endlich neu erstehen

Bild: Imago

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) beginnt in diesem Jahr ein ehrgeiziges Sanierungsprogramm. Bis zum Jahr 2030 sollen 400 Millionen Euro in die Erhaltung historischer Bauwerke fließen. Auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) hat im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau von Schinkels Bauakademie nun einen interessanten Vorschlag gemacht.

SPK-Präsident Hermann Parzinger gab vor Kurzem die Anregung, seine Stiftung in das Projekt des Wiederaufbaus der Berliner Bauakademie einzubeziehen. Parzinger wies darauf hin, dass die Einrichtungen der Stiftung über den gesamten Nachlass des Architekten Friedrich Schinkel, der den Akademiebau einst entwarf, sowie auch eine bedeutende Architektursammlung verfügt.

Für die Einbindung von Deutschlands wichtigster und größter Kulturinstitution beim Wiederaufbau der Bauakademie spricht noch ein anderer Umstand: Zur SPK gehören unter anderem auch die weltweit bekannten Sammlungen auf der Berliner Museumsinsel in unmittelbarer Nähe des Standorts der Bauakademie.

Über den Wiederaufbau des 1962 auf Geheiß der DDR-Führung abgerissenen Gebäudes am Werderschen Markt wird mittlerweile seit über zwei Jahrzehnten diskutiert. Der 1836 fertiggestellte Ziegelbau gilt nicht nur als ein Meisterwerk des preußischen Hofbaumeisters Karl Friedrich Schinkel, sondern sogar als ein Meilenstein der europäischen Baugeschichte und als Prototyp für das moderne Bauen. Nach derzeitigem Stand könnte das Gebäude bis 2023 wiederaufgebaut werden. Bereits im vergangen Jahr hatte der Bundestag für den Wiederaufbau 62 Millionen Euro bereitgestellt.

Der Bund spielt als Geldgeber auch bei einem ehrgeizigen Vorhaben der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten eine wichtige Rolle. Die Schlösserstiftung hat bis Ende 2017 ein erstes Sanierungsprogramm im Volumen von über 150 Millionen Euro abgeschlossen. In einer zweiten Stufe hat nun ein noch größeres Sanierungsprogramm begonnen.

> Bauakademie könnte schon in fünf Jahren wiederaufgebaut sein

Grundlage ist ein Sonderinvestitionsprogramm, für das der Bund und die Länder Brandenburg und Berlin 400 Millionen Euro aufbringen werden (die *PAZ* berichtete in Nr. 41/2017). Mit dem Geld soll unter anderem das stark sanierungsbedürftige Schloss auf der Pfaueninsel generalüberholt werden. Auf der Liste stehen insgesamt rund 60 Projekte, darunter auch Arbeiten am Park Glienicke, am Schloss Charlottenburg und eine Sanierung des Logierhauses in Caputh. In das Sanierungsprogramm aufgenommen wurde zudem das Schloss Babelsberg.

Dabei handelt es sich um einen Bau mit gotischen Formen, der ebenfalls auf Planungen Friedrich Schinkels zurückgeht. Die Schlösserstiftung hat im vergangenen Jahr bereits Fenster, Dach und Fassade saniert. Für die Ausstellung „Pückler. Babelsberg. Der grüne Fürst und die Kaiserin“ war das Schloss im vergangenen Jahr für einige Monate für Besucher geöffnet.

Die Öffentlichkeit wird sich nun allerdings gedulden müssen, bis sie die Räume in Babelsberg wieder in Augenschein nehmen kann: Das Schloss hat es nicht auf die Prioritätenliste des anlaufenden Sanierungsprogramms geschafft. Die Restaurierung des Schossinneren soll offenbar erst 2022 beginnen. Ein genauer Termin für eine Wiedereröffnung ist daher noch nicht bekannt.

Langfristig verfolgt die Stiftung mit dem Schloss allerdings einen ehrgeizigen Plan: Laut Hartmut Dorgerloh, dem Generaldirektor der Schlösserstiftung, soll Babelsberg künftig zum zentralen Ausstellungsort werden, an dem die Entwicklung von Brandenburg-Preußen zum Deutschen Reich dargestellt wird. Der Ort scheint dafür geschaffen: Schloss Babelsberg wurde Mitte des 19. Jahrhunderts als Kronprinzenschloss für Wilhelm I. errichtet. Dort fand am 22. September 1862 das entscheidende Gespräch zwischen dem König und späteren Kaiser Wilhelm I. und Otto von Bismarck statt. Das Treffen endet mit der Ernennung Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten und Außenminister.

Ebenso interessant wie die Pläne für das Babelsberger Schloss ist ein anderes Projekt der Schlösserstiftung: Zum Ende dieses Jahres will die SPSG mit den Vorbereitungen für eine einzigartige Austellung beginnen. Als Leihgabe soll die ostpreußische Sammlung Dohna-Schlobitten für zehn Jahre ins Land Brandenburg kommen und im Renaissanceschloss Doberlug (Kreis Elbe-Elster) ausgestellt werden.

Bislang waren nur einzelne Exponate der 1978 von der Deutschen Klassenlotterie angekauften Sammlung zu sehen, die aus dem Inventar des Schlosses Schlobitten in Ostpreußen besteht. Die Sammlung umfasst mehr als 1000 Objekte, darunter wertvolle Gemälde, Grafiken und Möbelstücke.

Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten war es gelungen, einen Großteil der Kunstsammlung kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges aus Ostpreußen zu evakuieren. Die Planungen der Schlösserstiftung sehen vor, ab 2019 im Rahmen einer Sonderausstellung zunächst Einzelstücke zu zeigen. Ab dem Jahr 2021 soll die Sammlung Dohna-Schlobitten dann in einer Dauerausstellung zu sehen sein.

Norman Hanert

Bravo, Geisel!

Von Theo Maass

Kurz vor Weihnachten musste die Familie Ajazaj aus Albanien Berlin und Deutschland verlassen. Ihr Asylantrag war abgelehnt worden. Das ist in Berlin eher ein Einzelfall. Das Land schiebt im bundesdeutschen Vergleich mit die wenigsten abgelehnten Asylbewerber ab. Xhezo Ajazaj arbeitete als Fliesenleger. Seine Frau machte eine Umschulung zur Altenpflegerin. Aber politisch verfolgt wird die Familie eben nicht. Die Rückkehr nach Albanien ist zumutbar. Die Familie war nach Ablehnung ihres Asylantrags im November 2016 „vollziehbar ausreisepflichtig“.

Die Ajazajs hatten im November 2016 einen Härtefallantrag gestellt. Die Abschiebung wurde daraufhin zunächst ausgesetzt. Nach Paragraf 23a Aufenthaltsgesetz ist „ein kurzer Aufenthalt in Deutschland in Verbindung mit einer Herkunft aus einem sicheren Herkunftsland in der Regel kein humanitärer Härtefall ...“

Nun kam das, was in solchen Fällen immer kommt: Canan Bayram (Grüne) und Hakan Tas (Linkspartei) kritisierten Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) „scharf“. Auch die Landeschefin der Linkspartei, Katina Schubert, übte mächtig Druck aus. Prompt machte die Hauptstadtpresse aus dem gewöhnlichen juristischen Vorgang einen „umstrittenen“ Fall. Reporter suchten den Arbeitgeber von Xhezo Ajazaj auf. Der will nun für seinen „besten Mann“ kämpfen.

Der „Tagesspiegel“ führte an, dass Familie Ajazaj mustergültig integriert sei. Der Mann arbeitet – immerhin. Die Frau lässt sich umschulen – vermutlich mit öffentlichen Geldern. Für die drei Kinder kassiert Vater Xhezo Kindergeld. Die achtjährige Tochter besucht die Schule, die andere geht in die Kita – und wer kommt dafür auf? Berlins Schulen sind überfüllt. Es herrscht Lehrermangel.

Der Innensenator rechtfertigt sein Handeln gegenüber den beiden Koalitionspartnern mit dem Verweis auf das geltende Bundesrecht. Er verspricht eine Gesetzesinitiative im Bundesrat, die bei solchen „gut integrierten“ abgelehnten Asylbewerbern Ausnahmen zulassen würde. Was soll Geisel denn sonst auch erzählen, wenn er nicht zur Hassfigur der linksextremen Szene werden will? Im Bundesrat wird ein derartiger Vorstoß keine Mehrheit finden.

Berlin steht ohnehin in der Kritik, weil hier geltendes Recht noch weniger Anwendung findet als in anderen Bundesländern. Auch das weiß Andreas Geisel. Die Kritik in diesem Fall müsste sich eigentlich gegen Canan Bayram, Hakan Tas und Katina Schubert richten, weil sie den Innensenator zumindest mittelbar zum Gesetzesbruch auffordern. Der scheint hingegen einer der wenigen „Leuchttürme“ in der SPD zu sein. Bravo Geisel.

Es wird eng für Behrendt

Ausbruchswelle: Grüner Justizsenator unter schwerem Beschuss

Joschka Langenbrinck ist der Kragen geplatzt. Der Berliner SPD-Landtagsabgeordnete fordert den Rücktritt von Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne). Aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Plötzensee waren um die Jahreswende neun Häftlinge ausgebrochen. Langenbrinck auf Twitter: „7 Ausbrüche in 5 Tagen aus 1 Berliner Knast. Rekord. Wer will noch mal, wer hat noch nicht? Das wäre eigentlich ein Rücktrittsgrund für einen Justizsenator.“

Behrendt, der zum äußersten linken Flügel seiner Partei gehört, steht unter Dauerbeschuss der Opposition aus CDU, AfD und FDP. Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Sven Rissmann, und deren innenpolitischer Sprecher Burkard Dregger fordern personelle Konsequenzen. CDU-Fraktionschef Florian Graf verschärfte die Kritik: „Mit seiner nachlässigen Politik in Sachen Justizvollzug wird Senator Behrendt zum eigentlichen Ausbrecherkönig.“ Auch der AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Georg Pazderski meint, Behrendt müsse wegen „der bewussten Irreführung“ der Öffentlichkeit „durch tröpfchenweise Herausgabe von Informationen“ zur Ausbruchswelle sofort gehen. FDP-Innenexperte Marcel Luthe forderte den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) auf, Behrendt „von seinen Aufgaben zu entbinden“. Zudem sei die personelle Ausstattung der Gerichte unzureichend. Ein durchschnittliches Strafverfahren dauere am Landgericht in erster Instanz acht Monate.

> Selbst einem SPD-Mann ist der Kragen geplatzt

Unterstützung erhielt Behrendt von linksaußen. Hakan Tas (Linkspartei), der den Innensenator wegen der Abschiebung einer albanischen Familie unlängst kritisiert hat, meint: „Herr Langenbrinck ist bestens beraten, sich lieber mit uns gemeinsam Gedanken zu machen, welche Schritte zur Verbesserung in der JVA notwendig sind. Herr Behrendt macht seinen Job gut und wird ihn weiter gut machen.“ Behrendt hat eine Kommission eingesetzt und beteuert: „In der JVA Plötzensee kommen nun alle Sicherheitsvorkehrungen auf den Prüfstand.“

Der Justizsenator stand schon 2017 in der Kritik, er habe versucht, Oberstaatsanwalt Roman Reusch und Richterin Birgit Malsack-Winkemann einzuschüchtern, weil sie für die AfD kandidierten. Beide zogen in den Bundestag ein. Für den rechtspolitischen Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus, Benedikt Lux, stellt Langenbrincks Kritik „nur eine verzweifelte Einzelstimme aus der SPD“ dar.

Hans Lody

Wohnungsbau stockt

Die Pläne des Berliner Senats werden deutlich verfehlt

Mit dem Regierungsantritt des rot-rot-grünen Senats 2016 sollte das staatliche Engagement im Wohnungsbau großzügig ausgedehnt werden. Bis 2021 wollte das Land Berlin 30000 neue Wohnungen (die Hälfte mietpreisgebunden) bauen und noch einmal 10000 weitere dazukaufen. Der Bestand landeseigener Wohnungen sollte auf 360000 erhöht werden.

Bausenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) hatte sogar 194000 neue Wohnungen bis 2020 gefordert. Doch statt der für vergangenes Jahr geplanten 6000 neuen Wohnungen sind 2017 gerade mal 3000 fertig geworden. Nach Erhebungen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) können nach jetzigem Stand bis 2021 knapp 27150 Wohnungen realisiert werden – bestenfalls.

SPD-Kreise fürchten, dass ein Versagen auf diesem Feld nicht der Linkspartei und der zuständigen Senatorin, sondern den Sozialdemokraten angekreidet wird. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) warf Lompscher vor, sich zu wenig um den Wohnungsneubau zu kümmern. Nun muss sie regelmäßig Bericht erstatten. Auch bei der Klausurtagung der SPD-Fraktion wird der Wohnungsbau ein großes Thema werden.

> Umfrage: Berliner mit Rot-Rot-Grün äußerst unzufrieden

Die Partei hat Grund zur Sorge: Laut Umfrage sind nur 4,8 Prozent der Berliner mit der Arbeit der Landesregierung „sehr zufrieden“ weitere 22 Prozent äußern sich „zufrieden“. Zwei Drittel sind dagegen unzufrieden. 39,3 Prozent nennen den Wohnungsbau in der Stadt als wichtigstes Thema.

Lompscher verteidigt sich. Es gebe Verzögerungen bei Ausschreibungsverfahren, die Beschaffung geeigneter Grundstücke sei schwierig. Zudem komme es wegen mangelnder Personalausstattung der Bezirke zu überlangen Genehmigungsverfahren. Hinzu kämen Anwohnerklagen.

Ein Fallbeispiel für den Grund solcher Verzögerungen liefert Spandau. Dort ist die Bebauung eines Geländes geplant, das bislang als „Gartenland und Gewerbe“ ausgewiesen war. Bezirk und Land streiten darüber, ob dort Schulen oder Wohnungen gebaut werden sollten. So geschieht erst einmal nichts.

Die Opposition im Landesparlament sieht im Bemühen Lompschers, möglichst alle Bauvorhaben staatlich abzuwickeln, das Hauptproblem ihres Scheiterns. Bislang wurden 90 Prozent des Neubaus von Wohnungen in Berlin von privaten Investoren durchgeführt.

H.L.

MELDUNGEN

Dänemark stoppt Asylantenzuzug

Kopenhagen – Das dänische Parlament hat mit überwältigender Mehrheit beschlossen, bis auf Weiteres keine Immigranten mehr aufzunehmen. Zur Begründung heißt es, das Königreich benötige eine „Atempause“, weil die Aufnahme einer hohen Zahl von Asylsuchenden noch für längere Zeit die Integrationsfähigkeit des Landes überfordere. Es gebe keine Möglichkeit mehr, jährlich 500 „Quotenflüchtlinge“ aufzunehmen, wie es das Quotensystem des UN-Flüchtlingswerk UNHCR für Dänemark vorsieht. 1978 hatte sich Dänemark verpflichtet, sich an dem sogenannten Resettlement-Programm der Vereinten Nationen zu beteiligen, durch das Personen aus den meist benachbarten Zufluchtsländern der Krisenregionen in Drittländern Aufnahme finden sollen. *J.H.*

Hoffnungszeichen in Mossul

Mossul – Seit der Befreiung der irakischen Stadt Mossul von der Terrorherrschaft des IS sind rund 60 christliche Familien nach dorthin zurückgekehrt. Als Zeichen der Normalisierung fand zum Weihnachtsfest erstmals seit drei Jahren wieder ein chaldäischer Gottesdienst in der Pauluskirche statt. Die Kultstätte war erst kurz zuvor gemeinsam von muslimischen und christlichen Studenten der Universität von Mossul gereinigt worden. Bei dem unter starken Sicherheitsvorkehrungen durchgeführten Gottesdienst, bei dem Christen und Muslime Seite an Seite saßen, wurden neben arabischen auch aramäische religiöse Lieder gesungen. Nach der Messe versammelten sich die religiösen Würdenträger noch in anderen Kirchen, die fast alle unter der Herrschaft des IS verwüstet worden waren. *B.B.*

Musterbeispiel eines »Regime Change«

Mithilfe einheimischer Helfer versuchen die USA, die Regierung des »Schurkenstaates« Iran zu stürzen

Im Iran geschieht, was die Welt als ein Muster des sogenannten Regime Change kennt, der gewaltsame Sturz einer Regierung durch Kräfte von außerhalb, die sich indes einheimischer Helfer bedienen.

Seit Jahren wurde das Land durch Propaganda und Sanktionen angegriffen und für die abschließende Attacke vorbereitet. Prädestiniert ist es unter anderem, weil die Mullahs in Sachen Demokratie, Menschenrechte und westlicher Lebensstil völlig andere Auffassungen vertreten als der Westen. So verlängert nun der Iran die lange Liste der Länder, welche die USA – um der Freiheit willen – nach ihrer Vorstellung umzukrempeln suchen.

Heather Nauert, die Sprecherin des US-Außenamts, erklärte, Außenminister Rex Tillerson unterstütze das iranische Volk in dieser Auseinandersetzung, wobei bei solchen Gelegenheiten „das Volk“ mit den Protestlern auf den Straßen gleichgestellt wird. Ebenso attestiert Tillerson den Aufrührern, dass diese das Land zu einem „friedlichen Wechsel der Regierung“ führen wollen.

Tatsächlich haben die Revoluzzer bei den Wahlen im vergangenen Mai die Gelegenheit versäumt, einen solchen „friedlichen Wechsel“ zu bewirken. Präsident Hassan Rohani bekam 57 Prozent der Stimmen, was einerseits die Zustimmung der Wähler zu seiner moderaten Politik der Öffnung bedeutet, andererseits aber nicht ausreicht, um gegen ihn den Vorwurf der Wahlfälschung zu erheben.

Dennoch konnte es den Anstiftern der jetzigen Unruhen nicht schwerfallen, ein paar hundert Leute auf die Straßen zu treiben, damit sie dorthin die Gewalt tragen. Denn im Land gibt es vielfach Armut, und diese wird vergrößert durch eine Inflation. Doch gerade die USA haben wenig Grund, in diesem Zusammenhang Vorwürfe zu erheben. Ohne die Sanktionen des Westens, die von den USA ausgehen, hätte der Iran keinerlei Probleme.

So aber kann es der CIA und vor allem auch den Nichtregierungsorganisationen des George Soros, wie der „Open Society“, nicht schwerfallen, mit dem Einsatz von reichlich Dollarscheinen eine Truppe von Revolutionären auf die Füße zu stellen. Die damalige Staatssekretärin des US-Außenamtes, Victoria Nuland, rühmte sich nach dem Regime Change in der Ukraine, die USA hätten dafür fünf Milliarden Dollar aufgebracht. Unter Aufwendung derart hoher Mittel ist ein Regime Change kein Kunststück, denn eine Regierung, die keine inneren Gegner hat, findet man nicht einmal im Vatikan.

Die Herrschenden eines jeden Landes, das halbwegs von strategischem Interesse ist und sich dem Diktat aus Washington nicht beugt, müssen damit rechnen, dass die USA in ihr Land eine Revolution exportieren. Derzeit sind das in erster Linie eben der Iran und Venezuela. Bei allen Unterschieden haben diese beiden Länder drei äußerst wichtige Gemeinsamkeiten. Da ist zunächst der Reichtum an Erdöl, für die USA immer von unwiderstehlichem Reiz; des Weiteren weigern sich die Regierungen hier wie dort, nach der Pfeife Washingtons zu tanzen, was drittens dazu geführt hat, dass beide Länder ihre internationalen Ölgeschäfte nicht mehr in US-Dollar, sondern neuerdings in chinesischen Yuan abwickeln. Für die USA ist das so viel wie eine Kriegserklärung.

Was lange währt, wird endlich Revolution

Da nützt es auch nicht viel, dass Präsident Donald Trump in seinem Wahlkampf damit Stimmen gewonnen hatte, dass er die Absicht bekundete, mit Interventionen und Regime-Wechseln Schluss zu machen – wobei er Zeugenschaft dafür gab, dass solche Machenschaften nicht nur zur Grundausstattung der US-Außenpolitik gehören, sondern dass dies im Land auch wohlbekannt ist. Als er im Februar das Atomabkommen mit dem Iran eine „Schande“ nannte, bestätigte er seine feindliche Haltung gegenüber Teheran.

Bei der Subversion des Landes spielt die größte iranische Widerstandsgruppe, die Volksmodschahedin (MEK) eine wichtige Rolle. Sie wird vom deutschen Verfassungsschutz als die militanteste aller iranischen Oppositionsgruppen bezeichnet, eine Auffassung, die man nicht überall teilt. Vor fünf Jahren strich die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton die MEK von der Liste der Terrororganisationen.

Seit 2005 arbeitet der US-Geheimdienst CIA mit der MEK zusammen. Der frühere hochrangige CIA-Agent und Analyst Ray McGovern berichtete im ARD-Magazin „Monitor“ über die MEK, dass deren Leute von der CIA in den Iran geschickt werden, um dort übliche Geheimdiensttätigkeiten zu verrichten: Sensoren an sensiblen Einrichtungen anbringen, Angriffsziele für die US-Luftwaffe markieren, gegebenenfalls geheime Lager einrichten und die Stationierung der Truppen im Lande beobachten. Dazu gehört natürlich auch, wo es sich anbietet, ein wenig Sabotage.

So war die Lage bereits im Jahr 2005. Man sieht daraus, ebenso wie beim Beispiel Ukraine, dass sich die CIA ebenso wie die Soros-Organisationen Zeit lassen, wenn sie ein Land ins Fadenkreuz genommen haben.

Bei solchen Umtrieben darf der US-Senator John McCain nicht fehlen, Kriegstreiber und bestens vernetzt mit Terrororganisationen wie dem Islamischen Staat. Im April des vergangenen Jahres bedankte sich die Chefin der MEK-Auslandsorganisation, Mariam Radschawi, für seine Hilfe und die unerschöpflichen Bemühungen zur Unterstützung der MEK. Diese pflegt zudem enge Beziehungen zum Islamischen Staat.

Doch die Palette der CIA beim Bemühen, den Iran zu destabilisieren, ist noch bunter. Wie der Londoner „Telegraph“ im letzten Februar berichtete, finanzieren die USA ethnische Separatisten wie die Kurden, die Aseri, die Ahwazi-Araber und die Belutschen. Ebenso wird die sunnitische Terrorgruppe „Dschundollah“ seit 2002 von US-amerikanischen Beamten gefördert. Dies berichtete ABC News, der Geschäftsbereich Nachrichten des US-amerikanischen Fernsehsenders American Broadcasting Company, schon im Jahr 2005. Was lange währt, wird endlich Revolution. *Florian Stumfall*



Bild: Mauritius

Die maßgeblich durch sie verursachte Armut spielt den USA in die Hände: Obdachloser im Iran

Vom Staat manipuliert

Nähert sich die moderne russische Bevölkerung Sowjetidealen an?

Eine starke Führung, ein Leben in Wohlstand und Sicherheit – das scheint dem russischen Volk zu genügen. Als Garant für solch ein Leben sieht die Mehrheit der Russen Wladimir Putin. Für diese Sicherheit verzichten sie auf demokratische Rechte, wie echte freie Wahlen oder Pressefreiheit.

Immer häufiger wird über eine Rückentwicklung Russlands in eine Art Sowjetunion spekuliert. Der Frage, ob dies zutrifft, ging der Journalist Alexander Schelenin nach. Seiner Ansicht nach ist eine Bürgergesellschaft nur in Verbindung mit einer vom Staat unabhängigen Presse und Wirtschaft möglich. Im heutigen Russland gebe es weder das eine noch das andere. Stattdessen habe das autoritäre politische System zu Monopolismus, sowohl im Bereich der Politik als auch in der Wirtschaft geführt. Selbst das Großkapital der Oligarchen werde vom Staat kontrolliert. Heute liege die Macht nicht mehr in den Händen der „herrschenden Klasse“ wie zu Sowjetzeiten, sondern in der einer „herrschenden Gruppe“. Die Bedingung für deren Wohlergehen sei absolute Loyalität gegenüber den Machthabern. Zu dieser Loyalität zähle auch, dass sie keine unabhängigen Medien finanzierten. Das führe zu einer einzigen geltenden Meinung.

Nachdem Putin Anfang der 2000er Jahre die Fernsehsender unter staatliche Kontrolle gebracht hatte, folgte Anfang 2010 ein großer Teil des russischen Internets. Der russische Staat habe schon seit fast 20 Jahren die Kontrolle über das Massenbewusstsein im Land, so Schelenin. Im Unterschied zum Sowjetbürger fehle heute jegliche Ironie, das heißt versteckte Kritik am System. Das Volk scheine die Manipulationen gar nicht zu bemerken, sondern wäge sich im Glauben, in einem demokratischen Land zu leben. Die Existenz einiger oppositioneller Zeitungen, wenn auch meist nur über das Internet erhältlich, nutze der Staat geschickt, um seinen Bürgern die Illusion von freier Meinungsbildung und dem Vorhandensein einer unabhängigen Presse vorzugaukeln.

Jugendliche trotzen der übermächtigen Putin-Regierung

Als Grund dafür, dass die Russen so leicht manipulierbar seien, vermutet der Journalist, dass die meisten den Idealen des „Homo Sovieticus“ treu geblieben seien. Zwar habe die Dissonanz der gebildeten Sowjetbürger mit der damaligen Regierung und ihrer archaischen Propaganda Ende der 80er Jahre zum Verfall des Staates mit beigetragen, doch die Freiheit des Wortes Anfang der 90er Jahre, die in einer ungezügelten „Freiheit ohne Grenzen“ mündete, – als skrupellose Emporkömmlinge den Staat ausplünderten – habe zu einer Gegenbewegung geführt. Es folgte der Ruf nach einer starken Hand, einem guten Herrn, der die Ordnung wiederherstellt.

Dieser Sicht vom russischen Volk als homogene, leicht manipulierbare Masse widerspricht die Tatsache, dass im Frühjahr vergangenen Jahres in 97 russischen Städten Jugendliche gegen die Übermacht der Regierung auf die Straße gingen. Sie schenken der Staatspropaganda, wie sie durch Fernsehen und Zeitungen verbreitet wird, keinen Glauben mehr. Sie trotzen der Staatsmacht trotz drohender Verhaftung. Einer ihrer Anführer, der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj, wird regelmäßig mit Gerichtsverfahren überzogen. Bei der Präsidentenwahl im März darf er nicht als Kandidat gegen Putin antreten.

Zwar dürfte die Mehrheit der Russen diesen Protesten gleichgültig gegenüberstehen, doch ist es fraglich, ob sich die jungen, politisch interessierten Russen auf Dauer unterdrücken lassen. *MRK*

Protest gegen Abaya-Zwang

Schach-Weltmeisterin verzichtet auf Titelverteidigung in Riad

Ein purer Terminzufall wollte es, dass Ende vergangenen Jahres die Weltmeisterschaften im Schnellschach erstmals in Saudi-Arabien ausgetragen wurden. Mehrere Profispieler aus Ländern wie Israel, Katar oder Iran, zu denen das wahhabitische Königreich keine diplomatischen Beziehungen unterhält, durften nicht teilnehmen. Andere sagten ihrerseits ab. Unter letzteren war die Weltmeisterin der Frauen, Anna Musytschuk, die sich weigerte einen Schleier zu tragen. Die Ukrainerin protestierte mit ihrem Fernbleiben gegen die Benachteiligung von Frauen in Saudi-Arabien.

2016 hatte Anna Musytschuk in der Hauptstadt Katars, in Doha, ohne Kopftuchzwang ordentlich abgeräumt und wurde mit Erfolgen im Schnell- und Blitzschach zur Doppelweltmeisterin. Bei der diesjährigen WM in Saudi-Arabien verzichtete sie, wie ihre ebenfalls im Profischachsport engagierte Schwester Marija, auf eine Teilnahme. Sie verzichtete nicht nur auf die Titelverteidigung, sondern auch auf die hohen Preisgelder, und prangerte die Ungleichbehandlung der Frauen in Saudi-Arabien an. Als Frau dürfe sie nicht einmal ohne männliche Begleitung auf die Straße gehen. Musytschuk schrieb auf Facebook: „Ich habe beschlossen, nicht nach irgendjemandes Regeln zu spielen, nicht ein Abaya (Überkleid) zu tragen, nicht begleitet zu werden, wenn ich hinausgehe, und mich nicht als Lebewesen zweiter Klasse zu fühlen.“

Auch der amerikanische Großmeister Hikaru Nakamura hatte seine Teilnahme abgesagt. „Ein Schachturnier in einem Land auszutragen, in dem grundlegende Menschenrechte nicht geachtet werden, ist grausam“, schrieb Nakamura bei Twitter.

Viele dürfen nicht teilnehmen, andere verzichten freiwillig

Die Weltmeisterschaft im eigenen Land, die eigentlich zur Verbesserung des Images Saudi-Arabiens hatte genutzt werden sollen, wurde immer mehr zu einem PR-Desaster. Das Fernbleiben der Doppelweltmeisterin sorgte neben dem Krieg der Saudis im Jemen für neue Negativ-Schlagzeilen.

Vor zwei Jahren noch hatte Großmufti Abdulaziz Al Sheikh das Schachspiel im Wüstenstaat für unerwünscht erklärt. „Denksport sei Zeitverschwendung und fördere unnötige Rivalität“, hieß es damals von religiös legitimierten saudischen Stellen. Aber Kronprinz Mohammed ibn Salman verbannte die Zuständigkeit der Geistlichen aus dem Bereich des Sports und holte gleich drei Weltmeisterschaften in einem Jahr in das Königreich, um damit die Glaubwürdigkeit seiner Reformen zu dokumentieren. Großzügige Spenden an die jeweiligen Sportverbände machten dies möglich. Auch bei den Preisgeldern wollte sich das ölreiche Land nicht lumpen lassen. Diese flossen zu den Sportereignissen wie nie zuvor und sollten die jeweils Besten anlocken. Für die teilnehmenden Frauen wurden immerhin während den Wettkämpfen die strengen Bekleidungsvorschriften weitgehend aufgehoben. Nur beim Verlassen der Sportstätten müssen sie sich an die strengen islamischen weiblichen Kleidervorschriften halten. Eine gesetzliche generelle Verschleierungspflicht besteht in Saudi-Arabien, anders als im Iran, für Ausländerinnen im Gegensatz zu den einheimischen Frauen nicht. Allerdings ist es die Regel, sich züchtig zu kleiden. Bundeskanzlerin Merkel hatte bei ihrem letzten Besuch in Saudi-Arabien auf das Anlegen eines Schleiers verzichtet. *Bodo Bost*

Sicherer als Fahrradfahren

Reisen per Flugzeug ist ungefährlicher denn je – Aber neue Gefahrenquellen tun sich auf

Obwohl sich der Flugverkehr seit den 1980er Jahren mehr als verdreifacht hat, ist die Anzahl der Unfälle kontinuierlich gesunken. Vergangenes Jahr kamen bei neun tödlichen Unfällen 32 Reisende ums Leben, weniger als je zuvor. Keiner der Unfälle ereignete sich in Europa. 2016 waren noch weltweit bei 19 Flugzeugunglücken 325 Menschen gestorben.



Mittlerweile der Normalfall: Flugpassagie haben wohlbehalten ihr Ziel erreicht Bild: Imago

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verunglückten in den vergangenen vier Jahren pro einer Milliarde zurückgelegter Kilometer im Flugzeug 0,3 Menschen, im Zug 2,7 und im Auto 276. Statistisch gesehen erleidet ein Mensch erst nach 14000 Jahren Flug einen Unfall. Die Wahrscheinlichkeit, bei einem Flugunfall zu sterben, liegt nach Berechnungen des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) heute bei eins zu 127,5 Millionen. In den 70er Jahren waren es noch eins zu 264000.

In den vergangenen Jahren konnte die Flugsicherheit durch eine Vielzahl von Maßnahmen drastisch erhöht werden. So müssen sich die Fluggesellschaften ihren Sicherheitsstandard mittlerweile durch Audits der International Air Transport Association (IATA) zertifizieren lassen. Wie die „Frankfurter Neue Presse“ kurz vor dem Jahreswechsel berichtete, werden diese Vorgaben rigoros umgesetzt. Zuletzt habe es die Avior Airlines erwischt. Seit Ende November dürfen die Flugzeuge der Gesellschaft aus Venezuela weder in der Europäischen Union landen noch starten. Genauso wenig wie alle Fluggesellschaften aus Kirgisien und Sierra Leone oder die indonesische Spirit Aviation Sentosa oder die Air Service Comores der Komoren. In allen diesen Fällen gab es seitens der Europäischen Kommission Berichte über „gravierende Sicherheitsmängel“ bei der Vorflugkontrolle, die bisher nicht abgestellt wurden. Oder es fielen „belegte Mängel hinsichtlich internationaler Sicherheitsnormen“ auf. In einigen Fällen notierte Brüssel auch „Informationen über belegte Unfälle oder schwere Störungen, die auf latente systematische Sicherheitsmängel hinweisen“.

Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und die damit verbundenen internationalen Standards seien äußerst wichtig, betont der BDL. Seit die „Schwarze Liste“ in Brüssel geführt wird, wurden 172 Fluggesellschaften aus 16 Staaten wegen mangelnder Sicherheitsaufsicht ausgesperrt. Sechs Unternehmen bekamen ein Flugverbot, weil es erhebliche Bedenken gibt, ob sie die üblichen Standards für einen sicheren Flugverkehr einhalten.

Achim Figgen, stellvertretender Chefredakteur des Zivilluftfahrt-Fachmagazins „Aero International“, räumt in diesem Zusammenhang gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit dem Vorurteil auf, das Alter einer Maschine spiele eine große Rolle: „Wenn das Flugzeug regelmäßig und den Vorschriften entsprechend gewartet wird, kann es unter Sicherheitsaspekten auch nach 25 oder 30 Jahren noch betrieben werden.“

Nichtsdestoweniger sollen eine Modernisierung der weltweiten Luftflotten und eine zunehmende Automatisierung im Cockpit dafür verantwortlich sein, dass die meisten Luftfahrt-Unfälle heute weniger auf technisches denn auf menschliches Versagen zurückzuführen sind. Jan-Arwed Richter, Mitbegründer des Hamburger Flugunfallbüros JACDEC, begründet die gute Sicherheitsbilanz aber auch zumindest teilweise mit einer verbesserten Ausbildung der Besatzungen. Allerdings belaste ein zunehmender Arbeitsdruck durch intensivere Arbeitszeiten mehr als früher die Besatzungen. „Viele Piloten sind übermüdet, das ist schon ein Thema“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur.

„Sicherheit hat für alle am Luftverkehr Beteiligten oberste Priorität“, sagte BDL-Hauptgeschäftsführer Matthias von Randow dem „Tagesspiegel“. „Jedes Unglück, jeder Beinaheunfall und jede Unregelmäßigkeit werde genauestens untersucht. Das mache die Luftfahrt sicherer, weil die entsprechenden Konsequenzen aus den Untersuchungsergebnissen gezogen würden. Auch im Bereich der Sicherheit, zum Beispiel bei der Abwehr gezielter äußerer Gefahren, stiegen die Anforderungen immer weiter an.“

In einer Studie des Versicherungsunternehmens Global Corporate & Speciality, das zur Allianz-Gruppe gehört, wird allerdings darauf hingewiesen, dass es keinen Grund gibt, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. So müssten die Fluggesellschaften in Zukunft weltweit vermehrt Cyberattacken fürchten und ihr Personal darauf vorbereiten. Cyberattacken könnten sich zur „Waffe der ersten Wahl“ gegen die Luftfahrtindustrie entwickeln, da ihr Geschäftsmodell mittlerweile nahezu vollständig von Computersystemen abhänge. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Papst segnet Neuzeller Bier

Neuzelle – Die Klosterbrauerei Neuzelle hat eine Flasche ihrer Schwarzbiersorte „Schwarzer Abt“ in Rom von Papst Franziskus segnen lassen. Diese Flasche wird jetzt bei jedem Brauvorgang in den Sud getaucht. Mit diesem Werbegag hofft die älteste Brauerei Brandenburgs, deren Tradition bis ins Jahr 1416 zurückgeht, diese Sorte nun auch international vermarkten zu können. Die Brauerei war in der 90er und 2000er Jahren durch den sogenannten Brandenburger Bierkrieg bekannt geworden. Dabei ging es um die Frage, ob der nach traditionellem Rezept gebraute „Schwarze Abt“, der mit seinem hohen Zuckeranteil gegen das deutsche Reinheitsgebot verstößt, als „Bier“ verkauft werden darf. Am Ende gwannen die Neuzeller gegen die Landesregierung. *J.H.*

Versicherungen: Teures 2017

München – Naturkatastrophen haben 2017 für die Versicherungen zum teuersten Jahr der Geschichte gemacht. Weltweit musste die Branche 135 Milliarden Dollar zahlen, davon zwei Milliarden in Deutschland. Einschließlich der nicht von Versicherungen abgedeckten Schäden schlugen die Naturereignisse weltweit sogar mit 330 Milliarden Dollar zu Buche. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.972.846.010.950 €
Vorwoche: 1.972.894.225.218 €

Verschuldung pro Kopf:
23.827 €
Vorwoche: 23.827 €

(Dienstag, 9. Januar 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

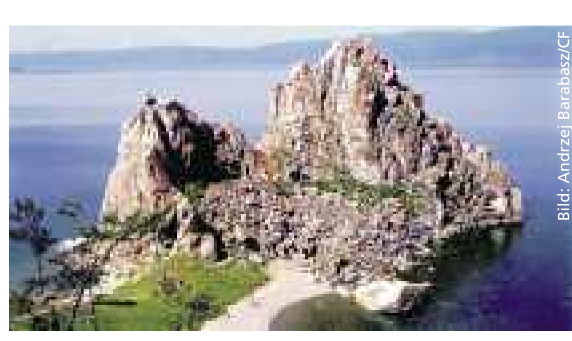
Bauboom bedroht Baikalsee

Regierung alarmiert: Fischrückgang wegen Verunreinigung

Seit gut zehn Jahren erfreut sich der Baikalsee steigender Beliebtheit bei Touristen, was an einem regelrechten Bauboom von Ferienhäusern und Hotels entlang des Ufers abzulesen ist. Weil diese Einrichtungen ihre Abwässer ungefiltert in den See leiten, droht das ökologische Gleichgewicht des als „sauberstes Süßwasserreservoir“ bekannten Baikalsees zu kippen. Mit 25 Millionen Jahren ist er nicht nur der älteste, sondern mit 1642 Metern auch der tiefste Süßwassersee der Erde.

Ein Zuviel an Phosphor und Stickstoff hat dazu geführt, dass die in jedem Natursee vorkommende Grünalge Spirogyra ungehindert wächst. Die chemischen Substanzen aus Waschmitteln sind für die Pflanzen Dünger. Im vergangenen Sommer wurde bereits das Ausmaß der Verschmutzung sicht- und riechbar, als der Wind Algenteppiche mit grünem, faulendem Schlick an die Ufer spülte. Normalerweise sorgen winzige Flohkrebse für die Sauberkeit des Wassers, da sie kleinste Algen und Bakterien vertilgen. Gewinnen jedoch Algen durch Überdüngung die Oberhand, sterben die Krebse ab.

Ende vergangenen Jahres beunruhigte ein mysteriöses Massensterben der Baikalrobbe, einer im Süßwasser lebenden Robbenart, Anwohner und Behörden. 140 Robbenkadaver waren innerhalb weniger Tage an Land gespült worden, 80 Prozent von ihnen waren trächtige Weibchen. Eine Erkrankung der Tiere konnten die Behörden von Irkutsk ausschließen. Wissenschaftler stellten zu ihrer Überraschung fest, dass die Robben an Herzstillstand verstorben waren, wobei auffällig war, dass die Magen- und Darmtrakte der Tiere keinerlei Inhalt enthielten. Sergej Grochotow vom Veterinäramt in Irkustk geht davon aus, dass die Robben an Unterernährung gestorben sind.



Beliebtes Ausflugsziel: Insel Olchon Bild: Andrzej Barabasz/CF

Die Regierung ist alarmiert. Seit Jahren ist ein Rückgang des Fischbestands im Baikalsee zu verzeichnen. Das russische Landwirtschaftsministerium hat Fangverbote verhängt. Von Oktober an ist der kommerzielle wie auch der Sport-Fang geschützter Fischarten untersagt.

Auf ein anderes ökologisches Problem, das durch die Industrialisierung am Baikalsee entstanden war, hat die Regierung schon früher reagiert: Die veraltete Zellstoff- und Papierfabrik bei Baikalsk, die jahrzehntelang ihre Abwässer in den See eingeleitet hatte, wurde 2012 geschlossen. Ein Teil der Anlage wird noch zur Erzeugung von Fernwärme für Baikalsk genutzt.

War das Landschaftsbild am Baikalsee in der Vergangenheit von intensiver Nutzung von Wäldern durch Kahlhiebe bedroht, wurden nach 1996, als die Baikalregion in die Weltnaturerbeliste der UNESCO aufgenommen wurde, nationale und regionale Gesetze zu Natur- und Umweltschutz erlassen. Nun soll die Zahl der unter ökologischer Aufsicht stehenden Objekte erhöht und die Kontrollen der touristischen Infrastruktur im Küstengebiet verstärkt werden, damit der Baikalsee sich wieder erholen kann. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Steuergeheimnis passé

Letzte Stufe des internationalen Abkommens MCAA in Kraft

Mit Beginn dieses Jahres trat die vorläufig letzte Stufe des Multilateral Competent Authority Agreement (MCAA), eines internationalen Abkommens zur Förderung der Steuerehrlichkeit, in Kraft. Nachdem der Bundestag am 30. Juni des vergangenen Jahres im Nachgang zur Homoehe ohne größere Medienaufmerksamkeit das sogenannte Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz verabschiedet hat, das Behörden den jederzeitigen Abruf von Kontoständen und -bewegungen der Bürger ohne deren Wissen erlaubt, gehört das Bankgeheimnis nun auch auf internationaler Ebene der Vergangenheit an. Mit dem 2014 in Berlin geschlossenen internationalen Abkommen verpflichten sich die Vertragsstaaten einmal jährlich, die Namen, Adressdaten, Kontostände, Kapitalerträge und weitere Steuerinformationen von ausländischen Inhabern inländischer Konten an deren Herkunftsländer zu übermitteln. Hintergrund für das Zustandekommen dieses Abkommens war die Finanzkrise am Ende des vergangenen Jahrzehntes.

Der Kongress der Vereinigten Staaten beschloss 2010 angesichts einer angespannten Haushaltslage seine Besteuerungsgrundlage auszuweiten. Anders, als in allen anderen Staaten der Erde knüpft die Steuerpflicht in den USA nicht nur an den dortigen Wohnsitz einer Person, sondern zudem an deren Staatsangehörigkeit an. Demnach sind auch solche US-Bürger zur Zahlung von Abgaben an den amerikanischen Fiskus aufgefordert, die selbst gar nicht in den Vereinigten Staaten leben. Mittels des Foreign Account Tax Compliance Act (FACTA) zwingen die USA seitdem weltweit Finanzinstitute dazu, ihnen die Bankdaten amerikanischer Staatsangehöriger zu melden. Weigern sich diese, wird ihnen der Zugang zum lukrativen US-Finanzmarkt gesperrt oder sie werden verschiedenen Sanktionen ausgesetzt.

> Die USA werden für ausländische Investoren attraktiver

Der Bundesrepublik und anderen europäischen Staaten gelang es immerhin, die USA zum Abschluss einer Vereinbarung zu bewegen, gemäß der die gewünschten Informationen zentral durch eine deutsche Steuerbehörde übermittelt werden. Obwohl dieses Abkommen andererseits auch US-Behörden dazu verpflichtet, Bankdaten von in Deutschland steuerpflichtigen Personen an den hiesigen Fiskus zu melden, erweist sich der Datenaustausch bislang eher als Einbahnstraße, denn in den Vereinigten Staaten werden die für die deutschen Finanzämter interessanten Informationen oft gar nicht erhoben. Dies betrifft insbesondere Daten dazu, welche deutschen Staatsbürger an Firmen in den USA beteiligt sind. Propagandistisch verkauft hatten die Amerikaner ihren Schachzug seinerzeit mit dem Kampf gegen Steueroasen und Korruption.

Mit denselben Argumenten wurde von den EU- und OECD-Staaten auch für das von ihnen initiierte MCAA geworben. In einem mehrstufigen Verfahren begannen die ersten Vertragsstaaten bereits 2016 mit einem Datenaustausch. Ab diesem Jahr nehmen 53 weitere Länder hieran teil. Darunter befinden sich auch solche Staaten, die – wie Panama oder Belize – bislang als klassische Steuerparadiese galten. Nicht unterzeichnet wurde das Abkommen hingegen von den USA. Diese dürften für ausländische Investoren damit zukünftig deutlich attraktiver werden. *Dirk Pelster*

Schmierentheater

Von Michael Leh

Der Tweet der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion Beatrix von Storch zu Silvester in Köln ist juristisch keine Volksverhetzung. Die Rechtsprechung zum Paragrafen 130 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung) ist aus guten Gründen sehr restriktiv. Dass es „barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden“ (von Storch) gibt, ist dabei eine Tatsache, auch wenn man nicht so formulieren muss. „Taharrush gamea“ lautet der arabische Begriff für das Phänomen sexueller Gruppenübergriffe. Von Storch nahm sichtlich Bezug auf die Kölner Silvesternacht 2015/16. Dass sie etwa gemeint habe, „alle“ muslimischen Männer verhielten sich so, kann man ihr nicht unterstellen.

> Die Medien zitierten genüsslich die »Volksverhetzung«

Der Kölner Polizeipräsident Uwe Jacobs ist zwar kein Jurist, aber er hat Juristen in seinem Polizeipräsidium. Wenn er trotz besseren Wissens eine Strafanzeige wegen angeblicher Volksverhetzung stellt, ist dies missbräuchlich und der eigentliche Skandal. Ein politisch oder opportunistisch motiviertes Vorgehen solcher Art durch eine Polizeibehörde beeinträchtigt dabei auch das Vertrauen in deren Neutralität.

Jacobs wusste, dass die Strafanzeige erhebliches politisches und mediales Aufsehen erregen würde. Das war auch der Sinn der Aktion. Nicht zufällig wurde die Anzeige auch gleich den Medien bekannt. Diese wiederum machten das Schmierentheater perfekt: Überall – von ARD und ZDF bis „Bild“ und in allen „Qualitätsmedien“ – wurde der angeblich volksverhetzende Tweet genüsslich in vollem Wortlaut zitiert. Twitter hatte ihn dabei noch wegzensiert. Wenn es sich tatsächlich um Volksverhetzung gehandelt hätte, dann hätten gerade erst die Medien diese Volksverhetzung richtig unters Volk gebracht. Auch das belegt die Heuchelei, mit der hier vorgegangen wurde.

Wenn später die Strafanzeige von der Staatsanwaltschaft abgewiesen wird, dann wird es nur kurz gemeldet werden. Der Polizeipräsident wird seine Hände in Unschuld waschen – er habe ja nur aus angeblich guten Gründen eine Strafanzeige bei der unabhängigen Justiz gemacht, die zu entscheiden habe und deren Ergebnisse man respektiere. Erst recht werden die Medien ihre Hände in Unschuld waschen – sie hätten nur berichtet, wird es heißen.

Allerdings berichteten sie fast alle unkritisch und bliesen den Vorgang noch gigantisch auf. Dabei gibt es mindestens in den großen Blättern und den Sendeanstalten auch juristisch vorgebildete Journalisten. Doch man unterließ es fast überall absichtsvoll, die Frage qualifiziert zu untersuchen, ob es sich bei dem Tweet tatsächlich um Volksverhetzung im juristischen Sinne gehandelt haben könnte. Immerhin ließ die „Süddeutsche Zeitung“ – wenn auch erst am 3. Januar, nach einem schrägen Kommentar von Heribert Prantl am Tag zuvor – den Frankfurter Juraprofessor Matthias Jahn in einem Interview erklären, warum der Tweet von Beatrix von Storch „kein Fall für das Strafrecht“ ist.

(siehe auch Seite 2)

Unheilige Allianz beenden

Von Bodo Bost

Die Serie von Pannen bei den Kontrollen und Ermittlungen zum Breitscheidplatz-Attentat und beim Gedenken der Opfer geht weiter, sie ist an Peinlichkeit kaum noch zu übertreffen. Teilgenommen an der Gedenkfeier in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche hat auch der Imam Mohamed Matar, der einen Text aus dem Koran verlas – offiziell eingeladen auf Vorschlag des Berliner Zentralrats der Muslime von der Evangelischen Kirche. Diese arbeitet nämlich ungeniert mit der Berliner Dar-as-Salam-Moschee und ihrem Imam Matar zusammen. Die Dar-as-Salam-Moschee wird regelmäßig in den Berichten des Verfassungsschutzes aufgelistet, weil sie Verbindungen zur fundamentalislamischen Muslimbruderschaft haben soll.

Wer sich genauer mit der Person des Imams und der Moschee beschäftigt, für den tun sich wahre Abgründe auf. Die Begegnungsstätte der Moschee war bereits federführend an einer Gedenkveranstaltung im Februar 2017 am Breitscheidplatz beteiligt. Dort wurden vom Berliner Imam Taha Sabri im Beisein von Bürgermeister Michael Müller sowohl der Islamismus als auch der Islam von jeder Schuld an dem Massaker mit dem Lkw freigesprochen.

Geschmacklos ist auch ein Facebook-Beitrag von Matar. Dort war die tote palästinensische Jugendliche Fatima Hajiji zu sehen. Die 16-Jährige hatte im Mai Jerusalemer Polizisten mit einem Messer angegriffen und war daraufhin von ihnen erschossen worden. Imam Matar verherrlichte die erschossene Terroristin. Später behauptete er, dass er nicht gewusst habe, dass „Fatima Hajiji keineswegs friedlich den Weg ins Jenseits angetreten hat, sondern vorhatte, die Soldaten kaltblütig zu töten“. Die evangelische Kirche nahm ihm diese Einschätzung ohne Weiteres ab. „Um eine Verherrlichung einer Selbstmordattentäterin geht es hier nicht“, teilte Andreas Goetze, Landespfarrer für interreligiösen Dialog, zu dem Vorfall mit.

So unpolitisch wie sich die Dar-As-Salam-Moschee nach außen zeigt, ist sie zumindest im Netz nicht. Kurz nach der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, die US-Botschaft nach Jerusalem verlegen zu wollen, änderte die Moschee ihr Hintergrundbild bei Facebook, neben einer Kirche wurde jetzt der Felsendom als Symbol der muslimischen Präsenz in Jerusalem gesetzt.

Die evangelische Kirche sollte ihre unheilige Allianz mit der Neuköllner Moschee schnellstens beenden. Die Bundesregierung und die Berliner Landesregierung sind wiederum einem plumpen islamistischen Täuschungsmanöver auf dem Leim gegangen. Dem Andenken der Opfer vom Breitscheidplatz und deren Angehörigen haben sie damit wahrlich keinen Dienst erwiesen.



Alles andere als unpolitisch: Der Berliner Imam Mohamed Matar

Bild: Screenshot YouTube

Frei gedacht



2018: Die Macht unserer Gedanken

Von Eva Herman

Während der Weihnachtstage starben in Deutschland mehrere Menschen durch Messerstiche und brutale Gewalt. Oft zählten die Täter zu den sogenannten Flüchtlingen. Nach der aktuellen Neujahrsansprache der derzeitigen Kanzlerin Angela Merkel wissen wir, dass wir nun auf uns selbst gestellt sind: Hilfe „von oben“ für diese grausamen Zustände in unserem Land ist nicht zu erwarten. Die Regierenden werden nichts verändern, im Gegenteil. Doch was kann der Einzelne tun? Für 2018 und alle weitere Zeit habe ich mir vorgenommen, noch intensiver nach dem wirklichen Sinn des Lebens zu suchen, abseits von Materialismus und irdischer Funktionalität.

Die künftigen Zeiten dürften ziemlich unruhig werden. Erwartungshaltungen an andere sollten wir uns jetzt abgewöhnen, vor allem nicht an „die da oben“. Jeder Mensch ist selbst gefordert, um seine innere Kraft zu entwickeln und zu manifestieren. Wer heute eine neue Welt fordert, weil er zu Recht erkennt, dass das jetzige System kurz vor dem Ende steht, der hat einen wichtigen Weg vor sich: den Weg der Selbsterkenntnis und der eigenen inneren Wandlung. Als wichtigster Schritt dient dazu als Erstes die freie Willensentscheidung, dieses Ziel überhaupt zu wollen und zu wählen.

Dem folgt als Nächstes die Selbstkontrolle, die zu möglichst jedem Moment eingeschaltet bleiben sollte. Denn jeder Mensch ist tatsächlich ganz alleine für sich selbst verantwortlich, für alles, was von ihm ausgeht: Für seine Gedanken, für seine Taten und für seine Worte. Durch sein persönliches Handeln, durch vorbildliche, manchmal selbstlose Entscheidungen gibt er letztlich auch anderen den Mut, sich zu ändern: Wenn wir die Liebe, die Nächstenliebe zu unserem ersten Lebensbegleiter machen, um selbst das Glück zu finden, dann wird es auch auf andere abstrahlen können. Wer selbst gibt, wird erhalten. Wer anderen vergibt, dem wird vergeben werden.

Unsere Gedanken werden erst in der Folge zu Worten und Taten, sie entstehen kurz nach der Empfindung, also am Anfang einer jeden Handlungskette. Ihnen sei deswegen besonders großes Augenmerk gewidmet. Denn bereits hier kann der Mensch die Entscheidung für oder gegen das Gute treffen. Er kann in diesem Stadium noch leichter lenken, wohin die Reise geht. Die Selbstkontrolle der Gedanken spielt daher eine erhebliche Rolle. Wer sich hingegen „denken lässt“, ohne die eigenmächtige Lenkung zu übernehmen, ist nicht selten verloren. Er wird zum Spielball von Strömungen, die er häufig nicht selbst bestimmte. Er beginnt damit, das, was andere Gehirne ersonnen haben, leichtfertig zu übernehmen. Und eventuell sind diese anderen Gehirne in Wirklichkeit dem seinen sogar unterlegen. Damit hat er seinen klaren Verstand durch eine trübe Strömung ersetzt. Wichtig ist es also, sich viel bewusster mit seinen Gedanken zu beschäftigen, diese zu überprüfen und zu lenken.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ.* Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Ein Schüler des renommierten Hamburger Wissenschaftlers und Naturphilosophen Hans Driesch, der österreichische Forscher Karl Jellinek, der vor Jahrzehnten sein Werk über „Das Weltengeheimnis“ seinem berühmten Lehrer widmete, äußert sich darin über die Gedankenkraft des Menschen und ihre wichtigen Folgen:

„Wirklich ist dasjenige, was wirkt. Dass nun meine Gedanken auf mein Seelenleben, auf mein Geistesleben wirken, ist klar. Sie sind zunächst also in meiner Seele, in meinem Geiste, wirklich. Nun wirken meine Gedanken aber vielfach auch auf andere Menschen, denen ich sie zusende, ein. Überhaupt wirkt die Gedanken-Atmosphäre eines Menschen auf andere Menschen ein. Wer weiß nicht, dass sich einem plötzlich wider Willen bestimmte Gedanken aufdrängen? Sie werden mir von anderen geistigen Wesen geschickt, sie wirken auf mich wider meinen Willen ein. Gedanken haben auch Existenz in der Welt außerhalb der Seele, des Geistes, des sie zeugenden Wesens. Das Denken eines geistigen Wesens ist eine schöpferische, zeugende Handlung, durch welche der Zeugende geistig wirkliche Dinge aus sich heraussetzt ... Da jeder Mensch also mit seinem zeugenden Denken geistige Schöpfungen aus sich herausstellt, so muss er für seine Schöpfungen auch die Verantwortung tragen. Die Verantwortung des Menschen beginnt also schon bei seinen Gedanken.“

Bei einem Blick in die Bibel wird man ebenso fündig, der Gottessohn Jesus Christus selbst äußerte sich: „Was aus dem Menschen geht, das macht ihn gemein; denn von innen, aus dem Herzen der Menschen, gehen heraus böse Gedanken: Ehebruch, Hurerei, Mord, Dieberei, Geiz, Schalkheit, List, Unzucht, Schalksauge, Gotteslästerung, Hoffart, Unvernunft. Alle diese bösen Stücke gehen von innen heraus und machen den Menschen gemein.“ Es kann nicht oft genug unterstrichen werden, dass die Verantwortung bei jedem Menschen alleine liegt; niemand kann einem anderen Entscheidungen abnehmen. Leider ist dieses „freie Denken“ systematisch aus dem irdischen Alltags-Leben entfernt worden. Und so dringt die innere Stimme heute häufig kaum noch durch, während sich die Menschen in früheren Zeiten durchaus noch mit eigenen Gedanken auseinandersetzten.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Der innere Funke hinauf, dem Lichte zu, glimmt in jedem. Es ist die Aufgabe eines jeden Menschen, ihn zu entfachen und ihn, in seiner eigenen Befreiung, im besten Falle zu einem lodernden Feuer werden zu lassen. Folgt er den Naturgesetzen, so ist es gleichgültig, was die „anderen Leute denken“. Er ruht in sich, er ist eins mit dem Universum. Das alleine zählt. Wer sich für diesen Weg entscheidet, wird bald ein Wunder nach dem anderen erleben. Die Augen werden ihm geöffnet, und er wird Dinge erfahren und erkennen, die ihm bislang verschlossen geblieben waren. Er wird die Stimme der Schöpfung vernehmen, gesetzt den Fall, er meint es ernst und bleibt am Ball. Dazu gehört nicht minder die Bereitschaft, alte Denkmuster und Verhaltensweisen abzustreifen, der Wille zur Veränderung eben. Der erste Schritt dazu ist, das besondere Augenmerk auf seine Gedanken, die erste Entstehung einer jeden Tat, zu lenken.

Was der Mensch tut, denkt oder sagt, das sind im Ergebnis jene sogenannten Werke oder Früchte, an denen jeder, wie es in der Bibel steht, erkannt wird. Der Lebensstatus, das Glück oder auch das persönliche Pech sind im Grundprinzip Anzeichen dafür, welche Früchte der Mensch bereits im Laufe seiner Erdenwanderungen hervorbrachte.

Eines ist klar: Die Jahre, die vor uns liegen, werden nicht einfach werden. Es bedarf einer großen Kraft, die jeder nun in sich aktivieren kann und muss, will er die bevorstehenden Herausforderungen bewältigen. Einer Flamme gleich gilt es, diese Lebenskraft anzufachen, zu erhalten und mutig zu erneuern durch Erkennen und Einsicht, durch Selbstprüfung und Entwicklung des Geistes. Eines ist sicher: Diese Flamme zum Guten darf nicht wieder erlöschen, wenn wir es wirklich ernst meinen. Durchzuhalten ist jetzt unsere größte Herausforderung, durchzuhalten, um Segen zu bringen und zu erhalten. Hat man sich erst einmal auf diesen Weg begeben und ihn als richtig erkannt, wird die Kraft, die den beflügelnden Gedanken nährt, gleich einem wärmenden Feuer immer größer: Und wir schaffen es!

Gut gesicherter Preußenschatz

Königskrone hinter Panzerglas – Burg Hohenzollern präsentiert ihre Kronjuwelen anlässlich eines runden Jahrestages

Vom Sturmtief Burglind blieb auch die Burg Hohenzollern nicht verschont. Anfang der Woche blieb der Preußen-Stammsitz für zwei Tage wegen Waldarbeiten geschlossen. Da nun die Schäden beseitigt sind, kann man im Schloss noch bis Ende Januar eine wunderbare Ausstellung zum 150. Jahrestag der Einweihung des Neubaus besichtigen.



Wie eine Insel von 855 Metern Höhe in der schwäbischen Landschaft: Burg Hohenzollern, Denkmal einer Dynastie Bild: qwesy qwesy

„Ein großartiger Rundblick erhebt den Geist dankerfüllt zu den blauen Fernen empor, aus denen Gott dieses Schloss und sein Geschlecht so herrlich gesegnet.“ So äußerte sich Kaiser Wilhelm II. über die auf einem 855 Meter hohen Bergkegel am Rande der Schwäbische Alb thronende Burg Hohenzollern. Sein Großvater weihte sie vor 150 Jahren ein (siehe *PAZ* vom 29.9.2017).

Sie war ein Gemeinschaftsprojekt der beiden Hauptzweige der Hohenzollern-Dynastie: der fränkisch-brandenburgisch-preußischen sowie der schwäbischen Linie. Ihre heutigen Burgherren sind Karl Friedrich Fürst von Hohenzollern und Georg Friedrich Prinz von Preußen. Sie feiern das Jubiläum des „Stammsitzes“ der Burg Hohenzollern mit einer Sonderschau im Torturm und einem vom Denkmalpfleger Christian Kayser verfassten Jubiläumsband.

Die im neugotischen Stil errichtete heutige Anlage gilt als spätes Prachtwerk der Burgenromantik. Sie hatte zwei Vorgänger. Die früheste urkundliche Erwähnung der ersten Burg ist 750 Jahre alt. Die zweite Burg geht auf Graf Jost Niklas von Zollern zurück, der 1454 mit dem Wiederaufbau des zerstörten Herrschersitzes begann. Das einzige noch vollständig erhaltene Gebäude der zweiten Burg ist die katholische Michaelskapelle. Vor ihr steht die Bronzestatue Friedrich Wilhelms IV. von Preußen (1795–1861).

Nachdem der damalige Prinz die baufällige Burganlage 1819 besucht hatte, engagierte er sich für deren Neugestaltung. Ihre 1827 vollendete Umgestaltung zur künstlichen Ruine fand jedoch wenig Anklang. Insbesondere der von Friedrich Wilhelm IV. zum „Historiografen für die älteste Geschichte des Hohenzollernschen Hauses“ berufene Rudolf von Stillfried-Rattonitz setzte sich für eine der Familiengeschichte angemessene Umgestaltung ein. Den Auftrag dazu bekam der „Architekt des Königs“, Friedrich August Stüler. Er legte 1844 die ersten Baupläne vor.

Christian Kayser macht im Jubiläumsband auf eine gravierende Planänderung aufmerksam. Deren Ursache war der im Dezember 1849 von den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen getroffene Beschluss, ihre Regierungsgewalt auf Friedrich Wilhelm IV. zu übertragen. Der preußische König entschied daraufhin, den Hohenzollern zur verteidigungsfähigen Landesfestung mit burgenromantischem Einschlag ausbauen zu lassen. Mit den Planungen betraute er nun neben Stüler und Stillfried-Rattonitz den Festungsbaumeister Moritz von Prittwitz und Gaffron sowie den Ingenieur-Leutnant Heinrich von Blankenburg. Deren erste Aufgabe war der Ausbau der bereits vorhandenen Bastionen. Es folgten der Neubau der evangelischen Christuskapelle und zuletzt die Errichtung der den Innenhof hufeisenförmig umschließenden Repräsentationsbauten.

Reproduktionen der Baupläne zeigt jetzt die von Stefan Schimmel, dem Kunstbeauftragten des Hauses Preußen, eingerichtete Sonderschau auf der Burg. Sie wartet überdies mit alten Darstellungen der Vorgängerburgen, Dokumenten, Büsten der für die Baugeschichte bedeutenden Persönlichkeiten, historischen Fotografien und Souvenirs aus vergangenen Tagen auf. Schon vor 150 Jahren verfügte die Burg über touristische Einrichtungen wie den Restaurant- und Schankbetrieb. Sie gehört mit jährlich 350 000 Besuchern zu Deutschlands größten Touristenattraktionen.

Schimmel charakterisiert die Burg Hohenzollern als „Denkmal der Dynastie“. Die in seltener Authentizität erhaltene Ausstattung vereint originale und kopierte Altertümer mit Einrichtungsgegenständen des damals modernen Historismus, der Stilmerkmale vergangener Epochen aufgreift. Diese Inszenierung zum familiengeschichtlichen Monument geht auf Stillfried und den mit der Inneneinrichtung beauftragten Roland Persius zurück. Die Wände der Eingangshalle zu den Repräsentationsräumen umrankt der 1061 beginnende Stammbaum des Hauses Hohenzollern.

Kurioserweise verzeichnet der Stammbaum auch Stillfried. Sein Name steht links neben dem Eingang zu dem wie ein gotisches Kirchenschiff anmutenden Grafensaal, dem größten und prunkvollsten der Repräsentationsräume. Der mit historischen Waffen geschmückte Grafensaal öffnet sich zu zwei kleineren Räumen. Der eine befindet sich im Kaiserturm. In ihm stehen die Statuetten von acht Kaisern des Heiligen Römischen Reiches und die Büsten der von 1871 bis 1918 herrschenden Hohenzollern-Kaiser Wilhelm I., Friedrich III. und Wilhelm II. Der andere Raum befindet sich im Bischofsturm mit den Statuetten Kardinal Albrechts von Brandenburg (1490–1545) und des Bischofs Friedrich von Augsburg (1450–1505) zu Seiten des Eingangs.

Der Historienmaler Wilhelm Peters hat die Bibliothek mit Wandbildern ausgemalt, die Sagen und historische Ereignisse aus der Zeit der ersten beiden Burgen darstellen. Prächtigster Raum der sich anschließenden einstigen Privatgemächer ist das Wohnzimmer der Königin. Die goldfarben in Schablonentechnik bemalten Wände zeigen den preußischen Adler und die Initiale „A“ für die Königin und spätere Kaiserin Augusta (1811–1890).

Die in der ehemaligen Burgküche eingerichtete „Schatzkammer“ ist eine Zutat aus den 1950er Jahren. Sie wartet mit Kunstwerken und Erinnerungsstücken insbesondere an Friedrich den Großen und Königin Luise auf. Wertvollstes Objekt ist die hinter Panzerglas präsentierte preußische Königskrone, die Wilhelm II. 1889 anfertigen ließ.

Das Schlusswort haben Christian Kayser und Stefan Schimmel. Der Denkmalpfleger und Bauforscher berichtet: Es bröckelt „an den Mauern der Festung und der Auffahrt. Risse, Ausbrüche und Verformungen machen eine umfassende Sicherung und Instandsetzung unumgänglich.“ Der Kunstbeauftragte ergänzt: „Nach über 150 Jahren muss die Burg grundlegend saniert und restauriert werden. Eine große, sich über Jahrzehnte erstreckende Aufgabe will bewältigt werden. Wesentliche Voraussetzungen, darunter die Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus öffentlicher Hand, wurden bereits geschaffen, sodass im Jahr des 150-jährigen Jubiläums mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.“ *Veit-Mario Thiede*

Die Sonderausstellung **150 Jahre 3. Burg Hohenzollern** läuft bis 31. Januar im Torturm der Burg Hohenzollern, 72379 Burg Hohenzollern. Geöffnet bis 15. März täglich 10 bis 16.30 Uhr und vom 16. März bis 31. Oktober täglich 10 bis 17.30 Uhr. Der Eintritt in die Burganlage ohne Schlossräume kostet 7 Euro und mit Besichtigung der Schlossräume 12 Euro. Telefon (07471) 2428, Internet: www.burg-hohenzollern.com. Der reich bebilderte, 224-seitige Jubiläumsband **Burg Hohenzollern – Ein Jahrtausend Baugeschichte** aus dem Südverlag kostet 24,90 Euro.

Mal hier, mal dort

Sieben Adressen in 150 Jahren – Das Berliner Kunstgewerbemuseum ist sesshaft geworden

Das Kunstgewerbemuseum der Staatlichen Museen zu Berlin blickt auf eine bewegte Vergangenheit mit verschiedenen Standorten zurück. Darin spiegelt sich auch die deutsche Vergangenheit wider. Die Teilung Berlins sorgte dafür, dass das Haus seinen Hauptsitz am Kulturforum hat und im östlichen Stadtbezirk Köpenick eine Dependance besitzt.

Vom 12. Januar an blickt die Institution mit einer Ausstellung auf ihre Anfänge zurück. Die Sonderpräsentation „Berliner Schatzhäuser. 150 Jahre Kunstgewerbemuseum Berlin“ skizziert anhand museumsgeschichtlich bedeutender Objekte und auf Schautafeln die Entwicklung der Sammlung an den im Laufe der 150 Jahre insgesamt sieben verschiedenen Standorten und vermittelt eine Vorstellung von den sich wandelnden Aufgaben des Hauses. Parallel dazu ist eine von Barbara Mundt erarbeitete Chronik des Kunstgewerbemuseums erschienen (786 Seiten, 60 Euro).

Am 25. März 1867 konstituierte sich der Trägerverein „Deutsches Gewerbe-Museum zu Berlin“, dessen Satzung am 5. August 1867 durch königlichen Erlass bestätigt wurde. Dieser Tag darf als das eigentliche Gründungsdatum des Kunstgewerbemuseums gelten, dem ersten seiner Art in Deutschland und dem dritten in Europa. Der damals neue Museumstyp entsprach ökonomischen Notwendigkeiten: Mit der Zunahme industrieller Massenproduktion und den seit 1851 stattfindenden Weltausstellungen geriet das Handwerk in eine bis dahin ungekannte Konkurrenzsituation. Aufgabe des Deutschen Gewerbe-Museums sollte es sein,



Bild: Staatliche Museen zu Berlin / Achim Kleuker

Im Neubau: Das älteste Kunstgewerbemuseum Deutschlands

„den Gewerbetreibenden die Hülfsmittel der Kunst und Wissenschaft zugänglich zu machen“.

Die Sammlung des Deutschen Gewerbe-Museums fand ihr erstes Domizil im ehemaligen Diorama der Gebrüder Gropius in der Stallstraße 7 (heute Universitätsstraße), wo am 7. April 1868 in zwei Sälen eine ständige Ausstellung eröffnet wurde. Ende Mai 1873 bezog das Museum dann erheblich größere, aber noch immer provisorische Räumlichkeiten in zwei zuvor von der Königlichen Porzellan-Manufaktur genutzten Fabrikgebäuden in der Königgrätzer Straße 120 (heute Stresemannstraße). In den 70er-Jahren des 19. Jahrhunderts kam es unter der Leitung des ersten Sammlungsdirektors Julius Lessing zu einer rasanten Vermehrung der Bestände. 1873 übertrug der preußische Staat dem Museum über 4000 Objekte aus der Sammlung des Liegnitzer Gewerbedezernenten Alexander von Minutoli und im November 1875 erfolgte die Überweisung von rund 6500 Werken aus dem Bestand der Königlichen Kunstkammer. Folgerichtig wurde das Museum 1879 in „Kunstgewerbe-Museum zu Berlin“ umbenannt.

Der 1877 begonnene Museumsneubau in der Prinz-Albrecht-Straße 7 (heute Niederkirchnerstraße), dem heutigen Martin-Gropius-Bau, wurde am 21. November 1881 im Beisein des preußischen Kronprinzenpaars eröffnet. Nach der Abdankung Kaiser Wilhelms II. entschied man am 29. Januar 1920, das Kunstgewerbemuseum aus dem Gropius-Bau in das Berliner Schloss umzusiedeln. Am 1. September 1921 erfolgte die Eröffnung des nunmehr „Schlossmuseum“ genannten Museums an seinem neuen Standort.

Nach 1945 bezog das Museum eine Unterkunft in der Halbruine des ehemaligen Logenhauses „Zu den drei Weltkugeln“ in der Splittgerbergasse 2–3, ehe es 1985 an den heutigen Standort in der Tiergartenstraße umzog. Der Ost-Berliner Sammlungsteil wurde von Juni 1963 an im Schloss Köpenick gezeigt. Obwohl räumlich getrennt, ist das Museum jetzt wiedervereinigt. *H. Tews*

Die Jubiläumsausstellung „Berliner Schatzhäuser“ läuft vom 12. Januar bis 29. April im Kunstgewerbemuseum am Kulturforum, Matthäikirchplatz. Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 10 bis 18 Uhr, Sonnabend und Sonntag 11 bis 18 Uhr. Eintritt: 8 Euro.

Zwergenaufstand

Däumlinge hoch – Der Film »Downsizing«

Wenn es nur so einfach sei: Man lässt sich verkleinern – und alle Probleme wären gelöst. Wären die Menschen wie Gulliver im Land der Riesen nur noch zwölf Zentimeter groß, würde weniger Abfall produziert, weniger Sauerstoff verbraucht, und überhaupt kann der Wirtschaft eine Gesundschrumpfung nicht schaden.



Bild: 2017 Paramount Pictures

Geschrumpfter Rosenkavalier: Matt Damon zwischen den deutschsprachigen Hollywoodstars Udo Kier (l.) und Christoph Waltz (r.)

Im Englischen heißt Gesundschrumpfen „Downsizing“, und so heißt auch der Film, der am 18. Januar in die Kinos kommt. Weil man im Kleinformat so gut sparen kann und ein Puppenhauspalast für eine Handvoll Dollar zu haben ist, lässt sich Matt Damon als frustrierter Mittelstandsbürger dank neuartiger Schrumpfungsmethode auf Zwergengröße verkleinern. Zusammen mit anderen Däumlingen träumt er in einer Kolonie vom besseren Leben, ehe auch hier der Kapitalismus Einzug hält. Hinter einer Mauer dieser Utopie-Welt entdeckt er einen Slum, deren Bewohner die Villen der Neureichen putzen.

Der Film Alexander Paynes, der mit der oscarprämierten Komödie „Sideways“ sowie „About Schmidt“ seinen Kino-Durchbruch schaffte, schwankt stark zwischen Gesellschaftssatire, Science Fiction nach Art der 1989er-Komödie „Liebling, ich habe die Kinder geschrumpft“ und billiger Romanze. Was komisch begann, endet in einem wirren Sektenszenario samt Klimakatastrophe. Wie der Fall der Dinosaurier zeigt, haben die Kleinen hier ja einen Überlebensvorteil. *H. Tews*

Weltlicher Hoffnungsträger am Nil

Gamal Abdel Nasser versuchte, Arabien, Afrika und die islamische Welt unter der Führung seines Landes zu einigen

Gamal Abdel Nasser galt als moderner arabischer Messias, denn er versprach einen Ausweg aus Rückständigkeit und nationaler Zersplitterung. Vor 100 Jahren, am 15. Januar 1918, kam der Präsident Ägyptens beziehungsweise der Vereinigten Arabischen Republik von 1954 bis 1970 in Alexandria zur Welt.

Eine Verortung Nassers im politischen Spektrum ist schwierig. Ideologisch flexibel arbeitete er zeitweise mit so unterschiedlichen Kräften wie den Achsenmächten, den Muslimbrüdern, den Blockfreien und der Sowjetunion zusammen. Als seine Vorbilder gelten so unterschiedliche Männer wie Mohammed, George Washington, Voltaire und Mahatma Gandhi.

Bereits im Alter von zwölf Jahren beteiligte sich der Sohn eines Postbeamten an Demonstrationen gegen die Briten, deren Protektorat Ägypten seinerzeit war. Deshalb kam er 1935 in Untersuchungshaft. Nichtsdestotrotz konnte er bereits zwei Jahre später eine Ausbildung an der Militärakademie in Kairo beginnen. Bald darauf galt sein Hass nicht mehr nur der Protektoratsmacht, sondern auch den Juden im benachbarten Palästina. Er war überzeugt von der Authentizität der sogenannten Protokolle der Weisen von Zion. Und so kooperierte Nasser während des Zweiten Weltkriegs mit Agenten der sowohl antibritischen als auch antijüdischen Achsenmächte.

Nach der Niederlage der Araber im Palästinakrieg gründete der Infanteriehauptmann eine konspirative Organisation namens Harakat ad-Dubbat al-Ahrar (Komitee der Freien Offiziere), die in der Nacht vom 22. zum 23. Juli 1952 gegen den ägyptischen König Faruq putschte. Die Militärs um Nasser beendeten die Monarchie, weil sie sie dafür verantwortlich machten, dass Israel die Araber trotz 80-facher zahlenmäßiger Unterlegenheit hatte besiegen können.

Anschließend übernahm Generalmajor Muhammad Nagib den Vorsitz im Revolutionären Kommandorat und wurde nach der Ausrufung der Republik deren erster Präsident. Nasser, nunmehr Oberst, avancierte bis zum Juni 1953 zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte sowie Premier- und Innenminister. In dieser Eigenschaft kooperierte er auch mit der Muslimbruderschaft, die den Kampf gegen die Briten unterstützt hatte. So berief er drei namhafte Muslimbrüder in die Kommission, welche die neue republikanische Verfassung erarbeiten sollte.

Diese Zusammenarbeit endete nach dem Attentatsversuch auf Nasser vom 26. Oktober 1954. Damals schoss der Muslimbruder Mahmoud Abdel-Latif aus nur wenigen Metern Distanz achtmal auf den Premier, ohne ihn jedoch zu treffen. Dabei kam Nasser der misslungene Anschlag durchaus zupass, weil er nun den überaus populären, aber unbequem gewordenen Nagib der Mitwisserschaft beschuldigen und am 14. November 1954 ins politische Aus drängen konnte. Die Konsequenz hieraus war Nassers Aufstieg zum Staatspräsidenten. Am 23. Juni 1956 wählten ihn 99,9 Prozent der Ägypter in dieses Amt.



Vor 100 Jahren geboren: Präsident Ägyptens und der VAR Gamal Abdel Nasser Bild: pa

Einen Monat später verkündete der neue Führer des Landes die Verstaatlichung der mehrheitlich britisch-französischen Sueskanal-Gesellschaft. Daraufhin versuchten die beiden westlichen Staaten im Verein mit Israel, den „Hitler vom Nil“ zu stürzen. Das Vorhaben endete allerdings mangels US-amerikanischer Unterstützung mit einem Fiasko für die Angreifer, wodurch Nasser nun zur Lichtgestalt der arabischen Welt aufstieg. Das ermutigte ihn, die Verwirklichung all der Visionen in Angriff zu nehmen, welche er 1955 in seiner programmatischen Schrift „Ägyptens Befreiung: Die Philosophie der Revolution“ dargelegt hatte. Entsprechend der sogenannten Drei-Kreise-Theorie sollte das Land am Nil die Führungsrolle in Arabien und im islamischen Raum sowie auch in Afrika übernehmen. Darüber hinaus zeigte sich Nasser fest entschlossen, die Ägypter dazu zu bringen, „die fortschreitende Karawane der Menschheit wieder einzuholen, hinter der wir vor fünf Jahrhunderten oder länger zurückgeblieben waren“. Als erster Schritt auf dem Wege der Umsetzung der ambitionierten Ziele des Panarabismus galt der Zusammenschluss Ägyptens und Syriens zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR) am 1. Februar 1958.

Ebenso trachtete Nasser danach, die „arabisch-asiatische Einheit“ herbeizuführen. Deshalb engagierte er sich gemeinsam mit dem indischen Premierminister Jawaharlal Nehru und dem indonesischen Präsidenten Sukarno, aber auch mit dem jugoslawischen Staats- und Regierungschef Josip Broz Tito in der Bewegung der blockfreien Staaten.

Allerdings scheiterte das Projekt eines arabisch-islamischen Großreiches zwischen Atlantik und Persischem Golf bereits 1961, als Syrien wegen der autokratischen Attitüden Nassers aus der VAR austrat. Daraufhin versprach der ägyptische Präsident seinen Landsleuten, ein „neues soziales System und eine neue Kultur“ einzuführen, nämlich den „arabischen Sozialismus“. Und tatsächlich ließ er nachfolgend Banken, Versicherungen und den Großhandel verstaatlichen. Außerdem propagierte Nasser das Konzept eines „islamischen Sozialismus“.

Dies wiederum brachte ihn in Konfrontation zum saudischen König Saud ibn Abd al-Aziz Al Saud, mit dem zusammen er 1954 die Islamische Konferenz ins Leben gerufen hatte. Die Gründung erfolgte zwar im saudi-arabischen Mekka, aber ihren Sitz hatte sie in der ägyptischen Hauptstadt und an deren Spitze stand mit Muhammad Anwar as-Sadat ein Ägypter. Zur Bekräftigung seines Führungsanspruchs in der muslimischen Welt etablierte Al Saud deshalb 1962 die Islamische Weltliga, woraufhin Nasser die Kairoer Akademie für Islamische Untersuchungen zum Gegenpol von Al Sauds Liga ausbaute und regelmäßig große Islamkonferenzen abhalten ließ.

Sein jetzt sozialistisch daherkommendes Programm bescherte Nasser die wachsende Unterstützung des sozialistischen Lagers, allen voran der UdSSR. In den 1960er Jahren wurde Ägypten der größte Empfänger von Militärhilfe seitens des Kreml außerhalb der Warschauer Vertragsorganisation. Das konnte indes nicht die schwere Niederlage im Sechstagekrieg gegen den von den USA unterstützten Staat Israel verhindern. Von diesem Debakel sollte sich Nasser nie wieder erholen, obwohl ihn sein Volk per Akklamation dazu nötigte, auf den spontan verkündeten Rücktritt zu verzichten.

Drei Jahre später, am 28. September 1970, starb der gesundheitlich wie politisch schwer angeschlagene ägyptische Präsident im Alter von nur 52 Jahren in seinem Haus in Kairo an den Folgen eines Herzinfarktes. Tags zuvor hatte der notorische Kettenraucher noch als Vermittler im Bruderkrieg zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Jordanien fungiert und einen Waffenstillstand aushandeln können. *Wolfgang Kaufmann*

Ein Monumentalbau von preußischer Nüchternheit

Während des Zweiten Weltkrieges entstand mit dem Pentagon das größte einzelne Verwaltungsgebäude der Welt

Die Vereinigten Staaten sind die letzte verbliebene Supermacht. Das zeigt sich vor allem auf militärischem Gebiet. Das Vereinigte Königreich hatte sich in seinem besten Zeitalter, dem viktorianischen, zum Ziel gesetzt, dass seine stärkste Teilstreitkraft, die Marine, mindestens so stark sein sollte wie die beiden nächstkleineren Flotten zusammen. Während das UK damals den sogenannten Two-Power-Standard zur Messlatte erhob, würden die heutigen USA einem Eight-Power-Standard genügen – und das wohlgemerkt nicht nur in der Paradedisziplin wie weiland die Briten, sondern auf alle Waffengattungen bezogen. So geben die USA mittlerweile mehr für ihr Militär aus, als die acht nächstbilligeren Streitkräfte von China, Russland, Saudi-Arabien, Indien, Frankreich, Großbritannien, Japan und Deutschland zusammen kosten.

Ähnlich gigantisch wie der Etat des US-Militärs ist auch der Hauptsitz des für ihn zuständigen Ministeriums. Die Außenwände des gleichseitigen Fünfecks sind jeweils 281 Meter lang. Die Grundfläche beträgt 135 000 Quadratmeter, die Geschossfläche 610 000 Quadratmeter, die Bürofläche etwa 344 000 Quadratmeter und das Volumen rund zwei Millionen Kubikmeter. Die Gesamtlänge der Korridore beträgt über 28 Kilometer. Um die 25 000 Mitarbeiter arbeiten in dem ungefähr 23 Meter hohen Bau. Um diesen vielen Menschen und den zusätzlichen Besuchern eine möglichst bequeme An- und Anreise zu ermöglichen, werden 30 Meilen Zubringer-Highways, 16 Parkplätze für 8770 Pkw, eine hochmoderne U-Bahn und diverse Buslinien bereitgehalten. Der Komplex hat 7754 Fenster, 4200 Uhren, 691 Wasserspender, 131 Treppen, 19 Rolltreppen, 13 Fahrstühle, neun Imbissstuben und einen Speisesaal.

Die Dimensionen werden erst aus der Vogelperspektive richtig erkennbar. Von außen kann man ja sonst höchstens zwei der insgesamt fünf Seiten sehen. Zudem erkennt man auch nur von oben, dass es sich genau genommen nicht um ein, sondern um fünf ineinander geschachtelte, konzentrische Fünfecke handelt. Diese fünf sogenannten Ringe sind durch jeweils zwei Querriegel pro Seite miteinander verbunden. Fünf ist auch die Zahl der (oberirdischen) Etagen, zu denen noch einmal zwei Keller beziehungsweise unterirdische Stockwerke kommen. Die Etagen der Ringe sind jeweils durch einen Ringkorridor erschlossen. Der innerste Ring umschließt einen Innenhof von fünf Acres Größe, gut 20 000 Quadratmetern.

Mehr Sein als Schein sowie Form folgt Funktion, scheinen die Maximen des Baus zu sein. Er besticht nicht durch Kunst, sondern abgesehen von seiner Dimension durch Symmetrie, Rationalität und Effektivität. Das Pentagon ist halt ein im Schatten des Krieges entstandener Zweckbau.

Bevor es ihn gab, war das Kriegsministerium, wie das Verteidigungsministerium damals noch weniger euphemistisch hieß, auf nicht weniger als 17 Gebäude aufgeteilt, und trotzdem herrschte noch Platznot. Nachdem der Zweite Weltkrieg ausgebrochen war und sich immer deutlicher herauskristallisierte, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis das von Franklin D. Roosevelt regierte Land auch offen in diesen eintrat, wurde diese Form der Unterbringung zunehmend als inakzeptabel angesehen. Ein Neubau sollte her – und zwar schnell.



Fünf Fünfecke mit jeweils fünf Etagen: Das vor 75 Jahren fertiggestellte Pentagon

Am 11. September 1941 erfolgte der erste Spatenstich. 14 000 Arbeiter und 1000 Architekten arbeiteten nun in drei Schichten rund um die Uhr. Um möglichst schnell umziehen zu können, wurden die bereits fertigen Flügel schon vor der Fertigstellung des Gesamtbaus bezogen. Vor 75 Jahren, am 15. Januar 1943, wurde das Pentagon dann eingeweiht.

Dem Weltkrieg war nicht nur die Schmucklosigkeit geschuldet, sondern auch die ausgiebige Verwendung von Beton. Roosevelt hatte verboten, Material aus kriegführenden Staaten zu verwenden. Italienischer Marmor stand somit nicht zur Verfügung. Auch musste die für den Bau eines Kriegsschiffes notwenige Menge an Stahl eingespart werden. Anstelle eines Eisenskeletts wurden über 42 000 Betonsäulen, anstelle von Fahrstühlen Betonrampen verwendet. Das erklärt auch die für US-amerikanische Verhältnisse geringe Zahl an Stockwerken.

Ausnahmen bestätigen bekanntlich die Regel, und so erlaubte man sich in zwei bemerkenswerten Fällen den Luxus des Abweichens von der reinen Zweckmäßigkeit. Da ist zum einen die bemerkenswert hohe Zahl an Toiletten und Pausenräumen. Rassentrennung sollte eben auch im Pentagon möglich sein. Und da ist zum anderen der Standort. Ursprünglich war für das Pentagon ein durch fünf Straßen begrenztes fünfeckiges Grundstück zwischen Washington und dem Nationalfriedhof Arlington vorgesehen. Roosevelt hatte jedoch die Sorge, dass der Bau dort die Sicht zwischen der Hauptstadt und dem Gottesacker beeinträchtigen könnte. Also wurde auf den gut einen Kilometer entfernten jetzigen Standort ausgewichen. Die wegen der Fünfeckigkeit des ursprünglich vorgesehenen Grundstücks gewählte Fünfeckigkeit des Gebäudegrundrisses wurde jedoch, um Geld und Zeit zu sparen, beibehalten. Sie ist auch durchaus zweckmäßig. So kann man im Pentagon von jedem Ort aus jeden anderen innerhalb von nur sieben-einhalb Minuten erreichen. Angesichts der Ausmaße des Gebäudekomplexes ist auch das beeindruckend. *Manuel Ruoff*

»Nazi No. One«

Vor 125 Jahren wurde Hermann Göring geboren

Obwohl Hermann Göring den Zweiten Weltkrieg nicht wollte, weil er wusste, dass er bei dessen negativem Ausgang materiell viel zu verlieren hatte, erreichte der Berufssoldat in eben diesem Krieg mit dem Aufstieg zum „zweiten Mann im Reich“ den Höhepunkt seiner Karriere. Hitlers Tod machte ihn in den Augen der Alliierten sogar zum „Nazi No. One“.

Dass er einmal ausgerechnet wegen seiner Leibesfülle Gegenstand zahlreicher Witze sein würde, war dem am 12. Januar 1893 in Rosenheim geborenen Hermann Göring nicht in die Wiege gelegt. Sein Vater Ernst, der unter Bismarck erster Reichskommissar für Deutsch-Südwestafrika gewesen war, förderte die militärischen Ambitionen seines sportlichen Sohnes und schickte ihn im Alter von zwölf Jahren in das Kadettenhaus in Karlsruhe. Mit Abitur und Offiziersexamen schloss er die Kadettenanstalt ab und trat in das Badische Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 12 in Mülhausen im Elsass ein. Im Ersten Weltkrieg kämpfte er zunächst bei der Infanterie im Westen und meldete sich schon bald als Beobachter zur Fliegertruppe. Im Sommer 1915 ließ Göring sich zum Piloten ausbilden und wurde Jagdflieger. Am 2. Juni 1918 verlieh ihm der Kaiser den „Pour le Mérite“, die einst von Friedrich dem Großen gestiftete höchste preußische Tapferkeitsauszeichnung. Das Kriegsende erlebte Göring als Kommandeur des berühmten Richthofen-Geschwaders.

Da die Siegermächte den Deutschen die Fliegerei verboten, schlug sich der gefeierte Fliegerheld die nächsten vier Jahre als Kunst- und Verkehrsflieger in Schweden durch. Hier lernte er seine aus bestem schwedischem Uradel stammende Ehefrau Carin kennen, die er Anfang 1923 in München heiratete.

Bald darauf begegnete er eher zufällig bei einer Versammlung dem Weltkriegsgefreiten Adolf Hitler, jener mittellosen und gescheiterten Existenz, die nun ihr Glück in der Politik versuchte, und mit der ihn von Herkunft und Stand eigentlich nichts verband. Von dem Redner, der die „Schmach von Versailles“ zu tilgen versprach, tief beeindruckt, trat Göring spontan der NSDAP bei. Wenig später wurde er mit der Führung der SA betraut. Als Dank für diesen Vertrauensbeweis schwor er Hitler Treue „bis in den Tod“. Am 9. November 1923 marschierte Göring beim Hitler-Putsch mit Stahlhelm und vollem Ordensschmuck in der ersten Reihe mit und wurde durch einen Schuss in den Unterleib schwer verletzt. Seine Getreuen brachten ihn in Sicherheit und schafften ihn, da er steckbrieflich gesucht wurde, erst nach Innsbruck und dann weiter nach Italien. Von hier aus floh er mit seiner Ehefrau weiter in deren Heimat, nach Schweden. Seine Verletzung heilte nur langsam, und Göring erhielt gegen die unerträglichen Schmerzen Morphium in immer höheren Dosen verabreicht. Der einst attraktive und schlanke Mann setzte Fett an und wirkte aufgedunsen. Die Kugel, die ihn vor der Feldherrnhalle getroffen hatte, sollte seine Persönlichkeit und sein ganzes weiteres Leben beeinflussen.

> Er ging rücksichtslos gegen Regimegegner vor, propagierte die Nürnberger Rassegesetze und trieb die sogenannte Endlösung voran

Nachdem der Reichstag eine Amnestie für politische Straftäter erlassen hatte, konnte Göring im Herbst 1927 nach Deutschland zurückkehren. In der Folgezeit war er als Reisender für Flugzeugfirmen tätig, verkaufte Fallschirme und ließ sich vom Chef der Lufthansa, seinem alten Fliegerkameraden Erhard Milch, „Beraterhonorare“ zukommen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten fasste Göring auch in der Partei wieder Fuß, zog im Juni 1928 in den Reichstag ein und wurde im August 1932, nachdem die NSDAP die stärkste Fraktion bildete, zu dessen Präsidenten gewählt. Als preußischer Innenminister sowie als preußischer Polizei- und Gestapochef sorgte er in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft entscheidend dafür, das Regime durch Staatsterror zu etablieren und zu stabilisieren.



Aufgrund seiner Leibesfülle und der ebenso markanten wie prächtigen Uniform unschwer zu erkennen: Reichsmarschall Hermann Göring im Kreise anderer NS-Größen im April 1942 Bild: Imago

In dem gefeierten Kriegshelden Hermann Göring hatte Hitler den richtigen Mann gefunden, seiner Partei einen gewissen Glanz zu verleihen und ihm den Weg zu den gesellschaftlichen Eliten des In- und Auslandes zu ebnen. In großbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen und von einem Privatlehrer erzogen, als mustergültiger Internatszögling, preußischer Kadett mit Bestleistungen und Berufsoffizier umfassend ausgebildet sowie als Träger der höchsten Tapferkeitsauszeichnung des Ersten Weltkrieges berühmt, konnte Göring gewandt auftreten, beherrschte Umgangsformen und Etikette, verstand es als interessanter Gesprächspartner, andere für sich einzunehmen und durch volksnahes und leutseliges Auftreten die Sympathie der Bevölkerung zu gewinnen. Die jeglicher Nähe zum Nationalsozialismus unverdächtige Herzogin Viktoria Louise, Tochter des letzten deutschen Kaisers, erinnerte sich später, Göring sei der einzige führende Nationalsozialist gewesen, der sich zu benehmen gewusst habe. Andererseits dürfen diese Eigenschaften nicht darüber hinwegtäuschen, dass Göring rücksichtslos gegen Regimegegner vorging, die Nürnberger Rassegesetze propagierte, die sogenannte Endlösung der Judenfrage vorantrieb, maßgeblich an den Kriegsvorbereitungen beteiligt war und nicht zuletzt wegen persönlicher Defizite in den meisten seiner Staatsämter kläglich versagte. Göring war eben nicht nur der joviale Staatsmann, der „aufrechte Soldat mit dem Kinderherzen“, der liebende Vater und „nette Chef“, an dem Angehörige und ehemalige Mitarbeiter noch Jahrzehnte nach dem Krieg in verklärter Erinnerung hingen, sondern auch ein berechnender und skrupelloser Machtmensch und Schreibtischmörder.

Dank seiner Herkunft und früheren Privilegien als Fliegeroffizier war Göring einen gehobenen Lebensstil gewohnt, den er nach den entbehrungsreichen 20er Jahren angesichts der nun für ihn angebrochenen besseren Zeiten fortzusetzen beabsichtigte. Göring, der von sich selbst behauptete, „der letzte Renaissancemensch“ zu sein, „der die Pracht liebe“, führte ein Dasein von wahrhaft monarchischer Lebensart. Einen Teil seiner Jugendjahre hatte der romantisch veranlagte, für die Natur schwärmende und sich für Ritterspiele begeisternde Göring auf den Burgen Veldenstein und Mauterndorf des vermögenden Patenonkels, des jüdischen Arztes Hermann Ritter von Epenstein, verbracht, eines Freundes der Familie, der mit seiner Mutter offen ein Verhältnis pflegte. Ende der 30er Jahre fielen ihm beide Anwesen auf dem Erbwege zu, allerdings gingen sie seiner Familie nach 1945 aus formalrechtlichen Gründen wieder verloren. Hier hatte Göring einen geradezu höfischen Lebensstil kennengelernt, den er auch jetzt der Bedeutung und Zelebrität seiner Person für angemessen erachtete.

In der preußischen Staatsschauspielerin Emmy Sonnemann, einer stattlichen Erscheinung von walkürenhafter Statur, fand Göring nach dem frühen Tod seiner geliebten Carin unterdessen wieder eine zu ihm und seiner Stellung passende Gemahlin. Die Eheschließung im April 1935 wurde wie eine Fürstenhochzeit gefeiert, und auch die Geburt der Tochter Edda 1938 wurde von der nationalsozialistischen Propaganda zu einem Ereignis von nationaler Bedeutung hochstilisiert. Da Hitler bis in seine letzten Lebenstage unverheiratet blieb, nahm Emmy Göring als Gattin der zweithöchsten Persönlichkeit Deutschlands nach Görings Vorstellungen den Platz der First Lady ein. Nur allzu gern überließ der auf gesellschaftlichem Parkett eher unbeholfene Hitler das Feld „seinem treuesten Paladin“, dem mit zahlreichen Staats- und Parteiämtern versehenen Göring, faktisch und seit dem 1. September 1939 auch formal „der zweite Mann im Reich“. Göring war zudem unter anderem Preußischer Ministerpräsident, Präsident des Reichstages, Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung, Reichsluftfahrtminister, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Reichsforstmeister, Reichsjägermeister, Beauftragter für den Vierjahresplan sowie seit 1940 Reichsmarschall und damit ranghöchster Soldat der Wehrmacht.

Die zahlreichen Ämter förderten seinen Uniformfetischismus, um den sich viele Anekdoten rankten. Als Göring Reichsmarschall wurde und damit ein weiteres Alleinstellungsmerkmal hatte, wünschte er eine besondere Uniform, um sich als ranghöchster Soldat der Wehrmacht bereits auf den ersten Blick vom Rest der Luftwaffengeneralität abzuheben. Hierfür wählte er einen hellen, auffälligen, als „taubengrau“ bezeichneten Stoff. Als er seinem Kammerdiener Robert Kropp ein Stoffmuster zeigte, bemerkte dieser irritiert, dass es sich aber um einen Stoff für Damengarderobe handele, worauf Göring entgegnete: „Nein, wenn ich ihn trage, ist es ein Herren-Stoff.“ Daraufhin ließ sich der Reichsmarschall mehrere Uniformen in unterschiedlicher Farbschattierung mit Effekten in aufwändiger goldener Handstickerei und besonders geschmückte Schirm- und Feldmützen fertigen, was, wie sich Kropp noch Jahrzehnte später erinnert, zu manch spöttischer Bemerkung führte.



Noch rank und schlank: Hermann Göring im Ersten Weltkrieg Bild: akg images

Zu diesem Zeitpunkt befand sich Göring auf dem Höhepunkt seiner Macht. Wie er selbst später in Nürnberg sagte, war er „der einzige Mann in Deutschland, der eine eigene, keine abgeleitete Autorität hatte“ und der einzige NS-Führer, der wirkliche Popularität im Volk genoss. Er, der stets auf sein Wohlleben bedacht war, wusste sehr gut, dass er durch einen Krieg persönlich kaum noch etwas zu gewinnen, bei dessen negativem Ausgang gleichwohl aber sehr viel zu verlieren hatte. Im Gegensatz zu Hitler hielt Göring Großbritannien nicht für zu unentschlossen, um in einen Krieg gegen Deutschland einzutreten, dessen Gefahren er sich durchaus bewusst war. Doch so, wie er auch später selbst dann Hitlers Befehle ausführte, wenn er von deren Absurdität überzeugt war, fügte sich Göring auch jetzt in das für ihn Unvermeidliche und bereitete den Angriff seiner Luftwaffe auf Polen vor.

Im weiteren Verlauf des Krieges betätigte sich Göring nur noch wenig auf politischem Parkett. Die Eingriffe des Oberbefehlshabers der Luftwaffe in die Kriegführung hatten, von Sachkenntnis kaum getrübt, fatale Folgen. Das begann mit dem Anhalten der Panzerverbände vor Dünkirchen als Folge von Görings leichtfertiger Versicherung, die Luftwaffe allein könne die Evakuierung der britischen Expeditionsarmee verhindern, es setzte sich mit dem verhängnisvollen Zielwechsel von den Flugplätzen der britischen Jagdwaffe auf den Großraum London fort und fand mit Görings unverantwortlichen Zusage, die in Stalingrad eingeschlossene 6. Armee aus der Luft versorgen zu können, und der Vernichtung deutscher Städte im alliierten Bombenhagel einen tragischen Höhepunkt. Auch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Kriegführung konnte der Beauftragte für den Vierjahresplan nicht überzeugen. Die Wirtschaft widersetzte sich den massiven Eingriffen des sachunkundigen Göring. Die Umstellung der Volkswirtschaft auf die Erfordernisse des „totalen Krieges“ erfolgte nur schleppend, und es gelang ihm nicht, die Kriegsproduktion nennenswert zu steigern. Göring zeigte auch auf diesem Gebiet Schwäche und ließ es zu, dass Rüstungsminister Albert Speer die Federführung in der gesamten Wehrwirtschaft übernahm und den Ausstoß der Industrie an Rüstungsgütern innerhalb kurzer Zeit deutlich erhöhte.

Göring beschränkte sich mehr und mehr auf repräsentative Aufgaben und verlor trotz seiner formal fortbestehenden Ämterfülle politisch zusehends an Terrain, vor allem an Bormann, Goebbels und Himmler. Am Ende hatte sein Wort kaum noch Gewicht. Von den Spätfolgen seiner 1923 erlittenen Verwundung gezeichnet und vom exzessiven Wohlleben erschlafft, zog sich der einst charismatische und kraftvolle Machtmensch schicksalergeben auf seine Latifundien zurück und frönte seinen Leidenschaften. Wenn Göring sich bei seinen Mitarbeitern nach Abschüssen erkundigte, meinte er nicht die Erfolge oder Verluste seiner Luftwaffe, sondern das Wild, das in seinen Jagdrevieren zur Strecke gebracht worden war. Derweil versanken Deutschlands Städte in Schutt und Asche, und Görings tapfere Flieger verbluteten in ihrem verzweifelten Kampf gegen die alliierte Luftüberlegenheit zu Tausenden.

Als sich die Front der Reichshauptstadt näherte, setzte sich Göring in die sogenannte Alpenfestung nach Berchtesgaden ab. Von hier aus versuchte er am 22. April 1945, die Staatsführung zu übernehmen, da er annahm, dass Hitler im belagerten Berlin seiner Handlungsfähigkeit beraubt sei. Daraufhin wurde er von Hitler, der von Bormann und Goebbels beeinflusst war, wegen angeblichen Hochverrats aller Ämter und Würden enthoben, aus der Partei ausgeschlossen und zum Tode verurteilt, wegen seiner früheren Verdienste allerdings einstweilen in Mauterndorf unter Hausarrest gestellt. Schließlich konnte er kurz vor Kriegsende von einer Luftwaffeneinheit befreit werden.

Am 8. Mai begab sich Göring in US-amerikanische Gefangenschaft. Die Amerikaner behandelten ihn, seinem hohen militärischen Rang entsprechend, zunächst zuvorkommend und mit Respekt. Doch seine unrealistische Hoffnung, von den Siegern als ebenbürtiger politischer Gesprächspartner angesehen und bei der Neuordnung des Reiches zu Rate gezogen zu werden, erfüllte sich nicht. Er wurde nach Nürnberg gebracht und als Kriegsverbrecher vor das Internationale Militärtribunal gestellt. Als „Angeklagter Nr. 1“ war er endlich das, was er immer hatte sein wollen: „Nazi No. One“, der erste Mann des Dritten Reiches. Von seiner Morphiumsucht geheilt, offenbarte er in Nürnberg ein überdurchschnittliches Maß an Intelligenz und Sachkenntnis und lieferte sich mit Vernehmungsoffizieren, Anklägern und Richtern brillante Rededuelle. Er bereute nichts, sondern bekannte sich „uneingeschränkt zu Hitler und seiner Politik.“ Damit war das Todesurteil vorhersehbar. Nur wenige Stunden vor der geplanten Hinrichtung entzog er sich seinem Henker am 15. Oktober 1946 durch Selbstmord. *Jan Heitmann*

Moment der Woche



Willkommen im neuen Jahr: Um 0.35 Uhr erblickte Lia Sophie, Tochter von Claudia und Sebastian Scholz als erstes Baby der Neujahrsnacht in Hamburg das Licht der Welt. Ein grundverschiedenes und sehr fremdes Deutschland zeigte sich in anderen Städten: Das Neujahrsbaby in Chemnitz beispielsweise heißt Talaa, die dritte Tochter von Maisaa Mordia (23) aus Syrien. In Dresden ist es Alrin. Auch sie ist die Tochter syrischer Eltern. Musap Sadiq war in Bitterfeld der erste. Seine Eltern kommen aus Eritrea. In Wien machte sich der Volkszorn darüber erstmals Luft. Das Neujahrsbaby in Österreichs Hauptstadt heißt Asel und ist Tochter des türkischstämmigen Ehepaares Naime und Alper Tamgac. Die junge Mutter trug Kopftuch vor den Kameras, neben ihr posierte der vollbärtige Ehemann. Wut und Unbehagen darüber waren hundertfach im Internet nachzulesen. „Nächster Terrorist geboren", lautete einer der Kommentare. *FH*

Prügel, Beleidigungen, Demütigungen

Gewalt prägt viele homosexuelle Beziehungen – In der Öffentlichkeit ein absolutes Tabuthema

Es soll ein schöner Nachmittag werden. Zusammen mit ihrer Lebensgefährtin Anneli besucht Patricia ein Straßenfest. Beide sind zu diesem Zeitpunkt seit eineinhalb Jahren zusammen. Patricia ist Mitte vierzig, Anneli Ende dreißig. Die eine arbeitet in der Finanzbranche, die andere im sozialen Bereich. In ihrer Beziehung suchen sie Geborgenheit, Stabilität und Sicherheit, erzählen sie später einer Paarpsychologin. Sie möchten zusammen alt werden.

Möglicherweise prügeln sie sich vorher auch tot. Der Besuch des Straßenfestes endet im Fiasko. Beide trinken zu viel. Anneli fühlt sich missachtet, Patricia unterdrückt. Ein Wort gibt das andere. Wutentbrannt fahren beide auf verschiedenen Wegen nach Hause. Daheim eskaliert die Situation. Aus dem Krieg der Worte wird ein brutales Handgemenge, bei dem keine Gefangenen gemacht werden. Ohrfeigen werden verteilt und Haare ausgerissen. Schließlich fliegen die Fäuste. Irgendjemand ruft die Polizei. Die Beamten erteilen Anneli einen Platzverweis. Die Frau reagiert nicht darauf. Sie versucht sich an den Polizisten vorbei zu drängen, um wieder auf Patricia loszugehen. Als das nicht gelingt, greift sie die Beamten an, verteilt Schläge und Tritte. Daraufhin werden ihr Handschellen angelegt. Sie muss die Nacht in einer Zelle verbringen. Zum Zeitpunkt des Interviews mit der Psychologin ist ein Gerichtsverfahren gegen sie anhängig. Beide Frauen überlegen, wie sie es abwenden können. Man hat sich wieder vertragen. Die Hämatome sind verheilt. Patricia weiß, dass auch sie nicht unschuldig ist. In einem öffentlichen Lokal hat sie neulich ein Glas nach Anneli geworfen.

„Beide sind tief verunsichert und hegen ein tiefes Misstrauen gegenüber der Partnerin. Zugleich fühlen sie sich im Moment der Tat ohnmächtig und nicht befähigt, ihr Verhalten zu kontrollieren", urteilt die Psychologin, die über den Fall in einer Studie berichtet.

> Das Risiko einer Vergewaltigung ist zehnmal so hoch

Bestürzung und auch Mitleid weckt ihre Beschreibung. Häme von Seiten der „normalen" Mehrheit, die der „guten alten" Mann-Frau-Beziehung den Vorzug gibt, ist sicherlich nicht angebracht. Dennoch ist die private Tragödie von Anneli und Patricia ein Fall für die Öffentlichkeit, denn sie ist beispielhaft. Häusliche Gewalt ist in vielen homosexuellen Partnerschaften ein großes Problem. Zwar lautet die offizielle Sprachregelung, wie sie die Funktionäre der lesbisch-schwulen Bewegung verbreiten, dass sie in gleichgeschlechtlichen Beziehungen etwa ebenso häufig sei wie in heterosexuellen. Wissenschaftliche Studien, vor allem aus den USA, zeichnen aber ein anderes Bild. Sie liefern dramatische Zahlen. Das gilt vor allem für lesbische Partnerschaften. Wenn Frau und Frau zusammenleben, ist das Risiko, Gewalt zu erleben, doppelt so hoch wie einer herkömmlichen Beziehung zwischen Mann und Frau. Die Gefahr, im „Ehebett" vergewaltigt zu werden, ist zehnmal höher. Prügel, Beleidigungen, Demütigungen, sexuelle Nötigung und alle anderen Möglichkeiten, seinem Partner körperliche und seelische Verletzungen beizubringen, kommen vor. Das homosexuelle Gegeneinander bietet zudem Gemeinheiten, die im heterosexuellen Streitgeschehen nicht möglich sind. Regelmäßig werde damit gedroht, den HIV-Status des Partners offenzulegen oder diesen zu outen, sei es am Arbeitsplatz, sei es bei den Eltern, weiß die Frankfurter Sozialwissenschaftlerin Constance Ohms, die sich seit vielen Jahren mit dem Thema beschäftigt.

In der schwul-lesbischen Szene hat sie eine große Hilflosigkeit festgestellt damit umzugehen. In der breiten Öffentlichkeit gehört es zu den sorgfältig beschwiegenen Tabuthemen. Werden in Film und Fernsehen homosexuelle Partnerschaften dargestellt, turteln Er und Er beziehungsweise Sie und Sie meist in einer Wolke rosafarbenen Glücks, aus der allenfalls mal eine putzige Kissenschlacht zu vermelden ist. Die Diskussion um die „Ehe für alle" hätte möglicherweise eine andere Richtung genommen, wäre die Wahrheit bekannter. Bestürzend ist auch die Vorstellung, dass Anneli, Patricia oder andere in eine zerstörerische Zweisamkeit verstrickte Menschen ein Kind adoptieren und großziehen.

Bei den häuslichen Brutalitäten lesbischer Paare geht aber noch ein anderes Klischee zu Bruch: das vom Mann als notorischem Täter und der Frau als sein Opfer. Dass dieses Bild die Vorgänge in vielen „trauten" Heimen verzerrt und verfälscht, wissen Kriminologen und Soziologen allerdings schon lange. Sie gehen davon aus, dass auch in heterosexuellen Beziehungen ebenso viele Frauen wie Männer handgreiflich werden. Da die Öffentlichkeit mit Verachtung statt mit Mitleid auf einen geprügelten Gatten reagiert, werden die blauen Flecken und blutigen Kratzer fast immer schamhaft verschwiegen.

Dass Männer keineswegs das gewalttätigere Geschlecht sind, bestätigen auch Zahlen des Bundeskriminalamtes über Einsätze im homosexuellen Milieu. 2015 registrierten Polizisten in eingetragenen lesbischen Lebenspartnerschaften 344 Fälle von Körperverletzung. Bei den schwulen Männern waren es nur 136. Vergewaltigung und sexuelle Nötigung wurden ausschließlich aus Frau-Frau-Beziehungen gemeldet.

Frank Horns

Vom Schlauchboot zum Kanonenboot

Umweltorganisationen wie Greenpeace schützen die Natur. Aber wer schützt uns eigentlich vor den Umweltorganisationen?

Schneeweiß wie das Fell eines Eisbären ist das Image der Umweltverbände. Grundgut wie ein Robbenbaby kommen die Greenpeace-Kämpfer und NABU-Heroen daher. Makellos wie eine unbefleckte Naturlandschaft scheinen ihre Absichten. Dennoch: Wer genauer hinsieht, entdeckt durchaus Schmutziges bei den Umwelt-Saubermännern. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft agieren sie zudem mit einer beängstigenden Machtfülle.

Die Schlauchbootfahrer von einst kreuzen nun sozusagen mit schweren Kanonenbooten vor den Küsten ihrer Gegner: Die 87 Umweltverbände, die im Deutschen Naturschutzring organisiert sind, und all die sonstigen Organisationen, die außerdem als Beschützer von Luft, Wasser, Boden und Flora beziehungsweise Fauna auftreten, besitzen mehr Rechte als je zuvor. So können sie seit der Einführung des Verbandsklagerechtes im Jahre 2002 sowie den späteren Reformen des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes vom Dezember 2006, November 2012 und April 2017 in wachsendem Maße Projekte stoppen, bei denen Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgeschrieben sind.

> Immer wieder wird der Verdacht der Käuflichkeit laut

Das heißt, das umfassende Klagerecht der Umweltverbände kann zur Blockade von rechtlich eigentlich zulässigen Vorhaben führen. Denn die Gerichte neigen immer stärker dazu, bereits dann einen Baustopp zu verfügen, wenn der Antrag auf juristische Überprüfung des Projektes eingeht. Wobei das Ganze besonders in den Fällen fatale Folgen für die öffentlichen oder privaten Investoren zeitigt, in denen sich die Verfahren in die Länge ziehen und das erzwungene Warten zu finanziellen Einbußen führt. Bis schließlich der Traum vom Fortschritt und den damit verbundenen Verbesserungen für die Allgemeinheit „dank" Tellerschnecke, Wachtelkönig, Wasserschierling oder Hufeisennase platzt und alles beim Alten bleibt.

Das sieht natürlich nicht jeder mit Begeisterung, obwohl die Umweltverbände immer noch viele Sympathien in der Bevölkerung genießen, weil sie es perfekt verstehen, sich als Kämpfer für eine gute Sache auszugeben. Das führt vor allem dann zum Erfolg, wenn Emotionen ins Spiel kommen: Kleine Seehunde sind begreiflicherweise niedlicher als die großen Bagger, welche die Fahrtrinne der Elbe vertiefen sollen ...

Kritik hieran kommt zum einen aus der Wirtschaft. Die klagt über den wachsenden Rechtfertigungsdruck gegenüber Ökomächten à la Naturschutzbund Deutschland (NABU), Greenpeace und Co. Diese seien längst aus der Rolle des chancenlosen Davids herausgewachsen und zum ebenso privilegierten wie sakrosankten Goliath mutiert, wenn es um Angelegenheiten von ökologischer Relevanz gehe. Damit gefährden sie allerdings die Versorgungssicherheit im Lande und die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Regionen, wie man am Beispiel der Forderung nach einem Kohleausstieg parallel zur ohnehin schon problematischen Abschaltung der Atomkraftwerke ersehen könne.

Zum anderen bemängeln Rechtsexperten wie Wolf Friedrich Spieth von der Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, dass die Umweltverbände weder demokratisch legitimiert noch irgendwie repräsentativ für die Gesamtbevölkerung seien. Genaugenommen handele es sich hier nämlich um Zusammenschlüsse von Personen, die zwar vorgeben, im Interesse der Allgemeinheit zu agieren und deshalb auf viel Verständnis stoßen, beim genaueren Hinsehen aber bloß Lobbyarbeit im Dienste von Minderheiten betreiben. Deshalb stehe es ihnen auch nicht zu, „eine objektive Wächterrolle gegenüber der öffentlichen Verwaltung zu übernehmen."



Zu Lande und zu Wasser im Kampf für die Umwelt? Tierarten sind meist nur schützenswert, wenn sie spektakuläre Bilder liefern. Hier ein Greenpeace-Einsatz gegen Wahlfänger Bild: action press

Symptomatisch hierfür ist der Kampf gegen Projekte wie die Dresdner Waldschlößchenbrücke. Das Bauwerk war von einer demokratischen Mehrheit der Bürger gefordert worden, weil es die Verkehrssituation und damit auch die Lebensqualität in der Elbestadt ganz nachhaltig zu verbessern versprach. Trotzdem konnten – oftmals äußerst gut betuchte – „Umweltschützer" den Brückenschlag über die Elbe jahrelang verzögern und so die Kosten massiv in die Höhe treiben. Das zeugt von einer gravierenden Dysbalance innerhalb der Gesellschaft. Schließlich gehören funktionierende Infrastrukturen gleichfalls zu den schützenswerten Gütern. Darauf verwies auch der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs mit Blick auf die Phalanx der Blockierer in seiner Stadt und fügte hinzu: „Viele Kritiker machen sich nicht genug Gedanken über den Preis, den wir bezahlen müssen. Größere Infrastrukturprojekte müssen durchsetzbar bleiben, weil sie Arbeitsplätze, Wertschöpfung und die Zufriedenheit der Bürger sichern."

Ebenso auf Kritik stößt die intransparente Finanzierung der Umweltverbände, welche pro Jahr durchschnittlich 30 Klagen gegen Bau- und Industrievorhaben anstrengen und dabei in fast jedem zweiten Fall Erfolg haben. Obwohl manche der Nichtregierungsorganisationen im Zwölfmonatsrhythmus hohe zweistellige Millionenbeträge an Spenden einheimsen, verweigern sie nach wie vor unter fadenscheinigen Ausreden die Auskunft darüber, von wem genau die Gelder stammen – das gilt insbesondere für Zuwendungen aus der Industrie, die definitiv höher ausfallen dürften als jene der vielen kleinen Einzelspender.

Deshalb ist mittlerweile der „Verdacht der Käuflichkeit" laut geworden, wie der Mitbegründer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Enoch Freiherr von und zu Guttenberg, beklagte, als er der Organisation im Mai 2012 im Streit den Rücken kehrte. Im konkreten Fall ging es um den Bau von Windparks, welche die Landschaft verschandeln und für den Tod unzähliger Vögel verantwortlich sind. Diese üble Nebenwirkung der alternativen Energiequelle Wind spielte der BUND damals systematisch herunter – laut Guttenberg eine logische Folge seiner intensiven Kungelei mit der Windradlobby.

Wunschdenken bleibt da wohl die Überlegung, dass sich die Umweltverbände demnächst selbst auflösen – mangels Aufgaben: Aus den regelmäßig veröffentlichten Daten des Bundesumweltamtes geht hervor, dass sich die Luft- und Wasserqualität in Deutschland in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert hat. Es werden weniger Schadstoffe produziert und emittiert. Gleichzeitig sank auch der Verbrauch an fossiler Energie, während der Anteil erneuerbarer Energien stieg. Ebenso werden heute forst- und landwirtschaftliche Flächen nachhaltiger als früher genutzt, und der ökologisch korrekte Konsum ist auf dem Vormarsch. Ja, selbst das Müllaufkommen stagniert, obwohl die Wirtschaft permanent wächst. *Wolfgang Kaufmann*

Das Waldsterben blieb aus

„Die ersten großen Wälder werden schon in den nächsten fünf Jahren sterben. Sie sind nicht mehr zu retten." Mit dieser Prognose schreckte Bernhard Ulrich, seines Zeichens Professor für forstliche Bodenkunde und Waldernährung in Göttingen, im trüben November 1981 die deutsche Nation auf. „Über allen Wipfeln ist Gift", titelte der „Stern" daraufhin in alarmistischer Weise und Ökoaktivisten prägten die Formel: „Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch!"

Zwölf Jahre später meinte ein vom Bundesforschungsministerium eingesetzter Expertenkreis, dem auch Ulrich angehörte, dann freilich, „dass ein Absterben ganzer Wälder in Zukunft nicht mehr zu befürchten sei." Ob man in den Achtzigern einfach nur der Hysterie verfallen sei oder die eingeleiteten Gegenmaßnahmen den Wald quasi in „letzter Sekunde" vor dem Untergang bewahrt hätten, darüber wird bis heute gestritten. Auf jeden Fall stand das „Waldsterben" aber am Beginn des Aufstiegs der deutschen Umweltverbände sowie auch der Partei der Grünen. *WK*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 2 – 12. Januar 2018

MELDUNGEN

Russen kaufen wieder mehr

Braunsberg – Auf dem Grenzübergang Rehfeld [Grzechotki] im Kreis Braunsberg wurden zum Jahresende 100 000 Tax-free-Dokumente festgestellt. Die steuerbefreiten Rechnungen ermöglichen Russen günstige Einkäufe im südlichen Ostpreußen. Die dortigen Zöllner bestätigten eine Verstärkung des sogenannten Einkaufstourismus. Russen kaufen im südlichen Ostpreußen alles von Lebensmitteln bis zu Luxuswaren. 2017 gab es 179 700 Rechnungen an polnisch-russischen Grenzübergängen mit einem Gesamtwert von 45 Millionen Euro. Nicht nur die Zahl der Rechnungen wächst, sondern auch ihr Wert. *E.G.*

Zugverbindung nach Danzig

Königsberg – Am 5. Januar hat sich nach langer Zeit zum ersten Mal wieder ein Zug vom Königsberger Südbahnhof in Richtung Danzig in Bewegung gesetzt. Wie das polnische Kulturzentrum in Königsberg mitteilte, waren alle 136 Fahrkarten bereits lange vor dem Abfahrtstag ausverkauft. Der Chef der Königsberger Eisenbahn, Alexander Perschin, sagte, dass es sich zunächst um einen Testbetrieb handele, um die Nachfrage zu prüfen. Allerdings sei daran gedacht, bei guter Nachfrage den Service, die Reisezeit und die Tarifpolitik zu verbessern. *MRK*

Blauer Fisch sorgt für Aufregung

Nach Bürgerprotesten: »Uferverschönerung« musste vom Königsberger Schlossteich entfernt werden

Königsbergs Bürger zeigen für die Einfälle ihrer Stadtoberen zur Verschönerung ihrer Metropole bisweilen wenig Verständnis. Nach der umstrittenen Kant-Skulptur musste nun auch eine neue Fischskulptur von ihrem ursprünglich vorgesehenen Platz weichen.



Fiel bei der Bevölkerung durch: Als Fisch getarnter Wassereinlauf am Ufer des Schlossteichs

Bild: J.T.

Seit Kurzem gibt es in Königsberg eine neue ungewöhnliche Installation, die bei den Bürgern sehr unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen hat. Am Ufer des Schlossteichs hatte die Firma „Gidrokomfort“ (Wasserkomfort), der die Pflege des Gewässerufers obliegt, einen großen blau-weiß gestreiften Metallfisch aufgestellt. Auf der einen Seite ziert ihn die Aufschrift „Märchen leben unter uns“ und auf der anderen Seite „Den Kaliningradern von der Firma Gidrokomfort“. Die Skulptur ist ein Geschenk der Firma an die Stadt.

Vitalij Kawriga heißt der Künstler, der den Fisch erschaffen hat. Er fertigt verschiedene Figuren aus Metall und Holz zur Verschönerung touristischer Orte an. Es war seine Idee, auf diese Weise einen Wasserzulauf in den See zu verschönern. Die Länge der Metallkonstruktion beträgt fünf Meter und sie ist 1,70 Meter hoch.

Bürgermeister Alexander Jaroschuk hatte die Genehmigung zur Aufstellung der Skulptur gegeben. Doch kaum hatte der blaue Fisch seinen Platz am Schlossteich eingenommen, löste er emotionale Reaktion bei der Gebietsregierung aus. Gouverneur Anton Alichanow sagte: „Ich finde, das ist ein Albtraum. Was ist das überhaupt für ein Märchen ... eine Zeichentrickfigur von Hoffmann?“ Der Chefarchitekt der Stadt, Wjatscheslaw Genne, war von dem Aussehen der Skulptur auch nicht begeistert und meinte, es sei besser, den Fisch woanders aufzustellen. Jaroschuk selbst verteidigte nicht, ob ihm der blaue Fisch gefällt und hob hervor, dass dies überhaupt keine Bedeutung habe. Er entschied dann aber, den Fisch vom Ufer des Schlossteichs zu entfernen und ihn dem staatlichen Rundfunk- und Fernsehsender „Kaliningrad“ zu schenken. Er soll neben dem Springbrunnen beim Sendergebäude einen Platz finden.

Allerdings ist noch ungewiss, ob das auch sein endgültiger Standplatz sein wird. Viel eher sieht es so aus, als ob Königsberg nun neben der umstrittenen Kant-Figur eine zweite Wander-Skulptur hat, für die lange nach einem geeigneten Platz gesucht werden muss.

Einerseits wäre es ja ratsam gewesen, wenn sofort bei einer Sitzung des Kulturrates des Gouverneurs über die Installation des blauen Fischs entschieden worden wäre, inwieweit seine ästhetische Erscheinung mit der umgebenden Landschaft übereinstimmt. Andererseits hat die Geschichte mit der Kant-Skulptur gezeigt, dass es im Rat keine Spezialisten für Kunst oder Bildhauerei gibt, die ihre Position professionell begründen könnten, sondern dass sie ihre Entscheidung allein aufgrund ihrer persönlichen Gefühle fällen. *Jurij Tschernyschew*

Dritte Amtszeit für Jaroschuk

Bei der Königsberger Bürgermeisterwahl setzte sich abermals der Amtsinhaber durch

Alexander Jaroschuk wurde zum dritten Mal zum Königsberger Bürgermeister gewählt. Zum ersten Mal in der postsowjetischen Geschichte der Stadt wurde der Bürgermeister nicht vom Volk, sondern von den Abgeordneten des Stadtrates gewählt. 2016 hatten die Abgeordneten der Gebietsduma für eine Änderung der Wahlprozedur für den Königsberger Bürgermeister gestimmt. Gemäß der neuen Ordnung wird das Oberhaupt der Stadt durch den Stadtrat aus den Kandidaten gewählt, die von einer speziellen Kommission zuvor ausgewählt wurden. Die Kommission besteht aus drei Vertretern des Stadtrats und drei Vertretern der Gebietsduma.

Jeder beliebige Bürger kann seine Bewerbung für eine Kandidatur zum Bürgermeisteramt einreichen. Für die Einreichung ihrer Bewerbung hatten die Interessenten zwei Wochen Zeit, danach prüft die Kommission die Dokumente hinsichtlich der Erfüllung der formalen Bedingungen und entscheidet dann, wen sie zur Wahl zulässt. Beworben hatten sich sieben Kandidaten, die alle zugelassen wurden. Wer waren diese Enthusiasten, die sich entschieden hatten, gegen den amtierenden Bürgermeister anzutreten?



Bild: J.T.

Erhält Machtsymbol: Der wiedergewählte Alexander Jaroschuk

Das waren der ehemalige Abgeordnete des Stadtrats, Dmitrij Winogradow (Liberaldemokratische Partei Russlands) der ehemalige stellvertretende Verwaltungschef von Pillau Jewgenij Andrejew, sein Namensvetter, der Ex-Leiter der Kommunalverwaltung von Cranz Alexander Andrejew, der Präsident der regionalen Stiftung zur Unterstützung der Beschäftigten des Innenministeriums, Wladislaw Iwanow, der Schiedsgerichtsverwalter Andrej Spirkin sowie der Vorsitzende des Ausschusses für kommunales Eigentum und Bodenressourcen, Alexander Sujew, der erst vor Kurzem seinen Posten verließ. Unter den Anwärtern auf das Bürgermeisteramt waren nur zwei bekannte Namen: Alexander Jaroschuk und Alexander Sujew.

Alle sieben hatten zuvor bei einem Beratungsgespräch mit den Vertretern des Komitees ihre Entwicklungsprogramme vorgestellt und eine Reihe von Fragen, die ihnen gestellt wurden, beantwortet. Nach diesem Gespräch waren noch drei Kandidaten im Rennen: Jaroschuk, Sujew und Jewgenij Andrejew.

Bei der geheimen Wahl, die Ende November stattfand, unterstützten 23 der 28 Mitglieder des Stadtrats Jaroschuk. So wurde der amtierende Bürgermeister für weitere vier Jahre gewählt, das ist genau so lang, wie die Befugnisse des amtierenden Stadtrats dauern. Die feierliche Amtseinführung fand im kleinen Saal des Hauses der Künste in kleinem Rahmen statt. An der Amtseinführungszeremonie nahmen Abgeordnete des Stadtrats und der Gebietsduma, Minister der Gebietsregierung sowie Beamte der Stadtverwaltung teil. Im Vergleich zu den vergangenen Malen fiel die Zeremonie sehr bescheiden aus.

Gouverneur Anton Alichanow gratulierte Jaroschuk zum Sieg, ebenso der Sekretär der Königsberger Diözese, Erzpriester Marian, von der Gebietsduma Marina Orgejewa und der Vorsitzende des Stadtrats, Andrej Kropotkin, der dem Bürgermeister einen großen Blumenstrauß überreichte.

Kropotkin übereichte Jaroschuk dann als Symbol der Macht einen Bernsteinanhänger mit einem Bild des Stadtwappens und merkte an, dass ihm das neue Wahlsystem besser gefalle als das alte, weil es „weniger Kräfte, Nerven und Geld koste“. *J.T.*

Neue Hoffnung

Allensteiner Gericht zur Revision bereit

Das Oberste Gericht in Allenstein soll über die Rückgabe eines Waldes in der Nähe von Thomsdorf, Kreis Allenstein, an einen Deutschen entscheiden. Der Sohn des Spätaussiedlers Hubert K. bemüht sich um die Rükkgabe des Landes, das die Familie 1977 verlassen hatte, um in der Bundesrepublik Deutschland zu leben.

Die umstrittenen Grundstücke umfassen drei Parzellen mit einer Gesamtgröße von mehr als 12,5 Hektar. Sie waren ein Teil des Vermögens, das Hubert K. gehörte.

> Ist »Ersitzung« bei Grund rechtens?

Die zurückgelassene Landwirtschaft in Thomsdorf mit einer Fläche von 40 Hektar geriet nach einer Entscheidung des Gemeindeverwaltungsleiters von Stabigotten vom Januar 1977 in den Besitz des Staates. Drei strittige Parzellen übertrug der Gemeindechef in den Jahren 1978, 1980 und 1987 dem Forstamt Kudippen.

Sohn Johannes bemüht sich nun seit Jahren um die Rückgabe der Grundstücke seines inzwischen verstorbenen Vaters Hubert K. Der ermländisch-masurische Woiwode hat inzwischen die Entscheidung des Gemeindechefs von 1977 bezüglich der Übertragung in Staatseigentum für ungültig erklärt.

Das Forstamt Kudippen forderte beim Amtsgericht in Allenstein die Feststellung ein, dass im Januar 1987 der Übergang des Eigentums von 12,5 Hektar durch Ersitzung entstanden sei. Der Antragsteller argumentierte damit, dass der Eigentumsübergang im guten Glauben erfolgt sei, er den Wald bewirtschaftet habe und sein Eigentumsrecht nach zehnjährigem Besitz entstanden sei.

Im Mai vergangenen Jahres hat das Amtsgericht in Allenstein entschieden, dass das Forstamt Kudippen nicht nach zehn Jahren, sondern erst nach 30 Jahren des ununterbrochenen Besitzes durch Ersitzung Eigentümerin des Waldes geworden war, also auch der letzten Parzelle, die 1987 übertragen wurde. Johannes K. legte Revision gegen diese Entscheidung ein.

Nun muss das Oberste Gericht sich mit der Grundsatzfrage auseinandersetzen, ob eine Ersitzung bei Grundstücken überhaupt möglich ist. Die Entscheidung steht noch aus. *PAZ*



Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

immer um diese Zeit gehen die Gedanken zurück an die Flucht in Eis und Schnee und so auch in diesem Jahr, das nun schon das dreiundsiebzigste ist, seit wir die Heimat verlassen mussten. Damals wäre es für uns unglaubhaft gewesen, wenn jemand behauptet hätte, dass wir nie wieder als Bürger in das Land, in dem wir unsere Wurzeln haben, zurückkehren würden. Aber das Schicksal wollte es anders, und so kam es nach Jahrzehnten der Abriegelung für diejenigen, die reisen konnten und wollten, zu einer „Rückkehr auf Zeit“, manchmal in Etappen, zur Spurensuche benötigte man eben mehr als nur die im Reiseprogramm vorgeschrieben Tage. Denn den Spuren der Vergangenheit nachzugehen war ein Hauptanliegen der meisten „Heimwehtouristen“, wie wir oft bezeichnet wurden, aber dieser mokante Begriff ist zum Glück inzwischen aus unserem deutschen Sprachschatz verschwunden. Was blieb ist die Spurensuche, aber die wird nach fast einem Dreivierteljahrhundert immer schwieriger. Umso erfreulicher ist es, wenn sich doch noch Relikte der deutschen Vergangenheit finden, oftmals sogar noch gut erhalten – wie uns immer wieder unser erfolgreichster Königsberg-Entdecker **Jörn Pekrul** beweist, dessen Berichte nun schon zu einem festen Bestandteil unserer Kolumne geworden sind. Wie die von **Bernd Dauskardt**, der seine Wurzeln an der Memel hat und der dieses nördliche Ostpreußen immer wieder bereist, um auch die letzten stillen Ecken zu erfassen. Auch da, wo einst reges Leben herrschte, aber heute kein Stein mehr davon erzählt. Auch darüber muss man schreiben, meint Bernd Dauskardt, und er hat darüber geschrieben. Für unsere Ostpreußische Familie, und deshalb soll seinem neuen Bericht auch Platz eingeräumt werden.

„Tattamischken im Memelland, das kleine Fischerdorf am Ruß-Strom. Nach dem Zufluss der Gilge aus der Elchniederung in die Memel bei Baltruscheiten/Balten heißt die Memel nun Ruß. Warum ich diese Gegend aufsuchte, hat seinen Grund: In den 90er Jahren stand ich in ständiger Verbindung mit einer memelländischen Lehrerin, Frau **Irmgard Steppat**. Sie war Absolventin der Herderschule in Heydekrug und blieb auch nach Erlangung der Hochschulreife und des Besuchs des Lehrerseminars in Memel im ihrer Heimat. So ergab es sich, dass sie eines Tages an die kleine Dorfschule in Tattamischken versetzt wurde. Das mag um das Jahr 1930 gewesen sein. Frau Steppat hat viel von dieser Zeit als junge Lehrerin erzählt, von dem Leben mit den Kindern der einklassigen Volksschule und der diesem kleinen Dorf anhaftenden Beschaulichkeit. Das bewog mich schließlich, den Ort am Ruß-Strom einmal aufzusuchen. Südlich von Heydekrug erwischte ich den richtigen Ausgangspunkt. Der Weg dorthin bestand aus Kopfstein-Pflaster, dürfte bereits im 19. Jahrhundert dort angelegt sein. Ein Weg, der ins Leere führt, denn an seinem Ende kam dann die böse Überraschung: Das Dorf Tattamischken ist vollkommen vom Erdboden verschwunden. Wie viele Orte in Ostpreußen wurde auch dieses kleine Dorf durch Beschuss und Verwüstung vor und nach Kriegsende vernichtet, hier blieb kein Stein mehr auf dem anderen.“



Toreinfahrt des Gutes Perkallen/Husarenberg Bild: Dauskardt

Und manchmal ist es nur ein Mauerrest, der sich als Fixpunkt auf der Suche nach der Vergangenheit erweist. Auch dafür legt uns Herr Dauskardt ein Foto vor, das wie ein Symbol für Vernichtung und Verfall erscheint, aber auch wie ein Mahnmal wirkt, wie eine stumme Anklage an die zerstörerischen Mächte. Das Bild zeigt die als solche noch erkennbare Toreinfahrt zu einem Gutshaus, Herr Dauskardt nennt auch den Namen: Es handelt sich um das Gut Perkallen/Husarenberg südlich von Gumbinnen. „Hier habe ich mit meinem russischen Fahrer des öfteren Halt gemacht“, schreibt Herr Dauskardt, „mitten in einer Wildnis, von Gebäuden ist nichts mehr zu sehen. Auf dem Torbogen scheint in jedem Jahr der Storch zu nisten. Was ist bloß aus diesem schönen Land geworden! Zu deutscher Zeit muss Husarenberg ein Mustergut gewesen sein mit einer bedeutenden Trakehner Zucht. Darüber hat der letzte Nachfahre der besitzenden Familie Reisch in den 90ger Jahren im *Ostpreußenblatt* geschrieben und auch über deren Schicksal berichtet. Im letzten Augenblick ging die Familie mit allen Angehörigen und mehreren Kriegsgefangenen auf die Flucht. Dabei wurden sie Zeuge der Gräueltaten, die in Nemmersdorf von den Russen begangen wurden.“ Bernd Dauskardt schließt seinen Bericht mit einem kurzen Epilog: „In Ostpreußen hat der Krieg vieles ausgelöscht, wer durch dieses Land fährt, stellt das immer wieder fest. Nicht ausgelöscht wurde das über 700-jährige Wirken und Schaffen von der Ordenszeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.“ Und dazu tragen auch solche dokumentarischen Kurzberichte wie dieser bei, der in mancher Leserin, manchem Leser eigene Erinnerungen erwecken wird.

Es sind nicht immer die Nachfahren der vertriebenen Königsberger, die in der Heimat ihrer Eltern oder Großeltern auf Spurensuche gehen. Auch bei manchem der heutigen Bewohner ist Interesse an der deutschen Vergangenheit vorhanden, und das ist besonders groß, wenn die Betreffenden hier geboren wurden und die Stadt als ihren Lebensmittelpunkt empfinden wie der russische Bürger **Viktor Jakuschev**. Kein junger Mann mehr, wie man vermuten könnte, wenn man sein in sehr gutem Deutsch gehaltenes Anliegen liest, sondern ein fast 60-Jähriger, der in Königsberg geboren wurde und sein ganzes bisheriges Leben in der Stadt verbracht hat. Das teilt er uns in seiner E-Mail mit, die auch eine Suchfrage enthält, die Königsberger erfüllen könnten, die in den westlichen Stadtteilen gelebt haben. Aber lest selber, was und warum er schreibt:

„Mein Name ist Viktor Jakuschev. Ich bin 59 Jahre alt und bin in Königsberg geboren und groß geworden. Der Genius loci unserer Stadt hat mich zur Geschichtsforschung sowie zur Datensammlung von Königsberg inspiriert. Mein ganzes Leben habe ich in Nordamalienau in der ehemaligen Hardenbergstraße Nr. 11 gewohnt. Das ist die gleiche Hausnummer wie vor dem Krieg. Ich würde gerne mit ehemaligen Hausbewohnern oder ihren Nachkommen Kontakt aufnehmen. Ich wäre sehr dankbar, wenn in privaten Archiven frühere Aufnahmen dieses Haus erhalten geblieben sind. Ich habe auch großes Interesse an Fotomaterial über die ganze Hardenbergstraße sowie an Amalienau und den Hufen. Meinerseits stehe ich für Fragen immer gern zur Verfügung.“ Ein erstes Dankeschön von mir kam prompt, als wir ihm mitteilten, dass eine Veröffentlichung in unserer Kolumne erfolgen würde. Was nun geschieht und ihm hoffentlich Erfolg beschert. Nach den bisherigen positiven Reaktionen unserer Leserschaft, die das westliche Königsberg betreffen, dürfte Herr Jakuschev auch auf Erfolg hoffen. Es ist allerdings fraglich, ob gerade von seinem Wohnhaus noch Aufnahmen existieren, von der Hardenbergstraße, die vom Hammerweg zur Hagenstraße führt, wohl schon eher, erst recht von anderen Teilen des schönen Vorortes Amalienau. Für eine Kontaktaufnahme ist es ratsam, sich zuerst mit einer Mail an den Suchenden zu wenden. (Viktor Jakuschev, E-Mail: s_gon@mail.ru)

Ich freue mich über jede Zuschrift, die das eigentliche Thema eines veröffentlichten Anliegens noch erweitert oder ergänzt, obgleich sie nicht zu der eigentlichen Lösung der betreffenden Suchfrage beiträgt. Oder doch? Vielleicht ist es nur ein Mosaiksteinchen, das hilft, das lückenhafte Bild zu ergänzen. Auf jeden Fall bewirkt es, dass dem betreffenden Fall mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird und es dadurch neue Hinweise geben könnte, die zur Klärung beitragen. So zum Beispiel zu dem in Folge 50/17 erschienenen Anliegen von Herrn **Klaus Schwand**, der Informationen über den letzten Bischof des Ermlandes, **Maximilian Kaller** sucht, weil eine Verwandtschaft zu diesem bestehen soll. Jedenfalls kann sich Herr Schwand daran erinnern, dass sein Vater ihm einmal erzählt hatte, dass er einen „Onkel“, der Pfarrer in Ostpreußen war, besucht hätte. Konkreter sind da schon die Angaben über einem Briefwechsel mit der Schwester des Bischofs und einen Besuch seines Vaters am Grab des 1947 verstorbenen Geistlichen in Königstein. Herr Schwand berichtete von seinen bisher vergeblichen Bemühungen, irgendwelche Informationen über die Herkunft des Bischofs zu bekommen, er war sogar in Frauenburg und hat dort nach Spuren gesucht – leider vergeblich. Er fand keinerlei Hinweise auf das Leben und Wirken des seit 1930 dort tätigen Bischofs, der nach Ende des Zweiten Weltkrieges, aus Gestapo-Haft entlassen, in das Ermland zurückkehrte und dann von den Polen ausgewiesen wurde. Man hat in Frauenburg wohl alles ausgelöscht, was an diesen letzten deutschen Bischof des Ermlandes erinnert, wie auch Herr *Werner Schlenter* aus Essen feststellen konnte, der uns nun seine Eindrücke übermittelte: „Bei einer meiner Ostpreußen-Reisen in den 90er Jahren besichtigten wir auch den Frauenburger Dom. Vor dem Gotteshaus stand ein Gedenkstein mit den Namen der Bischöfe, die hier am Dom tätig waren. Der Name von Bischof Kaller war nicht verzeichnet, es wurden nur die polnischen Bischöfe aufgeführt. Die Nachfrage eines Reiseteilnehmers, warum der Name des letzten deutschen Bischofs auf dem Stein nicht verzeichnet sei, stieß auf Unkenntnis und Erstaunen des polnischen Hausmeisters. Der Gedenkstein wird wohl heute noch vorhanden sein, der Name von Maximilian Kaller dürfte wohl nach wie vor fehlen.“

Auch die Suche nach einem Angehörigen der Königsberger Familie Daus stieß bisher ins Leere. Grund zu der Suche: Es handelt sich um einen Nachkriegsfund, um ein christliches Lehrbuch, das 1947 im mecklenburgischen Lübz entdeckt wurde. Der Finder nahm das mit vielen Unterstreichungen und Randnotizen versehene Buch mit und hat es bis heute bewahrt, denn es gelang ihm bisher nicht, den in dem Lehrbuch „Wissenschaft und Gesundheit mit Schlüssel zur Heiligen Schrift“ namentlich eingetragenen Besitzer zu finden: **Anton Daus** aus Königsberg, Königseck 9.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Identitätsstiftung per Museum

Museum des Lebuser Landes in Grünberg wird mit EU-Mitteln ausgebaut

Das Museum des Lebuser Landes in Grünberg (Schlesien) will 2018 zum wichtigsten Besuchermagneten zwischen Breslau und Stettin werden, verspricht Museumsleiter Leszek Kania.

Dank einer neuen Finanzierung aus dem EU-Topf für Infrastruktur und Umwelt ist es Kania möglich, sein Museum zu modernisieren. „Dank der Investition werden wir in einer modernen Form die wichtigsten Themen der Region präsentieren“, so Leszek Kania gegenüber der Zeitung „Rzeczpospolita“. Dazu gehört das Thema Geschichte der Region genauso wie die Kunst der Gegenwart. Zu den Geschichtsthemen, die Kania 2018 besonders anpreist, gehört die Ausstellung „Für Prestige und die Nachwelt. Schlesische Innungstruhen“. Es ist eine Leihgabe des Nationalmuseums zu Breslau und präsentiert eine der polenweit größten Exposition dieser Art. Gezeigt werden Truhen aus dem 16. bis 19. Jahrhundert, in denen Akten und Zunftdokumente, Bücher, Siegel und Insignien sowie Geld aufbewahrt wurden. Diese alten Repräsentationsobjekte werden vom 24. April bis zum 1. Juli im Museum des Lebuser Landes in Grünberg zu sehen sein.

Jahrhundertelanger Niedergang

Des Weiteren will Kania administrative, wirtschaftliche, kulturelle und nationale Veränderungen des Lebuser Landes vom frühen Mittelalter bis heute dokumentieren. Schwerpunkt dieser Ausstellung soll die Geschichte der Nachkriegsbevölkerung werden, welche die polnischen Strukturen in Grünberg und Umgebung aufbaute. „Auch mehr als 70 Jahre seit ihrer Ankunft wurde ihre Geschichte nicht erzählt und komplex dokumentiert“, so Kania. Besonders stolz ist der Museumsleiter auf die Kunst der Avantgarde – um die Kunstbiennale „Goldene Rebe“ 1965 bis 1981 in Grünberg. Im Rahmen dieses Kunstfestivals wurde 1974 in Lagow eine Charta ins Leben gerufen, die ein Regelwerk für Stadtplaner bilden sollte und bei der Stadtplanung in den „Wiedergewonnenen Gebieten“ den Erhalt des kulturellen Erbes zur Maßgabe machte. Diese Charta ist jedoch nie umgesetzt worden.

„Es ist allerhöchste Zeit, die Geschichte der polnischen Anfänge an der Oder aus Zeitzeugensicht zu dokumentieren. Durch unsere museale Tätigkeit möchten wir die Spuren der Vorgänger bewahren, aber auch unsere neue Identität im Lebuser Land bauen“, so Kania, dessen Mutter aus Großpolen und der Vater aus Ostpolen stammte und der in Grünberg geboren wurde.

Nach dem Krieg kreierte Polen eine neue regionale Struktur in mittelalterlicher Anlehnung an das einstige polnische Bistum Lebus. Das Lebuser Land wurde dabei aber über Ostbrandenburg hinaus auf niederschlesische Gebiete erweitert, womit das einst schlesische Grünberg erstmals in der Geschichte lebusisch und zugleich zu dessen Hauptstadt wurde. Das heute namensgebende Dorf Lebus liegt am Westufer der Oder in der Bundesrepublik Deutschland. Seit der Gründung von Frankfurt an der Oder im 13. Jahrhundert erlebte der einstige Bischofssitz einen jahrhundertelangen Niedergang. Der Ort Lebus hat heute nur 3100 Einwohner.

Chris W. Wagner

Hügel mit Zukunft

Neuer Stadtpark um Rolandsäule in Labes

Sieben Steinsäulen mit den Namen von 208 Gefallenen des Ersten Weltkriegs, die mittels Eichenbalken verbunden waren, bildeten den Opferring um das Wahrzeichen der Kreisstadt Labes – die 10,5 m hohe Rolandsäule. Eine Treppe führte zu der Säule, vorbei an mehreren Wallringen, auf denen künstliche Hünengräber und Runensteine angelegt waren. Dieses Denkmal haben 1925/26 die Einwohner von Labes gestiftet und in ehrenamtlicher Arbeit auf dem 100 Meter hohen Denkmalsberg am Heinholz errichtet. 1945 sprengten Rotarmisten das Denkmal, Ende der 70er Jahre wurde der Hügel zum zweiten Mal in die Luft gejagt. In Labes überdauerten unkommentiert im Dickicht Überreste der sieben Säulen und der Treppe, die zum Opferring führte.

2013 wurde der „Rolandhügel“ auf die Liste der Kulturdenkmäler der Woiwodschaft Westpommern gesetzt. Ein Jahr später wurde auf Initiative des Labeser Rentnerverbands und des örtlichen Verbandes für Soziale Integration eine Säuberungsaktion um den „Rolandhügel“ gestartet.

Nun möchte die Kreisstadt und Gemeinde Labes diesen Ort für die Naherholung wiederbeleben. Gelder möchte man aus dem EU-Topf für den Erhalt des Kulturerbes anzapfen und daher soll auch der historische Charakter des Denkmals erhalten bleiben. Am 27. Dezember unterzeichnete der Marschall der Woiwodschaft Westpommern, Olgierd Geblewicz, zusammen mit dem Bürgermeister von Labes, Piotr Cwikla, einen Vertrag, der die Sanierung ermöglicht, berichtet die Stettiner Ausgabe der „Gazeta Wyborcza“. Die Investition soll 300 000 Euro umfassen. Die Arbeiten sollen von Anfang April bis Ende Oktober andauern.

C.W.R.



ZUM 111. GEBURTSTAG

Lange, Hildegard, geb. **Dobrindt**, aus Wehlau, am 12. Januar

ZUM 103. GEBURTSTAG

Winkler, Edith, geb. **Wedel**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar

ZUM 102. GEBURTSTAG

Fahron, Margarete, geb. **Tachilzik**, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 8. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Becker, Willi, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Herbstreit, Alfred, aus Jesau, Kreis Königsberg, am 7. Januar
Ting, Paul, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 17. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Mauritz, Gertrud, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Müller, Vera, geb. **Milbrett**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gonska, Horst, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Ruhstein, Elli, geb. **Wippich**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 16. Januar
Witt, Frieda, geb. **Quednau**, aus Lyck, Yorkstraße 1, am 14. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Drebot, Gertrud, geb. **Seidler**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Gerewitz, Emma, geb. **Schuran**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 18. Januar
Knorr, Meta, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Kröhnert, Gerda, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Scheller, Hildegard, geb. **Kühn**, aus Henneberg, Kreis Lyck, am 16. Januar
Sembach, Ruth, geb. **Pilchowski**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 13. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Abendroth, Christel, geb. **Torner**, aus Lyck, Thorner Straße 1, am 15. Januar
Bartuleit, Ernst, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Brosowske, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Gatzke, Helene, geb. **Deckmann**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Lehmann, Alfred, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar
Plaga, Gerhard, aus Lyck, am 16. Januar
Rottschalk, Margarete, geb. **Werner**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Stralla, Hildegard, geb. **Simnanski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Truskowski, Gertrud, geb. **Czerwonka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Januar
Weiß, Heinz aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Altmeyer, Heinz, aus Lyck, am 14. Januar
Girth, Walter, aus Ruß, Kreis Heydekrug, am 13. Januar
Hertrampf, Gertrud, geb. **Passargus**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Krupinski, Bruno, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Raupach, Elisabeth, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 17. Januar
Seiffert, Liselotte, geb. **Kanschat**, aus Treuburg, am 14. Januar
Wamprecht, Hedwig, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. Januar
Wiese, Irmgard, geb. **Launus**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Biesenthal, Edith, geb. **Müller**, aus Heiligenkreutz, Kreis Fischhausen, am 14. Januar
Hartwig, Christel, geb. **Kraschewski**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Ismer, Hildegard, geb. **Krafzel**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Koppenhagen, Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. Januar
Kreutzberger, Heinz, aus Kühnen, Kreis Schloßberg, am 10. Januar
Labrenz, Helmut, aus Königsberg, Cranzer Allee 93, am 16. Januar
Lemke, Christel, geb. **Fischer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Januar
Pfeiffer, Irene, aus Kreis Osterode, am 19. Januar
Pukies, Egon, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Schifferdecker, Jürgen-Hinrich, aus Johannisberg, Kreis Fischhausen, am 14. Januar
Schiweck, Paul, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Januar
Sohn, Herta, geb. **Luick**, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 13. Januar
Trakowski, Gretchen, geb. **Pape**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Januar
Vierck, Helene, geb. **Parzianka**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 13. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bandilla, Rosemarie, geb. **Rompel**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 13. Januar
Ehlert, Ruth, geb. **Baumgardt**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. Januar
Gogalla, Edith, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
Hermenau, Alfred, aus Königsberg, Sedanstraße 10, am 10. Januar
Kopitzki, Anneliese, geb. **Borowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Lengyel, Irmgard, geb. **Kude**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Januar
Mairwöger, Ursula, geb. **Buttgereit**, aus Lötzen, am 15. Januar
Raphael, Betty, geb. **Pollehn**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 15. Januar
Reiche, Hilda, geb. **Mikoteit**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar
Schoening, Willi, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 12. Januar
Szech, Martha, geb. **Solinski**, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dillmann, Edeltraud, geb. **Gennies**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 12. Januar
Ehlers, Ingrid, geb. **General**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Holzhauer, Gertrud, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 13. Januar
Jüngling, Hans-Joachim, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Keisker, Hildegard, geb. **Ostrowski**, aus Treuburg, am 12. Januar
Konrad, Robert, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar
Plath, Otto, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 18. Januar
Pohl, Margarete, geb. **Kalaschewski**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Schikschneit, Horst, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Ruchotzki, Gerhard, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 17. Januar
Sanner, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 14. Januar
Wilbrand, Günter, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 13. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Cordes, Irmgard, geb. **Kohn**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 18. Januar
Hamelberg, Adelgunde, aus Königsberg, am 3. Januar
Hegemann, Klara, geb. **Geiser**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 18. Januar
Hennig, Elsa, geb. **Aukthun**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. Januar
Keesen, Hannelore, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
Kleta, Günther, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 14. Januar
Lange, Karl, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Maluck, Werner, aus Seeburg, Kreis Rößel, am 15. Januar
Scherello, Gustav, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. Januar
Sobottka, Horst, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 17. Januar
Trinks, Herta E., geb. **Schwarz**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Zimmer, Johann, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17.Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aschmotat, Hans, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Bartz, Gisela, geb. **Baltrusch**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 18. Januar
Behi, Helga, geb. **Augustin**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Burgschat, Arno, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Januar
Dittmann, Helga, geb. **Fehr**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 17. Januar
Drewinski, Rudolf, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 15. Januar
Eckert, Elfriede, geb. **Mrotzek**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 12. Januar
Gorke, Josef, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 14. Januar
Kaleschke, Siegbert, aus Lyck, am 14. Januar
Kattenberg, Dietmar, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Kollien, Brigitte, geb. **Anders**, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Kremer, Botho, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 14. Januar
Lange, Waltraut, geb. **Pohle**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 16. Januar
Lubinus, Edeltraut, geb. **Niewiesk**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 16. Januar
Marks, Siegbert, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Mlinarzyk, Ernst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Januar
Nickel, Alfred, aus Lyck, am 15. Januar
Quäck, Joachim, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Raffel, Oberforstmeister i.R. Paul, aus Wönicken, Kreis Osterode, am 4. Januar
Schwenck, Christel, geb. **Zabinski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 16. Januar
Wagner, Waltraut, geb. **Lohrer**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 16. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Barsuhn, Werner, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Chiemelewski, Hans Joachim, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 17. Januar
Lohmann, Christel, geb. **Krafzel**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 17. Januar
Pestkowski, Dieter, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 13. Januar
Pienkos, Klaus-Dieter, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 16. Januar
Posdziech, Christel, geb. **Brzezinski**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar
Wosegin, Georg, aus Königsdorf-Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 17. Januar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

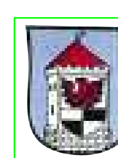
TERMINE DER LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

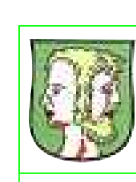
Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Ein intensives Jahr liegt hinter uns und mit ungebrochener Energie wollen wir in das neue Jahr 2018 starten. Es beginnt mit der 60. heimatpolitischen Tagung in Rotenburg (Wümme). Gemeinsam wollen wir die im Jahr 1958 begonnene Heimatarbeit von Friedrich-Karl Milthaler mit dieser Jubiläumsveranstaltung feiern. Dazu laden der Landkreis Rotenburg als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg, alle an der Geschichte und Kultur unserer Heimat Interessierte sehr herzlich ein. Die Tagung findet am 17. und 18. Februar in der Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16, 27356 Rotenburg, statt. Für die Tagung konnten wir erneut kompetente Referenten gewinnen.

Für Besucher der Tagung ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule bereits ab 14 Uhr geöffnet. Es wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin, die Tagung mit seinem Vortrag „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Westpreußen“ einleiten. Nach einer kurzen Pause wird die Vorsitzende der Lehndorff-Gesellschaft Steinort, Berlin, Dr. Bettina Bouresh, über das Projekt „Schloss Steinort“ berichten. Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten beziehungsweise für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag 18. Februar, 9.30 Uhr, wird die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule fortgesetzt. Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens wird über eine „Reise nach Angerburg im Juni 2017“ berichten. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 26 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 10. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Für die mittlere Generation

Göttingen – Freitag, 2. bis Sonntag, 4. März, Hotel Rennschuh (www.rennschuh.de), Kasseler Landstraße 93: Frühjahrstreffen der Mittleren Generation. Jeder Interessierte ist herzlich willkommen. Nähere Informationen auf unserer Website unter „Mittlere Generation“ oder bei der Sprecherin der Mittleren Generation Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

Seminar in Bad Pyrmont

Die Kreisgemeinschaft Lyck veranstaltet in der Zeit vom 30. April bis 2. Mai in der DRK-Landesschule in Bad Pyrmont ein interessantes Seminar unter dem Titel „Ostpreußen, Grenzen, Land und Leute, Behörden, Landsmannschaft“. Für das Seminar konnten anerkannte Referenten gewonnen werden. Es sprechen Dr. Manuel Ruoff von der Preußischen Allgemeinen Zeitung, der Historiker und Autor Dr. Andreas Kossert, Kreisältester Gerd Bandilla und Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter Rastenburg und Vorsitzender des Trägervereins Landesmuseum Lüneburg.

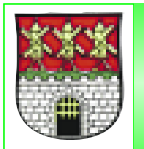
Den Teilnehmern werden die Reisekosten erstattet. Der Preis für die Unterkunft und Verpflegung beträgt pro Person 50 Euro.

Anmeldungen zu dem Seminar bei Gerd Bandilla, Telefon (02235) 77394, E-Mail: g-bandilla@t-online.de oder postalisch: St.-Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt. Anmeldungen werden bis zum 31. Januar 2018 erbeten.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Teil III, 25 Jahre Jugendaustausch

Die Kreisgemeinschaft Schloßberg kann auf ein viertel Jahrhundert Friedensarbeit zurückblikken. Hier folgt der letzte von insgesamt drei Teilen.

2011, im zwanzigsten Jahr der deutsch-russischen Kinder- und Jugendbegegnungen ist Planung und inhaltliche Gestaltung der Freizeiten ein einstudierter und auf unzähligen Erfahrungen beruhendes Paket von Gesprächen, Briefen, Telefonaten und Planungs- und Finanzierungsmaßnahmen. Im Verband der Ostpreußen, Landsmannschaft Ostpreußen, hat sich die grenzüberschreitende Jugendarbeit der Kreisgemeinschaft Schloßberg in der Landsmannschaft Ostpreußen in Zusammenarbeit mit dem Patenkreis, dem BJO und der Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch von ähnlichen Projekten anderer Heimatkreise in Kontinuität, Häufigkeit, Tiefe und Nachhaltigkeit deutlich abgesetzt.

Vergleichbar intensive deutsch-russische Maßnahmen mit Blick auf die russische EU-Enklave Königsberg, einer kleinen Insel im Schengener Raum der Freizügigkeit und Prosperität wird man nun auch im 25. Jahr der Begegnungsreihe kaum finden.

Mit Spiel und Musik, Pädagogik und Förderung von Geschichtsbewusstsein und der Entdeckung von Gemeinsamkeiten überschreiten die Schloßberger seit nunmehr einem Vierteljahrhundert Jahr um Jahr Grenzen im europäischen Geiste. Ein Aspekt, der in Zeiten abkühlender Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union, just in einer Phase wegbrechender Sympathien für das fragile Friedensprojekt, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Genauso sieht das der russische Verwaltungschef von Lasdehnen, Wladimir Sytnjuk, der regelmäßig betont, dass die große Politik nicht die Arbeit für Kinder- und Jugendaustausch beeinflussen dürfe.

Viele russische Teilnehmer, die am Kinderferienlager teilgenommen haben, haben wir später bei den Jugendbegegnungen wiedergesehen. So verhält es sich auch bei den deutschen Teilnehmern. Einige haben fünfmal und mehr bei uns in den letzten Jahren teilgenommen. Der Rekord liegt aktuell bei neun Teilnahmen hintereinander.

Die meisten der insgesamt 44 Freizeiten in den vergangenen 25 Jahren haben unter der Leitung des Ehepaares Schmelz (Tegnerskrug), Hans Joachim Stehr (beide auch Gräberarbeit) und auch Aneta Maciag stattgefunden. Planung und Organisation der Veranstaltungen lagen in der Regel (mit kleinen Ausnahmen) von Anbeginn an in den Händen der Familie Schattauer. Nachdem Gerd Schattauer (verstorben) die Aufgabe nicht mehr wahrnehmen konnte, übernahm sein Sohn Norbert diese zentrale Schnittstellenfunktion zwischen Kreisgemeinschaft, Landkreis Harburg, russischer Rayonverwaltung und den ehrenamtlichen Betreuern.

Zu danken ist natürlich dem Patenkreis Harburg für die langjährige Unterstützung unserer Jugendarbeit. In besonderer Weise hat sich hier der Kreisjugendpfleger Franz Schaffeld hervorgetan. Auch nach seiner Pensionierung steht er uns mit Rat und Tat bis heute zur Seite.

Rund 850 Kinder und Jugendliche haben von den Maßnahmen direkt profitiert.

Für die Schloßberger bleibt die Begegnung in der jungen Generation ein wichtiges Anliegen – denn wer das hohe Haus des Friedens bauen will, der darf auf ein stabiles Mauerwerk auf den unteren Ebenen nicht verzichten, der muss heute jene mitnehmen und begeistern, die morgen vielleicht den Frieden bewahren sollen.

Bernhard Knapstein, Norbert Schattauer



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschafts-Treffen

Das Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit findet am 26. Mai 2018 im Hotel Schützenhof in 53783 Eitorf, Windecker Straße 2 statt. Ausrichterin ist diesmal die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit.

Eitorf ist ein übersichtliches Städtchen im Westen Deutschlands, im Rhein-Sieg-Kreis, nicht weit entfernt von Bonn und Köln. Von Siegburg aus einige Kilometer die Sieg flussaufwärts malerisch zwischen Westerwald und Bergischem Land gelegen, gehört der Ort jedoch nicht zum Siegerland, sondern ist eindeutig dem Rheinland zuzuordnen, was sich auch im Brauchtum (Karneval) und in der Mundart widerspiegelt.

Es mag jetzt Ihr Interesse geweckt sein, diese reizvolle Region abseits des großen Fremdenverkehrs und doch unweit des Rheins einmal kennenzulernen. Planen Sie also die Teilnahme am Nachbarschaftstreffen ein und buchen Sie ein paar Urlaubstage vor oder/und nach dem 26. Mai im Hotel Schützenhof. Das Haus verfügt über Saunen und ein Schwimmbecken. Das Hotel erreichen Sie unter Telefon (02243) 887-0 und per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de. Das Hotel hält für uns ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Ostpreußen" bis zum 1. März 2018 vor (DZ 94 Euro, EZ 64 Euro).

Eitorf ist mit dem Auto oder der Bahn unschwer zu erreichen: Bahn: Von Köln aus zweimal stündlich eine Verbindung auf der Strecke nach Siegen. Vom Bahnhof gut zwei Kilometer bis zum Hotel mit dem Taxi oder dem Bus Linie 571, immer zehn Minuten nach der vollen Stunde, außer sonnabends und sonntags.

Auto: Von Norden und Nordwesten: BAB 3 Richtung Frankfurt bis zum Kreuz Bonn/Siegburg, dann BAB 560 Richtung Hennef bis zum Ende der Autobahn, dann links ab auf der L333 nach Eitorf.

Von Norden und Nordosten: BAB 1 bis zum Westhofener Kreuz (BAB 2 bis zum Kamener Kreuz, dann BAB 1 bis zum Westhofener Kreuz), dann BAB 45 Richtung Frankfurt bis zum Kreuz Olpe/Süd, dann BAB 4 bis zur Ausfahrt Reichshof/Bergneustadt, dann über Walbbröl nach Ruppichteroth, dort links ab nach Eitorf.

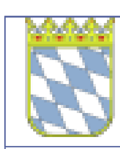
Von Osten: BAB 4 bis zum Kirchheimer Dreieck, dann BAB 7 bis zum Hattenbacher Dreieck, dann BAB 5 bis zum Reiskirchener Dreieck, dann BAB 480 bis Wettenberg, dann Umgehung Gießen Richtung Dortmund, auf der BAB 45 bis Ausfahrt Herborn West, quer durch den Westerwald, vorbei an Bad Marienberg, Hachenburg und Altenkirchen, schließlich auf der B 8 bis Kircheib, dort rechts ab nach Eitorf.

Von Süden: BAB 3 bis Ausfahrt Bad Honnef/Linz, dann der Beschilderung „Eitorf" folgen.

Das Nachbarschaftstreffen beginnt um 10 Uhr (Einlass 9 Uhr) und endet um 17 Uhr. Unentgeltliche Parkplätze stehen am Hotel zur Verfügung. Zum Mittagessen werden vier preisgünstige Gerichte angeboten, und am Nachmittag gibt es Kaffee und Kuchen. Es erwartet Sie ein ansprechendes Programm. Eintritt wird nicht erhoben, für eine Spende wären die Veranstalter dankbar.

Für die vor dem Veranstaltungstag anreisenden Teilnehmer wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, den 25. Mai gegen 19 Uhr das Abendessen gemeinsam einnehmen können, um anschließend noch schöne Stunden miteinander zu verbringen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN

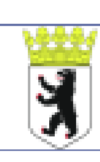


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Auf 40 reichbebilderten Seiten bietet die aktuelle Weihnachtsausgabe des Preußenkuriers wieder viele spannende und informative Themen. Die Netzausgabe lässt sich auf www.low-bayern.de herunterladen beziehungsweise lesen. Dort einfach oben in der Menüleiste unter Mediathek den Unterpunkt Publikationen anklicken und dann den Preussen-Kurier 03/2017pdf aufrufen. Die Druckausgabe gibt es bei: Rainer Claaßen, Birkenring 3, 97618 Wülfershausen (Saale), Telefon (09762) 421, Fax (09762) 931283, E-Mail: claassen@low-bayern.de.

Nürnberg – Dienstag, 23.Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Ende der U1 gegenüber): „Wir feiern Fasching" (auch in normaler Kleidung). Die Veranstaltung wird gegen 17 Uhr beendet sein.



BERLIN

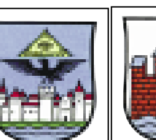
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

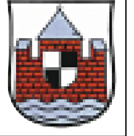


Königsberg – 12 Januar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 14. Januar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: germeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

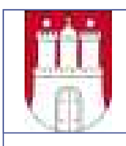




Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 27. Januar, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Barbara Fischer, Telefon 6041054



Bartenstein –Anfragen für Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Hamburg-Harburg – Sonntag, 28. Januar, 11 Uhr, St.-Johannis-Kirche, Bremer-Straße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Tee, Kaffee und Gebäck ins Gemeindehaus ein. Die Kirche ist mit den S-Bahn-Linien S3, S31 (Haltestelle Hamburg-Rathaus) zu erreichen.

Zusendungen für Ausgabe 4

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 4/2018 (Erstverkaufstag: 26. Januar) bis spätestens Donnerstag, 18. Januar, an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 31. Januar: Monatsversammlung. Der Weltenbummler Wolfgang Post aus Herborn berichtet von einer seiner großen Reisen.

Wiesbaden – Freitag, 19. Januar, 15.11 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat: Närrischer Nachmittag mit Kreppel-Kaffee. Unter dem Motto „Spaß an der Freud" soll es eine fröhliche Zeit mit lustigen Beiträgen und viel Gesang werden. Mit von der Partie sind die Stimmungssänger Mathias Budau und Ute Etz sowie Stefan Fink, Sitzungspräsident, Kolping Zentral. Kommen Sie zu dem bunten Nachmittag, und bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Etwas närrisch kostümiert, wenn auch nur mit einer lustigen Kopfbedeckung, macht es noch 'mal so viel Spaß. Wer mit Lustigem zum Programm beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358 oder anderen Vorstandsmitgliedern. – Donnerstag, 25, Januar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust", Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering". Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte anmelden bis spätestens Freitag, 19. Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Viel los in Bremen

Mit einem singenden Landarzt geht es fröhlich ins neue Jahr

Einen ereignisreichen Start ins neue Jahr bietet wieder einmal die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen e.V. Bremen. Der Vorsitzende Heinrich Lohmann schreibt: „Auf vielfachen Wunsch erweitern wir unser geselliges Angebot zum Jahresbeginn und bieten ein Kohlessen im Grollander Krug, Emslandstraße 30, 28259 Bremen am Dienstag, 16. Januar um 12 Uhr an."

Das Lokal ist mit den BSAG-Linien 1 und 8 zu erreichen. Die Haltestelle ist „Norderländerstraße". Anmeldungen bei Frau Richter, Telefon (0421) 405515.

Der traditionelle Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen findet am 10. Februar im Hotel Airport, Flughafenallee 26, statt. Los geht's um 15. Uhr. Einlass ist ab 14.15 Uhr.

Nach der Begrüßung ist Zeit zum Unterhalten und zum Bummeln und Schauen am Büchertisch. Gäste, die Kaffee und Kuchen möchten, können dieses zusätzlich bestellen. Für Unterhaltung sorgt der „singenden Landarzt", Dr. Diedrich Heumann, genannt Dididoktor, Internist im Ruhestand, Landwirt und Liedermacher. Das Essen beginnt zirka um 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse.

Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Für die Veranstaltung gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro, Eintritt und Essen (Königsberger Klopse): 15 Euro. Das Geld kann auch überwiesen werden. Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speisewunsches in unserer Geschäftsstelle oder auf dem Anrufbeantworter. Wir leiten sie an das Airport-Hotel weiter und verpflichten uns zur Zahlung Ihres bestellten Essens, versäumen Sie daher bitte nicht Ihr Kommen. *PAZ*



Hotel Airport: Am 10. Februar ist hier Ostpreußentag Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 9. Januar, 16.30 Uhr, Hotel „Novum“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 19. Januar, 16.30 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de



In der letzten Ausgabe hatten sich Fehler eingeschlichen. Hier die korrigierten Termine der Landesgruppe NRW in 2018:

Sonnabend, 17. März: **Landes-Delegierten- und Kulturtagung** (Frühjahrstagung) in Oberhausen,

Sonntag, 8. Juli: **NRW-Landestreffen der Ostpreußen**, Schlesier und Pommern auf Schloss Burg an der Wupper,

Sonnabend 27. Oktober: **Landes-Kulturtagung** (Herbsttagung) in Oberhausen.

Dortmund – Montag, 15. Januar, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Die Kreisgruppe trifft sich zur monatlichen Zusammenkunft.

– **Bericht** –

Weihnachtsduft, Kerzenschein und eine adventlich eingedeckte Kaffeetafel kündeten eine Weihnachtsfeier an. Die Ehrenvorsitzende Christa Wank bereicherte die Zusammenkunft mit einem Büchertand. Die Mitglieder nahmen die Spenden gerne an. Frank Stenzel vom Verein Freunde für Russland berichtete von seiner letzten Fahrt nach Heiligenwalde und Tilsit. Dort wurden zwei soziale Einrichtungen, eine Schule und ein Waisenhaus finanziell unterstützt. Aus Heimatbriefen aus dem Kreis Lötzen wurden Weihnachtsgedichte gelesen und die gesungenen Weihnachtslieder stimmten alle froh. Zum Abschied gab es die Weihnachtstüte verbunden mit dem Wunsch einer gesegneten Weihnachtszeit und einem guten Rutsch ins neue Jahr 2018. Beim „Lied Land der dunklen Wälder“ strahlten sich alle freudig an. Allen eine gute Zeit und im Januar ein gesundes und frohes Wiedersehen. *Marlies Hein, Kreisgruppenleiterin*



Niedersachsen: Ja, natürlich hat Manfred Kirrinnis, hier mit der Landesvorsitzenden Barbara Loeffke, das Goldene Ehrenzeichen erhalten. Die PAZ berichtete in der letzten Ausgabe darüber. Einige Leser, die nicht den Text, sondern nur die damalige Bildunterschrift lasen, waren sich darüber unsicher Bild: privat

Düsseldorf – Freitag, 12. Januar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtischtreffen. – Donnerstag, 18. Januar, 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf: Offenes Singen mit Marion Cals.

– **Zum Vormerken** –

Wichtige Termine der Kreisgruppe im Winter und Frühjahr:

Tagesexkursion – Mittwoch, 24. April, 8.40 Uhr bis 16 Uhr, Hauptbahnhof Servicepoint: Mit Dr. Sabine Grabowski geht es unter dem Motto „Auf dem Weg zum Weltfrieden?“ zum UN-Campus in Bonn. Kosten: 15 Euro plus Fahrtkosten (etwa 10 Euro). Anmeldeschluss ist Montag, 16. April.

Wanderungen – Die Termine werden mit dem April-Rundschreiben bekannt gegeben.

Stammtischtreffen – Freitags, 9. Februar und 9. März, jeweils 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62.

Ostdeutsche Stickerei – Mittwochs, 7. Februar und 7. März, jeweils 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf. Leitung: Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Offenes Singen – Donnerstags, 15. Februar und 15. März, jeweils 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf. Leitung: Marion Cals.



Foto: Henkel/Wikipedia

Düsseldorf: Am 24. April steht eine Tagesexkursion zum UN-Campus in Bonn an /

Neuss – Dienstag, 23. Januar, 17 Uhr, Quirinus-Basilika am Markt: Ökumenischer Gottesdienst der Landsmannschaft Neuss. – Donnerstag, 25. Januar, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Es wird eine Lesung aus der Lektüre von Arno Surminski stattfinden.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Am 16. Dezember fand unser typisch ostpreußisches Weihnachtsfest im großen Saal des Eschemuseums in Limbach-Oberfrohna statt. Das wunderbare Wetter lockte nicht nur unsere lieben Landsleute aus dem Haus, auch viele freundliche Gäste konnten wir mit großer Freude begrüßen. 110 Teilnehmer füllten den Saal.

Vorab waren viele Vorbereitungen nötig, um die Veranstaltung zu einem schönen Erlebnis werden zu lassen. Reinhard Gerullis, unser Vorsitzender brachte zum Schmücken des Saales viele weihnachtliche Ausstellungsstücke mit. Edeltannenzweige verbreiteten einen wunderbaren Duft im Raum. Pyramiden mit leuchtenden Kerzen ließen ihre Umgebung erstrahlen. Irmgard Gläser hatte ihre ostpreußischen Handarbeiten ausgestellt. Unsere fleißige Monika Weihe nähte für alle Teilnehmer

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Ein unsägliches Stückchen Nachkriegsgeschichte

Gedenken an 5000 Gefangene eines früheren NKWD-Lagers – ein bewegender Besuch im oberschlesischen Tost

Wer sich eingehend mit dem Leben von Joseph Freiherr von Eichendorff (1788-1857), dem wohl romantischsten Dichter unter den Romantikern, befasst hat, wird dabei auch auf das oberschlesische Städtchen Tost, heute heißt es Toszek, stoßen. Denn von 1791 bis 1797 gehörte die Burg in Tost Josephs Vater. Erste kindliche Eindrücke gewann Eichendorff also hier in Tost. Dazu dürfte nicht nur das Leben und Treiben in dem beschaulichen Landstädtchen mit seinen etwa 700 Einwohnern sowie auf dem Schloss gehört haben, sondern auch der Blick vom Burgberg auf der Tarnowitzer Höhe in die Weite der Landschaft mit ihren Dörfern, Feldern, Wäldern und Flüssen. Den Namen Tost hatten meine Frau und ich zwar zuvor noch nie gehört, dennoch entschlossen wir uns, an einer Fahrt dorthin teilzunehmen. Ein Hinweis im Mitteilungsblatt „Der Stacheldraht“, herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, hatte uns neugierig gemacht.

Also machten wir uns vom baden-württembergischen Weissach auf nach Dresden, wo die gemeinsame Reise startete. Von dort aus fuhren wir und die anderen Teilnehmer gemeinsam in einem Bus zu dem etwa 400 Kilometer entfernten Tost. Dort wollten wir an der Veranstaltung zur Erinnerung an die schrecklichen Ereignisse im zweiten Halbjahr 1945 teilnehmen. Das Programm schien auch deswegen vielversprechend, weil sowohl die polnische als auch die deutsche Seite zu Wort kommen sollte.

Begrüßung unter den Klängen der Stadtkapelle

Pünktlich erreichten wir die Gedenkstätte, wo wir von Grzegorz Kupczyk, dem jungen Bürgermeister von Tost, nebst weiteren Vertretern der Stadt sowie einigen Bewohnern unter den Klängen der Stadtkapelle freundlich empfangen wurden. Seine Begrüßungs- und Gedenkworte sprach der Bürgermeister in Deutsch und in Polnisch. Auch weitere Redner bemühten sich um Zweisprachigkeit. War dies nicht möglich, sprang ein geübter Dolmetscher ein. Es sprachen unter anderem die deutsche Konsulin aus Oppeln, ein Abgeordneter der Woiwodschaft Schlesien sowie Klaus Brähmig, bis zur letzten Bundestagswahl noch Mitglied des deutschen Bundestages. Leitwort für sie alle war die zweisprachige Inschrift im Gedenkkreuz: Mit Gottes Hilfe wollen wir dafür sorgen, dass es nie wieder Konzentrations- und Internierungslager geben möge.



Hinweisschild auf die Gedenkstätte: Willkürlich und wahllos waren die Insassen des Lagers damals ausgewählt Bilder (3): Lindemuth

Das gemeinsame Mittagessen wurde auf der einstigen Burg, die Anfang des 19. Jahrhunderts abgebrannt war, jedoch als Ruine erhalten blieb, eingenommen. In jüngerer Zeit waren dort nämlich Räumlichkeiten für Veranstaltungen hergerichtet worden. Sehenswert auch heute noch das mächtige Torhaus und der riesige Innenhof, teils parkähnlich gestaltet. An geschichtlichen und baugeschichtlichen Stellen sind Sprechautomaten aufgestellt, die in mehreren Sprachen auf Knopfdruck und ohne Münzeinwurf (!) den Besucher informieren.

An das Mittagessen schloss sich ein ökumenischer Gottesdienst in der St. Katharinen Kirche an mit beeindruckender musikalischer Umrahmung. Danach suchten wir die ehemalige Landesheilanstalt, heute psychiatrische Klinik, auf. Diese Anstalt mit kontrollierbarem Eingang und von hoher Mauer umgeben bot nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beste Voraussetzungen für die Umnutzung in ein Straflager des NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR). Zwischen Mai und Dezember 1945 waren hier fast 5000 Gefangene, die zumeist willkürlich und wahllos vom russischen Geheimdienst festgenommen worden waren, ohne jegliches Gerichtsverfahren eingesperrt. Mehr als Zweidrittel der Gefangenen sind elendig zugrunde gegangen. Ihre Leichen wurden am Rand von Toszek zumeist in Massengräbern verscharrt. Als das Straflager Anfang Dezember 1945 aufgelöst wurde, sind die noch arbeitsfähigen Gefangenen in andere Lager verbracht worden. Nur ein kleiner Rest sah die Heimat wieder.

Die erlittenen Qualen und die unmenschlichen Leiden der Inhaftierten sind unvorstellbar. Die Berichte derjenigen, die diese Torturen überlebt haben, zu lesen, kostet Überwindung. Nur soviel. Der Saal, der heute als Kirche genutzt wird, misst etwa 18 auf 20 Meter. In ihm waren zeitweise 500 und mehr Menschen eingepfercht, die nur auf der Seite liegen konnten beziehungsweise mussten, um für die Menge Mensch in diesem Raum Platz zu haben. Auf ein Schlagzeichen hin hatten sich alle umzudrehen. Bedrückt und nachdenklich haben wir diesen geschichtsträchtigen Raum verlassen. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken mit selbstgebackenen Kuchen galt es, Abschied zu nehmen. Beeindruckt von der Gastfreundschaft und der Offenheit im Umgang mit dem damaligen Geschehen traten wir die sechsstündige Rückreise nach Dresden an. Ein kleines Fernsehteam des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) hatte unseren Besuch in Tost begleitet. In der MDR-Sendung „Sachsenspiegel“ wurde schon am nächsten Tag über diese Gedenkfeier berichtet. So ist ein Stückchen unsäglicher und menschenverachtender Nachkriegsgeschichte ins öffentliche Bewusstsein getragen worden.

500 Menschen in einem 18 mal 20 Meter großen Raum

Wie so oft im Leben, bedarf es einzelner Personen, um Dinge anzustoßen, die sonst in Vergessenheit geraten wären. So auch im Fall NKWD Tost. Die Tochter des im Lager Tost umgebrachten Unternehmers Hans Werner Skafte Rasmussen, Sohn des Erfinders, Fabrikanten und Autobauers Jorgen Skafte Rasmussen (DKW, Auto Union) hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Umstände um den gewaltsamen Tod ihres Vaters aufzuklären und damit zugleich auch das Schicksal seiner Mitgefangenen. Seit 1993 widmet sich Tochter Sybille Krägel dieser sich selbst gestellten Aufgabe. Sie organisierte auch unsere Ausfahrt nach Tost und plant schon den nächsten Besuch in zwei Jahren zur stetigen Erinnerung und Mahnung: Nie wieder!

Horst Lindemuth



Die hellere Seite der Vergangenheit in Tost: Torhaus zur ehemaligen Burg. Sie gehörte kurzzeitig dem Vater des Dichters Joseph von Eichendorff



Ökumenischer Gottesdienst in der Toster St. Katharinen Kirche

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

rote Stoffbeutel und füllte sie mit Süßigkeiten, Äpfeln und Nüssen. Sie sorgte wie immer für unser leibliches Wohl. Heute möchten wir ihr dafür alle einmal ganz herzlichen Dank dafür sagen.

Die Begrüßung übernahmen Reinhard Gerullis und Kurt Weihe. Zur Einleitung hörten wir ein Gedicht „Die Weihnachtsglocken“ vorgetragen von Elli Springwald. Die kleine Maja Büchner überraschte uns mit einem Weihnachtsgedicht und einem erzgebirgigem Weihnachtslied. Der Landesvorsitzende Alexander Schulz beglückwünschte Weihe für seine hohe Auszeichnung, die er in Dresden in der Staatskanzlei durch Stanislaw Tillich, bis 12. Dezember sächsischer Ministerpräsident, überreicht bekam. Weihe wurde mit dem Bundesverdienstorden geehrt. Die Auszeichnung wurde ihm für seine vorbildliche ehrenamtliche Arbeit mit der Jugend überreicht.

Eine Kindergruppe der Gerhardt-Hauptmann-Oberschule hatte uns zur Freude ein weihnachtliches Programm vorbereitet: „Weihnachten damals und heute“. Der gemischte Chor von Langenberg erfreute uns mit herrlichen Weihnachtsliedern. Wir wurden alle zum Mitsingen eingeladen, was wir auch gern getan haben. Nun folgte eine erholsame Pause. Wir stärkten uns bei einer guten Tasse Kaffee, Stollen und ostpreußischer Mohnrolle, wie sie unsere Mütter schon immer zu Weihnachten gebacken haben.

Danach kamen zwei stattliche Weihnachtsmänner und ein kleines Wichtelmädchen. Sie verteilten die schönen Weihnachtsbeutel mit einer bunten Weihnachtskarte und guten Wünschen für das neue Jahr, welche Harald Kedzierski liebevoll angefertigt hatte. Wir hörten viele wunderbare Weihnachtsgedichte und Lieder, welche von den Teilnehmern zu Gehör gebracht wurden. Eine tolle Stimmung verbreitete sich im ganzen Saal. Frau Gläser und Frau Springwald erzählten die Geschichte von „Christie Geburt“. Alle sangen zum Abschluss mit Unterstützung des Chores das Lied „von der Stillen Nacht“. *Hannelore Kedzierski*



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 12. Januar, Mensa, Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule. Schulstraße 8–10: traditionelles Fleckessen. Alternativ gibt es auch eine Gulaschsuppe. Durch den Nachmittag begleitet der Entertainer Erwin Haase, ein Bad Schwartauer Ostpreuße. Die Teilnahme kostet inklusive Fleck (Pansensuppe) und Trank sowie Musik und Späßchen zehn Euro. Teilnehmen können auch Nichtmitglieder der Landsmannschaft. Weitere Informationen: Gisela Rowedder Telefon (04504) 3435 oder Axel Simanowski, Telefon (0451) 2901034.

Flensburg – Freitag, 12. Januar, 17 Uhr: Besichtigung der Classic-Yacht, Robbe-Berking-Werft Osthafenbereich mit anschließendem Abendessen im Ristorante Italia im gleichen Gebäude. Ein Fahrstuhl ist vorhanden. Zu erreichen ist die Veranstaltung per Bus mit der Linie 5, Ausstieg Industriehafen, anschließend Fußweg an der Firma Jacob-Zement vorbei, weiter zum Hafen zirka 300 Meter bis zum Ziel.

– Zum Vormerken –

Wichtige Termine der Kreisgruppe in diesem Jahr:

Freitag 9. Februar, 12. Uhr, AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: **Gemeinsames Grünkohlessen**, anschließend erster Teil, des Vortrages von Siegfried Hoefer zum Thema „Nordostpreußen – 1990 bis heute“.

Im März (Tag wird noch bekannt gegeben), 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: **Preußische Tafelrunde**, Sektion Flensburg. Anmeldungen bei Wolfgang, Kanstorf Telefon (0461) 64847.

Mittwoch, 14. März, 15 Uhr AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Kaffeetafel mit anschließender **Jahreshauptversammlung**.

Mittwoch, 11. April 2018, 15. Uhr, AWO-Stadtteilcafe Flensburg, Mathildenstraße 22, Kaffeetafel, dann Vortrag zum Thema **„Land, Menschen im Kriegsgebiet Afghanistan“.** Referent ist der ehemalige Hauptmann des Sanitätsdienstes, Gerhard Homrich.

Freitag, 11. Mai, 11.30 Uhr Delfter Stuben, Flensburg-Mürwik: **Spargelessen**.

Freitag, 18. Mai, 12.30 Uhr: **Halbtagesausflug** der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg. Abfahrten der Bustour ab ZOB Holmpassage 12.40 Uhr, ab Markthalle auf der Exe 12.30 Uhr. Rückkehr gegen 18 Uhr. Kosten je Person 25 Euro. Unter der Reiseleitung von Hans Legies führt die Fahrt durch Angeln und Schwansen (nur auf unbekannten Wegen). Es gibt eine Kaffeetafel.

Freitag, 8. Juni, 15 Uhr, TSB-Gaststätte, Eckenerstraße 24: Kaffeetafel anschließend **Jahreshauptversammlung der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg.**

Mittwoch 13. Juni, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe Flensburg, Mathildenstraße 22, Kaffeetafel mit anschließendem Vortrag von Oberstleutnant a. D. Hartwig Wilkens zum Thema **„Schleswig-Holstein, Dorfleben der 50er Jahre in den Vierjahreszeiten“.**

Donnerstag, 19. Juli, 15 Uhr Hotel Wassersleben an der Flensburger Förde, (Bushaltestelle der Linie Nr. 1 im Nahbereich): **sommerliche Kaffeetafel.**

Freitag, 17. August, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22, Kaffeetafel mit anschließendem Vortrag von Wilhelm Flor, Telefon 63631. Der ehemalige Angehörige der Flensburger Berufsfeuerwehr spricht über **„Brandschutz im Haushalt und Hausflur“.**

Mittwoch, 19. September, 15 Uhr, **Industriemuseum Kupfermühle:** Führung durch das Museum, anschließend kleine Kaffeetafel. Kosten je Person etwa 8 Euro. Der Museumsbereich ist barrierefrei! Es werden Fahrgemeinschaften gebildet. Bitte vorher Absprachen treffen.

Sonntag 7. Oktober, 10 Uhr, St.-Michael-Kirche: **Erntedankfest** mit Pastor Sander. Anschließend gemeinsames Mittagessen und Besuch der Grabstelle von Wilfried Pollack.

Freitag, 12. Oktober, 15 Uhr, TSB-Gaststätte, Eckenerstraße: **Tag der Heimat** der Vereinigte Landsmannschaften Flensburg mit Kaffeetafel und Vortrag.

Mittwoch, 24. Oktober, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Kaffeetafel anschließend zweiter Teil des Vortrages von Siegfried Hoefer über **„Nordostpreußen – 1990 bis heute“.**

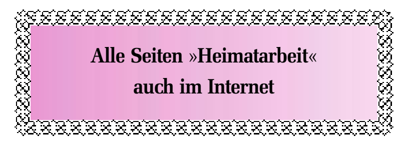
Sonntag 18. November, 11.30 Uhr, Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: **Volkstrauertag**. Es ist wieder eine Mitfahrgelegenheit vorgesehen.

Sonntag 25. November, 15 Uhr Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: **Totensonntag**, Es wird eine Mitfahrgelegenheit angeboten.

Freitag, 14. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: **Weihnachtskaffeetafel** mit Geschichten, Liedern und Gedichten aus der Heimat. Anmeldung bitte eine Woche zuvor an Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816. (bitte keine Anrufe zwischen 12 und 13.30 Uhr, Mittagspause.

Kiel – Sonntag, 21. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat: Preußentag. Auf dem Programm stehen folgende Vorträge: Aktuelle Streiflichter nach dem jüngstem Besuch in einigen Städten im nördlichen Ostpreußen: Gerdauen, Friedland, Königsberg, Cranz, Rauschen und Rossitten, dazu das Hermann-Brachert-Museum in Georgenswalde, alles mit Lichtbildern von Edmund Ferner. Peter Gerigk trägt vor über die ostdeutschen Nationalhymnen und -lieder mit Darbringung der Lieder.

Schönwalde a.B. – Donnerstag, 11., 18. und 25. Januar, je 14 Uhr, Klönstuv, Alte Feuerwehr: Seniorenbegegnung.



Noch freie Plätze

Ins Samland mit Louis-Ferdinand Schwarz

Vom 11. bis 19. August bietet Louis-Ferdinand Schwarz erneut eine Reise ins nördliche Ostpreußen an. Gefahren wird mit dem Reisedienst Orth, Westheider Weg 25, 33775 Versmold, Telefon (05423) 94370. Vom dortigen Firmengelände startet die Tour am 11. August mit einem modernen und bequemen Reisebus. „Private PKW können dort in begrenzter Anzahl abgestellt werden“, erklärt Schwarz. Der erfahrenen Reiseleiter weiter: „Während der ganzen Zeit wohnen wir in Rauschen im Hotel „Rauschen“. Dieses Hotel liegt zentral und ist gut ausgestattet. Von dort starten wir täglich in alle vier Himmelsrichtungen. Der Freitag, 17. August, steht zu freien Verfügung.

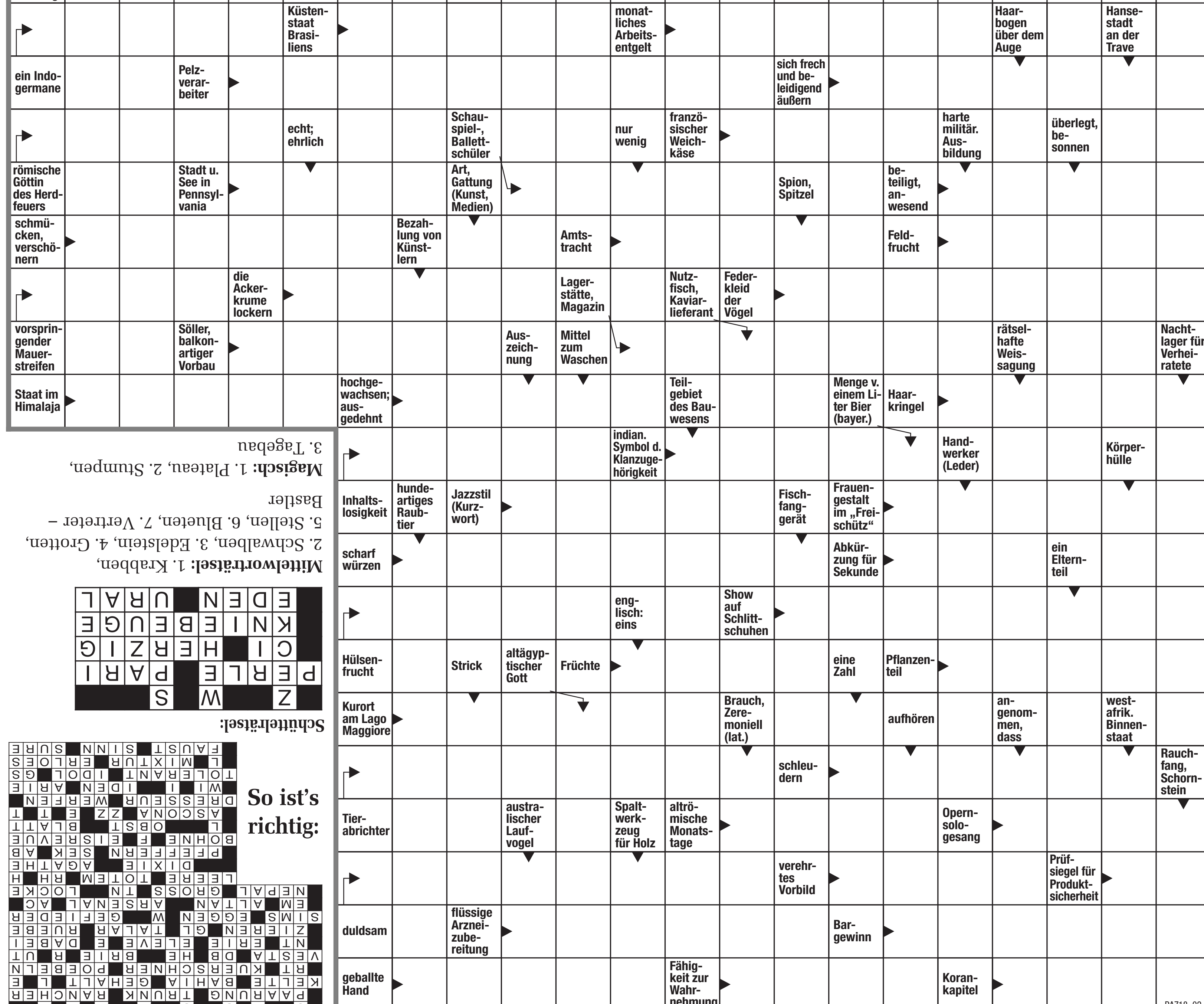
Angefahren werden unter anderem die Marienburg, Königsberg, Rauschen, die Kurische Nehrung mit Nidden (Litauen), Insterburg, Gumbinnen, Trakehnen, Pillau, Palmnicken, Germau, Medenau, Cathrinhoefen und Pollwitten. Noch sind einige Plätze frei. Interessenten melden sich bitte kurzfristig bis spätestens 25. Januar bei Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6A, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325.





Der Regenschirm trägt das Elchschaufelwappen und den Spruch „In Ostpreußen geht die Sonne auf“ – Der Stockschirm hat einen Durchmesser von zirka 135 cm, enthält ein Automatikgestell und einen ergonomisch geformten schwarzen Kunststoffgriff. Er kostet 15 Euro, zuzüglich 5 Euro Versandkostenpauschale.

Bestellen Sie den Schirm heute noch bei:
Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, E-Mail rinser@ostpreussen.de



Schüttelrätsel

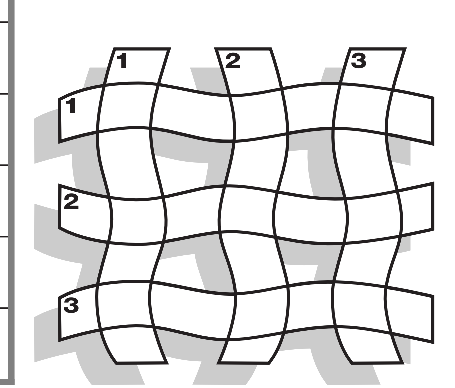
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CEEKZ, DINR, EEHNW, EPRSU, ARUZ, AGIR, EGIL, AIPR, EELPR, EGHIRZ, BEEEGIKNU, DEEN, ALRU

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für einen Hobbyhandwerker.

1	HUMMER	SALAT
2	MEHL	NEST
3	HALB	RING
4	FELS	OLM
5	BAU	WERT
6	STIL	MEER
7	RECHTS	BESUCH



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Hochebene
2 Zigarre ohne Spitze
3 Form der Gewinnung von Bodenschätzen

Rekord für Rübezahl

3000 Besucher sahen das Weihnachtsmärchen der Dittchenbühne

So ein erfolgreiches Jahresende wünschen sich viele: Die Ostpreußenfreunde von der Dittchenbühne in Elmshorn zählten mehr als 3000 Besucher ihres Weihnachtsmärchens „Rübezahl und die armen Weiber". Rekord! Kein anderes Theater in Schleswig-Holstein brachte ein ähnlich erfolgreiches Weihnachtsmärchen auf die Bühne. Zuschauer kamen aus Kiel, Neumünster, Eckernförde, Hamburg und aus den Kreisen Steinburg und Pinneberg. „Eine Gruppe reist sogar seit dreißig Jahren mit einem Bus aus der Nordheide an", freut sich Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt, der Autor des Märchenspiels: Der Grund für die große Nachfrage, so Neufeldt: „Es hat sich herumgesprochen, dass wir immer ein gutes Märchen anbieten."

Neufeld weiter: „Da wir versuchen, gerade auf die kleinen Besucher pädagogisch einzugehen, ist das Theater auch für Kindergärten ein Renner." Durch die Verzahnung des vereinseigenen Kindergartens mit dem Theater gäbe es viele positive Effekte. Die Besucher seien immer sehr erstaunt, wenn die Dittchenbühne Jung und Alt auf die Bühne bringt und wenn auch Kinder Hauptrollen spielen. Auch die moderne Theatertechnik, die Kostüme und ein laufend wechselndes Bühnenbild beeindruckten die Zuschauer.

Im Anschluss an die letzte Aufführung gab es wie immer ein Buffet für alle Mitwirkenden und Angehörigen – diesmal für fast 150 Personen. Dabei hob Neufeldt hervor, dass vieles dazugehöre, um die Aufführungen in dieser Art und Weise durchführen zu können. Der Dittchenbühnen-Chef zeigte sich nicht nur mit dem Erfolg des Weihnachtsmärchens zufrieden, sondern mit dem Verlauf des gesamten Jahres 2017 für den Verein. Das „Forum Baltikum – Dittchenbühne" konnte seine Besucherzahlen weiter steigern, so dass die meisten Veranstaltungen ausverkauft waren.

So geht es 2018 in Elmshorn weiter

Mit einem spannenden Programm geht es 2018 weiter. Hier Termine von Januar bis April:

Sonnabend, 13. Januar, 15 Uhr: Traditionelles **Gänseverspielen** für die ganze Familie,

Donnerstag, 18. Januar, 19 Uhr: **Finnischer Abend**. Über „Aspekte der finnischen Geschichte in literarischer Verarbeitung" berichtet Dr. Paula Jääsalmi-Krüger, Lektorin für finnische Sprache und Kultur an der Universität Hamburg,

ab Dienstag, 6. Februar: **DittchenArt**. Mit Hilfe verschiedener Schauspielübungen lernen Kinder zwischen sechs und zehn Jahren Sprach-, Bewegungs-, Entspannungs- und Improvisationstechniken,

Dienstag, 13. Februar, 19 Uhr: Alle Jahre wieder tischt die Küche der Dittchenbühne **Graue Erbsen süßsauer nach ostpreußischer Art** auf,

Montag, 9. April, bis Freitag, 13. April: **Malschule**. In den Osterferien können Linder ab fünf Jahren den Spaß am Fantasieren mit Stift und Pinsel entdecken,

Freitag, 20. April, 19 Uhr: **Baltische Tafelrunde**. Der polnische Professor Miroslaw Ossowski berichtet über die Entwicklung Danzigs als Handelsmetropole, über den Wiederaufbau nach 1945 sowie die Rolle der deutschen Literatur für die Stadt.

Sonnabend, 28. April, 20 Uhr, und Sonntag, 29. April, 16 Uhr: Die Stageart Musical School Hamburg präsentiert Ödön von Horvaths **„Don Juan kommt aus dem Krieg"**.

Weitere Informationen: Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, www.dittchenbuehne.de, Telefon (04121) 89710 E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Fröhliche Schauspielschar: Darsteller aus „Rübezahl und die armen Weiber" Bild: Dittchenbühne

Im Visier des SA-Mannes

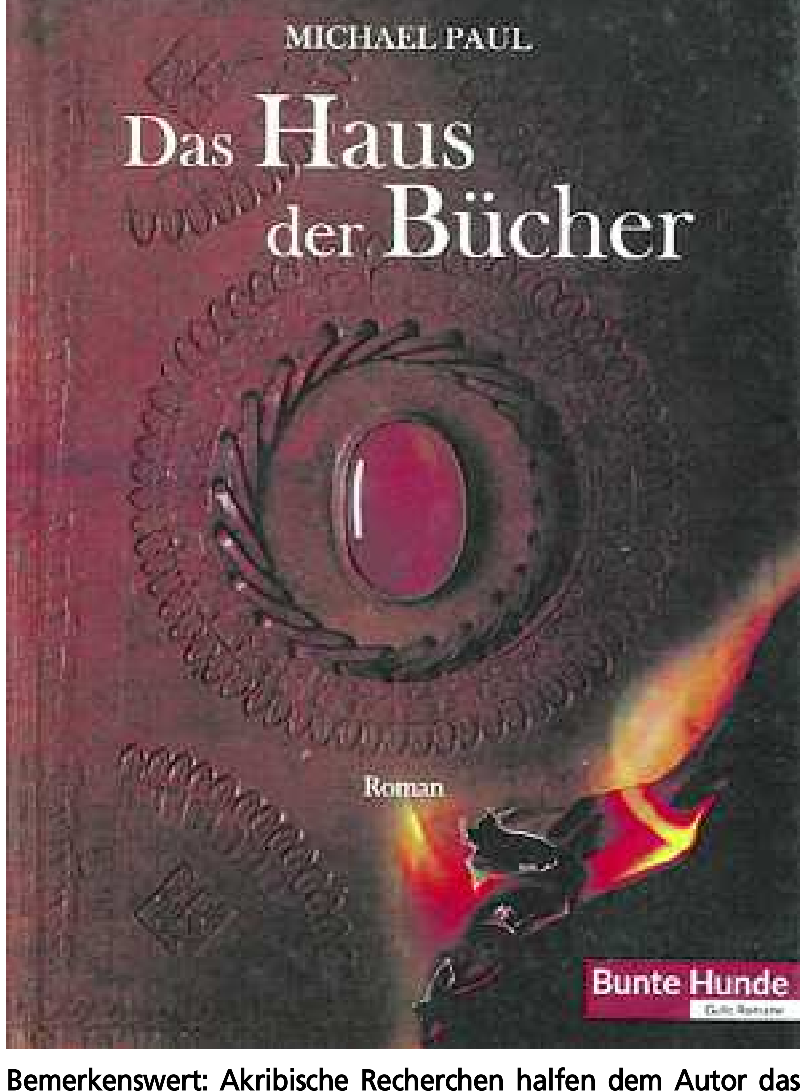
Ostpreußen-Roman über eine Buchhandlung in schwerer Zeit

Dramatische Geschehnisse rund um die traditionsreiche Königsberger Verlagsbuchhandlung Gräfe und Unzer schildert Michael Paul aus Lahr in seinem zweiten Ostpreußen-Roman mit dem Titel „Das Haus der Bücher". Es geht um die Zeit kurz nach der Machtergreifung Adolf Hitlers. Handlung und Figuren des Romans sind fiktiv, doch so oder ähnlich könnte sich die Drangsalierung der Besitzer von Verlagen und Buchhandlungen im Zuge der Gleichschaltung abgespielt haben.

Im Februar 1933 begannen diese Aktionen. Gräfe und Unzer war vor dem Zweiten Weltkrieg eine der größten Buchhandlungen Europas. Stolz nannte man sich „Haus der Bücher". Zu Beginn der Romanhandlung geraten der Inhaber von Gräfe und Unzer, Wilhelm Kirchner, seine engsten Mitarbeiter und einige Kontaktpersonen ins Visier eines brutalen SA-Mannes. Dieser ist zudem aus persönlichen Gründen rachsüchtig und willens, über Leichen zu gehen. Es geht ihm darum, das Wohlwollen des Kreisleiters zu erheischen, da er Parteikarriere in Berlin machen will.

Hauptschauplätze sind das imposante Gebäude von Gräfe und Unzer am Paradeplatz, wo das „Haus der Bücher" bis zu den schrecklichen Kriegsereignissen 1945 untergebracht war, und eine Villa im Stadtteil Maraunenhof nördlich des Oberteichs. Bis zum Tag der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 zieht sich die Schlinge um die Beteiligten und deren Kontaktpersonen immer weiter zu. Kurz darauf überstürzen sich die Ereignisse. Für den zwischen Hoffen und Bangen schwebenden Leser bedeutet dies böse Überraschungen, hat der Autor doch seinen „guten" Protagonisten mehrfach Etappensiege vergönnt, indem er sie ihrem Häscher ein Schnippchen schlagen ließ. Umso mehr empfindet man den tragischen Ausgang der Verfolgungsjagd regelrecht als „Foul". Das hinterlässt einen faden Nachgeschmack. Michael Paul war sich dessen durchaus bewusst. In seinem Nachwort entschuldigt er sich dafür und kündigt an, sich im nächsten Roman zu bessern.

Die Handlung setzt sich in einem Nachspiel Anfang der 1990er Jahre fort. Ein Geheimnis muss noch gelüftet werden. Dazu reist der Geschäftsführer des nunmehrigen Münchner Kochbuchverlags Gräfe und Unzer, Christian Heistermann, in die nun russische Stadt Königsberg. In der Stadt Immanuel Kants erinnert außer einer Replik seines Denkmals fast nichts mehr an die Hauptstadt Ostpreußens. Doch die Villa an der Wallrodstraße gibt es noch. Dort wohnt ein alter Herr, der schon immer damit gerechnet hat, dass ein Besucher aus dem Westen käme, um ihm die richtige Frage zu stellen. Und wenigstens für eine der beiden unvollendeten Liebesgeschichten hat sich Paul einen verspäteten, versöhnlichen Ausgang ausgedacht. Das Leben geht weiter: Der Buchhändler Konrad Gallinat trifft im Alter mit seiner ihm bis dahin unbekannten Tochter aus New York zusammen.



Bemerkenswert: Akribische Recherchen halfen dem Autor das alte Königsberg wiederauferstehen zu lassen Bild: Bunte Hunde Verlag

Bemerkenswert ist Michael Pauls genaue Kenntnis der Lokalitäten im alten Königsberg. Dank akribischer Recherchen hat er Orte, Straßen und die Buchhandlung mit ihren verschiedenen Abteilungen realitätsgetreu in die Handlung einbezogen. Beigegeben ist eine Fotostrecke mit Außen- und Innenansichten der Buchhandlung Gräfe und Unzer am Paradeplatz.

Von Jan Wiesemann, Vertriebsleiter Buchhandel und „Verlagshistoriker" beim Münchner Verlag Gräfe und Unzer, stammt ein Abriss zur Historie der berühmten, 1722 gegründeten Königsberger Verlagsbuchhandlung. Im Gegensatz zu den Ereignissen des Romans soll es dem damaligen Inhaber Bernhard Koch gelungen sein, sein Geschäft weitgehend vom Einfluss der Nationalsozialisten freizuhalten. In den Unterlagen des Verlagsarchivs fand Michael Paul Belege dafür, dass Koch trotz der ständigen Gefahr verbotene Bücher „unter dem Ladentisch" verkauft hat. *Dagmar Jestrzemski*

***Michael Paul: „Das Haus der Bücher"**, Verlag Bunte Hunde, Lahr 2017, gebunden, 443 Seiten, 16,99 Euro*

Völkermord in deutschen Städten

Zu: Die Vertreibung war ein Völkermord (Nr. 49)

Ob unsere Vertreibung aus den deutschen Ostprovinzen als Völkermord eingeordnet werden kann, möchte ich bezweifeln, denn dieser Begriff ist historisch doch eher mit der gewollten Tötung von Menschen verbunden. Dahingehend sind wohl eher die Bombardierungen deutscher Städte zumindest nach dem 1. Januar 1945 als solcher zu betrachten. Denn der Sieg der alliierten Streitkräfte im ersten Halbjahr 1945 stand zu dem Zeitpunkt fest.

Die Angriffe auf deutsche Innenstädte mit fast ausschließlicher und im Osten zusätzlich durch Flüchtlingstrecks vollgestopfter Zivilbevölkerung konnten auch von den alliierten Militärs nicht mehr als notwendige kriegsverkürzende Maßnahmen gerechtfertigt werden. So könnte man eher die Opfer von 1945 in Dresden (13.2.), Pforzheim (23.2.), Leipzig (10.4.) und Potsdam (14.4.), als die sowjetischen Soldaten den Angriff fast miterlebt hätten, also alle nur wenige Wochen und Tage vor Kriegsende, als gewollte schnell vollzogene Tötung möglichst vieler deutscher Menschen noch vor einem Waffenstillstand betrachten.

Das zumindest entspräche der Definition eines Völkermordes wohl eher als die Vertreibung.

Helmut von Binzer, Hamburg

Und es ward Lichteffekt

Zu: Lichteffekte und irgendetwas gegen die AfD (Nr. 47) und: Retrolampen, um Gott zu finden? (Nr. 47)

Wenn die Evangelische Kirche (EKD) über kaum Zulauf, leere Kirchen und wenig Begeisterung zur Reformationsfeier klagt, dann sollte man selbstkritisch sein und das Lamento über Politik sowie die „political correctness“ in ihren Gottesdiensten verbannen: Der Glaube zählt und keine politische Meinungsäußerung.

Bei dem Präsidenten der EKD, Herrn Bedford-Strohm, der sein christliches Kreuz vor Muslimen versteckt, hat man den Eindruck, ihm fehlt die letzte Frömmigkeit und Verinnerlichung des Glaubens. Lichteffekte, Sofagruppen und Fitnessstudios entspringen eher dem Hirn eines Reklamemanagers als eines Christen. Ebenso verwerflich ist die Fördermittelstreichung der EKD für die Nachrichtenagentur idea.

Was würde wohl Martin Luther, der stets für die Präsenz Christi eingetreten ist, zur heutigen Glaubenskrise der Kirche sagen? – Heuchler.

Günter Algner, Berlin

Zu viel Sexappeal

Zu: Bekenntnisse eines Grapschers (Nr. 49)

Man kann den Männern nicht erst Appetit machen und sich dann beschweren, wenn sie zugreifen. Wenn wir als Frauen die Aufmerksamkeit der Männer auf uns lenken und bewusst oder unbewusst entsprechende Signale aussenden, stehen wir in der Gefahr, dass das andere Geschlecht dies als eine Einladung empfinden könnte.

Unser Verhalten spielt eine wesentliche Rolle. Nicht nur, wie wir uns verführerisch schminken oder kleiden, sondern auch wie wir leben (wechselnde Männerbekanntschaften und so weiter). Wenn uns unser Schöpfer mit reichlich Sexappeal und Charme ausgestattet hat, dann heißt es ganz besonders „aufgepasst“. Das gilt selbstverständlich auch für Männer.

Was uns allgemein abhandengekommen ist, ist die Tatsache, dass wir zu wenig bis überhaupt keine Verantwortung für den Nächsten mehr übernehmen. Der Nächste ist uns egal geworden. Jeder bedient sich, wie er will, und nimmt sich das, was er will. Wenn uns das biblische Gebot „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ wieder wichtig würde, dann würde es mit dem Respekt vor dem jeweils anderen Geschlecht auch besser klappen.

Bärbel C. Hansen, Tellingstedt

Schau mich an, aber fass mich nicht an: Als Aufforderung zum Grapschen sollte freizügige weibliche Kleidung von den Männern nicht missverstanden werden Bild: Imago

Bahn frei!

Zu: Zahlen zu Zugausfällen (Nr. 51/52)

Sollen Umweltauflagen Fahrgäste gefährden? Die Politik lässt es zu, dass unser Leben zunehmend durch lautstarke und einflussreiche Minderheiten beeinflusst wird, denen gerechtes, verantwortungsbewusstes und verhältnismäßiges Handeln gegenüber braven und fleißigen Bürgern kein Anliegen ist. Wenn der Schutz von Bäumen neben Eisenbahngleisen höher geachtet wird als der Schutz von Fahrgästen vor umstürzenden Bäumen, ist dies ein Zeichen von verantwortungslosem Handeln.

Neben Autobahnen besteht laut Paragraf 9 des Bundesfernstraßengesetzes eine Anbauverbotszone von 40 Metern, die auch vor übermäßigen Lärmeinwirkungen auf Neubauten neben der Autobahn schützt. Nach meiner Beobachtung wird analog zu dieser Festsetzung der Aufwuchs neben Autobahnen laufend so niedrig gehalten, dass bei Sturm und Schneebruch ein Umstürzen von Bäumen auf die Fahrbahn nicht möglich ist.

Warum also ist ein gleichartiges verantwortungsbewusstes Handeln nicht auch zum Schutz der Fahrgäste möglich? Hat das Bundesverkehrsministerium die Einleitung einer seit Langem notwendigen Gesetzesänderung verschlafen?

Man müsste nur das Allgemeine Eisenbahngesetz so ergänzen, dass die Eigentümer der an die Eisenbahnstrecke angrenzenden Grundstücke, die mit Bäumen bewachsen sind, im Falle von Sturmschäden verpflichtet wären, für die Folgekosten zu haften. Diese Maßnahme würde dann rasch zu einer Besserung der Verhältnisse beitragen. Alternativ wäre das Anpflanzen oder das Zulassen von Baumwuchs in einem 30 Meter breiten Streifen neben dem nächsten Eisenbahngleis zu untersagen.

Menschenschutz muss in einem vernünftig und verantwortungsbewusst handelnden Staat über dem Naturschutz stehen!

Wolfgang Hendlmeier, München

Trägt Entwicklungshilfe die Mitschuld am Flüchtlings-Boom aus Afrika?

Zu: Reizthema Bevölkerungsexplosion (Nr. 46)

Das ist in der Tat ein Reizthema, weil das Thema Geburtenanstieg immer ausgeklammert wird. Hier hat unter anderem maßgeblich die katholische Kirche versagt. Sie hat jegliche Aufklärungsarbeit zur Geburtenregelung verweigert.

Kinder sind ein Segen. Das ist so. Wenn aber zum Beispiel eine vierköpfige Familie schon erhebliche Probleme hat, sich zu ernähren, wie soll das bei zehn Köpfen gelingen? Es gibt Lebewesen auf dieser Welt, die machen die Anzahl ihrer Nachkommen vom Nahrungsangebot abhängig.

Ist es so falsch, nur zwei Kinder zu haben, und denen etwas zu „bieten“, als acht, die hungern? Soweit es sich um muslimische Staaten handelt, will man ja ohnehin etwas ganz anderes erreichen. Islam als Weltreligion.

Der Klimawandel ist ganz sicher nicht der einzige Grund für die Zuwanderung nach Europa. Das andere ist eine völlig verfehlte Entwicklungspolitik von Deutschland (aber nicht nur).

Es ist völlig absurd, Indien, Brasilien und Südafrika Entwicklungshilfe zu geben. Da gibt es Staaten in Afrika, die es notwendiger haben. Die Entwicklungshilfe in Richtung Afrika ist überwiegend nicht dort angekommen, wo sie hin sollte. Sind diejenigen, die mitgewirkt haben, wirklich so ahnungslos, so blind?

Immerhin gibt es deutsche Entwicklungshilfe seit Jahrzehnten. Es wurde aber versäumt, Afrika zu helfen, eine eigene Nahrungsmittelproduktion aufzubauen. Es führt jedoch zu nichts, wenn billige Agrarprodukte nach Afrika geliefert werden. Das ist nur eine Fütterung. Diese Billigexporte zerstören die lokale Landwirtschaft. Der Import dieser billigen Ware macht die dortigen Bauern arm, weil ihre eigenen, traditionellen Produkte nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Immerhin arbeiten hier nahezu 75 Prozent als Landwirte. Ihnen nimmt man also jegliche Chance, ihre eigenen Waren zu verkaufen. Das ist nicht neu. Es fehlt der Wille, wirklich etwas dagegen zu tun. Eine Chance für deutsche Unternehmen könnten Exporte sein, die Afrika dabei helfen, im Agrarsektor effizienter zu werden.

Wo sind die klugen Afrikaner, die darauf aufmerksam machen, dass eine Flucht nach Europa (insbesondere nach Deutschland) keine Lösung ist? Dass sie in eine Welt wechseln, wo man sie eigentlich nicht will, und dass es auch dort nicht wirklich etwas umsonst gibt. Also bleiben sie weiterhin arm und fern ihrer Heimat. Warum rufen diese klugen Frauen und Männer nicht dazu auf, ihre Heimat zu „verteidigen“?

„Migration hump“ – dieser englische Begriff liegt der Beobachtung zugrunde, dass wachsende Pro-Kopf-Einkommen in Entwicklungsländern meist mit höheren Auswanderungsraten einhergehen. Steigende Pro-Kopf-Einkommen hängen oft mit einem besseren Bildungs- und Ausbildungsniveau zusammen, aber die Betreffenden finden auf den beschränkt aufnahmefähigen einheimischen Arbeitsmärkten keine angemessene Beschäftigung.

Erst wenn ein bestimmtes sozioökonomisches Entwicklungsniveau erreicht ist, werden die Auswanderungsraten wieder sinken. Ob es im Fall von Afrika zum Rückgang der Migration kommt, muss bezweifelt werden. Für den islamisch geprägten Teil wird das wohl kaum zutreffen.

Thomas Bauer vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration behauptet: „Die Ärmsten der Armen werden nicht wandern. Sie können sich das nicht leisten und haben nicht die nötigen Netzwerke und Informationen für eine solche Entscheidung.“ Wie kommt er zu dieser Feststellung? Sie ist falsch, sie ist realitätsfern. Er wäre gut beraten, sich unter „das Volk“ zu mischen.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Leserbriefe an: ***PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de**

Ein verwöhntes Raubtier

Winterbuffet macht müde Bären munter – Statt zu ruhen lebt Meister Petz richtig auf, wenn Menschen für Zufütterung sorgen

Um wilde Bären vom Nutzvieh fernzuhalten, füttern Menschen im Südosten Europas die Tiere. Abgesehen davon, dass das besonders im Winter Einfluss auf den Biorhythmus der Bären hat, kann es dann auch zu Kollisionen von Mensch und Tier kommen.

In nördlichen Breiten pflegen Braunbären im Winter ein längeres Nickerchen zu machen, meist zwei bis vier Monate lang – das schont die im Herbst angefutterten Energiereserven und lässt Ursus arctos, so die zoologisch korrekte Bezeichnung, über die an Futter armen Monate von Dezember bis März kommen.

In manchen Gegenden Europas will die Landbevölkerung es auch im Sommer sichergestellt sehen, dass die zotteligen Wald- und Wiesenbewohner den Dörfern fernbleiben. So füttern Slowenien und Teile Rumäniens ihre Bären das ganze Jahr über in der Wildnis zu, seien es Kübel gezuckerten Maises, Schlachtabfälle oder auch mal der Kadaver einer alten Kuh. Wo der Bär fernab der Dörfer angelockt wird, bieten sich zudem für zahlende Foto- und Jagdtouristen gute Ansitzgelegenheiten, während örtliche Schafhalter und Bienenzüchter aufatmen dürfen, wenn der Bär bereits in Wald oder Karstgebirge satt wird.

In Slowenien, mit rund 450 Bären ein erster Brennpunkt südosteuropäischen Bärenlebens auf der langen Route von den Dinariden bis nach Griechenland, hat das ganzjährige künstliche Nahrungsangebot allerdings einen ungewollten Nebeneffekt heraufbeschworen: Die Bären verlassen im Winter ihre Höhlen, um sich selbst dann noch am menschengemachten Buffet gütlich zu tun, wenn sie eigentlich auf der faulen Haut liegen müssten. Sie verkürzen ihre Winterruhe deutlich, wie Forscher der Universität Laibach (Ljubljana) herausfanden.



Muss nicht Hunger leiden: Braunbär im Zoo von Laibach Bild: Althoetmar

„In Slowenien hielten Bärinnen im Schnitt 82 Tage Winterruhe, männliche Bären 57 Tage – was 45 beziehungsweise 56 Prozent kürzer war, als den Breitengraden nach zu erwarten gewesen wäre“, heißt es in der Studie der Forscher. 61 Prozent der slowenischen Bären verließen während der Winterruhe auch mindestens einmal ihren Bau, um die künstlichen Futterstellen aufzusuchen.

Die Wissenschaftler hatten für ihre Untersuchung 33 Bären mit GPS-Halsbändern besendert. Die Tiere waren zuvor mit Schlingen gefangen oder per Betäubungsgewehr sediert worden. Über vier Jahre hinweg wurden die Aufenthaltsorte via Satellitendaten quer durch den Südwesten Sloweniens verfolgt und Bewegungsprofile erstellt.

Das Team um den slowenischen Wildbiologen Miha Krofel verglich anschließend die in Slowenien ermittelten Winterruhezeiten mit Daten älterer Studien zu anderen Braunbärpopulationen auf dem Globus. Braunbären gibt es außerhalb Europas auch in Nordamerika, in der Türkei und im Nahen Osten, in Sibirien, im Fernen Osten, in China und Teilen Zentralasiens. Die Zahlen zeigten, dass die Dauer der Winterruhe mit den Breitengraden nach Norden hin zunimmt. Mit jedem Breitengrad weiter nordwärts verlängerte sich die Winterruhe der Bären durchschnittlich um drei Tage. In südlichen Verbreitungsgebieten kann die Winterruhe ganz ausfallen. Neben den Bärenpopulationen Sloweniens fielen sonst nur die Braunbären der Kodiak-Insel vor der Küste Alaskas mit sehr kurzer Winterruhe aus dem empirischen Rahmen. Der Grund: Die Bären profitieren dort von einem großen Lachsangebot im Winter.

Die Winterruhe ist kein Winterschlaf wie der von Fledermäusen oder Igeln. Bären reduzieren während dieser Phase lediglich Herzschlag, Atemfrequenz und – um vier bis fünf Grad – die Körpertemperatur. Weibliche Tiere, deren Winterruhe der Studie zufolge im Mittel zehn Tage länger dauert als die der männlichen Artgenossen, gebären zudem während dieser Zeit.

Bären sind Allesfresser und Opportunisten, die nehmen, was sich bietet. Meister Petz ist nach dem Eisbär das größte Landraubtier, und doch ist seine Kost bis zu 80 Prozent pflanzlich. Im Frühjahr sieht man sie grasen, mal auch ein Rehkitz oder Lamm schlagen, im Sommer und Frühherbst suchen sie nach Beeren, Wurzeln, Insekten und Nüssen, gegen Winterende sind ihnen Aas und geschwächte Tiere willkommen. Im Herbst ist ihr Appetit besonders groß, der Winterspeck will angesetzt sein. In dieser Hyperphagie genannten Phase der Fresssucht plündert der Bär gerne Felder, bricht Bienenstöcke auf und reißt junges Vieh oder durchwühlt Abfälle.

Braunbären sind auf dem Erdball sehr weit verbreitet. Ihr Vorkommen reicht vom Nordwesten Amerikas bis nach Russisch-Fernost, vom Iran bis in den Himalaya, nach China und auf Japans Insel Hokkaido, von Skandinavien bis nach Griechenland, von der Türkei bis nach Syrien und in den Kaukasus.

Die slowenische Studie ist die erste, die den Effekt der Zufütterung von Braunbären untersucht hat. Über das Jahr gesehen macht das spendierte Korn in Slowenien ein gutes Drittel der Bärennahrung aus, wie Kotanalysen ergaben. 21 Prozent der Nahrung entfielen auf Insekten, 18 Prozent auf die Mast vor allem mit Buchekkern, 16 Prozent auf Früchte und sieben Prozent auf das Fleisch von Paarhufern wie Reh, Hirsch oder Gams. Der Kot im Winter indes bestand zu 100 Prozent aus verdautem Mais. Und: Alle Bären nutzten das ganze Jahr über das angebotene Zusatzfutter.

Ein weiterer Befund der Forscher: Drei Viertel der Bären schliefen im Winter in Höhlen, die anderen nutzten Felsspalten, einer ruhte unter einem Asthaufen. Die längste Winterruhe gönnten sich die Höhlenbewohner.

In Slowenien, wo jedes Jahr an die 100 Bären zum Abschuss freigegeben werden, ist die Zufütterung von Braunbären schon seit einem Jahrhundert Praxis. Die Forscher sehen das Extrafutter im Winter kritisch, weil es das Risiko von Kollisionen zwischen Bär und Mensch erhöhe. Andererseits verbessere die Zufütterung die Überlebensrate von Bären. Die Populationen werden damit künstlich hochgehalten.

Winterruhe verkürzt sich um die Hälfte

Gleichwohl halte das Extrafutter die Bären aber in der Regel von menschlichen Siedlungen ab. Die Forscher plädieren daher dafür, die Fütterungen nur während der Wintermonate einzustellen. Wo es in Bärengebieten Winterfütterungen von Huftieren gebe, solle nur Futter angeboten werden, das Bären nicht annehmen – für Heu statt Mais verlässt kein Bär seine Winterhöhle.

Kai Althoetmar

Er nagt an der Geduld

Der Biber macht sich gegenwärtig in Brandenburg wenig Freunde

Der Biber war bei uns fast ausgestorben. Doch strenge Schutzmaßnahmen und Wiederansiedlungen haben den possierlichen Nager wieder heimisch gemacht, und er vermehrt sich prächtig. Das freut Naturschützer. Doch so mancher Landwirt, Fischer, Deichbauer oder Anwohner teilt diese Freude nicht. Denn der Biber vernichtet Baumbestände, unterhöhlt Deiche, überschwemmt Straßen, Felder, Wiesen und lässt Keller volllaufen.

Besonders dramatisch ist die Situation in Brandenburg. Dort schreckt das Nagetier selbst vor einem Weltkulturerbe nicht zurück. So haben Biber im Schlosspark Sanssouci in Potsdam vor einigen Wochen Schäden in Höhe von 100 000 Euro verursacht. Mit Schlamm und Ästen haben sie Parkgewässer angestaut und für Überschwemmungen gesorgt. Auch 300 Jahre alte Bäume wurden angenagt, Zierpflanzen vernichtet und Uferzonen unterhöhlt. Die schwankenden Wasserstände gefährdeten sogar einige historische Gebäude wie die Römischen Bäder und das Chinesische Haus.

Mittlerweile wurden die Nager eingefangen und in den Templiner See zwischen Potsdam und Caputh umgesiedelt. Dort können sie sich sogar ins gemachte Nest setzen, wird ihnen doch das neue Zuhause mit einer künstlichen Biberburg schmackhaft gemacht. Die Kosten für die Umsiedlung belaufen sich auf 35 000 Euro. Ein Sicherheitszaun soll eine erneute Einwanderung der Biber in den Park verhindern.

Auch an anderen Orten in Brandenburg greifen Betroffene zu drastischen Maßnahmen. So wurden im Schlosspark Steinöfel im Seenland Oder-Spree 300 Bäume mit Maschendraht umwickelt, damit der Biber sie nicht fällen kann. Im Oderbruch im Osten Brandenburgs werden an der Oder in Deichabschnitte stählerne Spundwände eingebacht, um eine Unterhöhlung zu verhindern. Auch dürfen die Tiere in begründeten Fällen abgeschossen werden. Vom 1. Oktober 2016 bis 15. März 2017 wurden insgesamt 22 Biber im Oderbruch getötet, teilte ein Sprecher des Landkreises Märkisch-Oderland mit.

Das Oderbruch, Deutschlands größter eingedeichter Flusspolder, ist bei den intelligenten Wasserbaumeistern besonders beliebt. 1600 Tiere, mehr als ein Drittel der Brandenburger Biber, sollen dort aktiv sein. Vor allem an den Deichen machen sie sich zu schaffen. Doch die sind wichtig für den Hochwasserschutz. Und so kochen in manchen Orten die Gemüter ziemlich hoch, denn noch immer sitzen die Erinnerungen an die letzten Oderhochwasser tief, und die Wunden sind noch immer nicht ganz verheilt. Auch die Oderbuch-Bauern leiden unter der Bautätigkeit des fleißigen Nagers, werden doch ihre Äcker durch angestautes Wasser überschwemmt. Die Schäden gehen in die Millionen.



Sorgt für Unmut: Biber an den Uckermärkischen Seen Bild: ddp

Um dem Biberproblem entgegenzuwirken, hat die Brandenburger Landesregierung eine Verordnung erlassen, die den Umgang mit dem Nagetier regeln soll. Zudem werden ehrenamtliche Biberberater eingesetzt. Sie sind Ansprechpartner, sollen Konflikte entschärfen und Daten über die geschützten Tiere sammeln. Mit dem Versuch, den Biberschutz zu lockern, scheiterte Brandenburg bisher bei der Bundesregierung, die auch ohne die Grünen grüne Politik betreibt. *Barbara Eising*

Bitte lächeln

Die Mimik der Delfine sagt nichts über ihren Gemütszustand aus

Sie sind die Dauerlächler der Meere. Dabei können sie auch mies gelaunt sein. Das Lächeln der Delfine kommt uns nur so vor, denn die Tiere können ihre Gesichtsoberfläche nicht sichtbar bewegen. Das scheinbare Lächeln im Gesicht der Meeressäuger ist eine Irreführung der Natur. Fasziniert haben sie uns auch deshalb schon immer.

In der Antike galten die Tiere sogar als heilig. Und viele Menschen träumen auch heute davon, einmal mit ihnen im Meer schwimmen zu dürfen. Sichtlich Spaß macht es ihnen, wenn sie aus dem Meer springen und auf den Bugwellen der Schiffe reiten. Dabei schaffen sie bequem 25 Kilometer pro Stunde. Im „Sprint“ können sie sogar bis zu 90 Kilometer die Stunde schnell sein.

Als Säugetiere beträgt ihre Körpertemperatur wie beim Menschen etwa 37 Grad Celsius. Sie gehören zur Ordnung der Wale, genauer zur Unterordnung der Zahnwale. Es gibt 26 Arten, die man zur Delfinfamilie rechnet, wobei der „Große Tümmler“ der bekannteste ist. Die Tümmler werden weltweit in Delfinarien gehalten, wo sie Kunststückchen lernen und vor Publikum vorführen. Diese wenig artgerechte Tierhaltung in kleinen Bassins wird seit Jahren heftig kritisiert.

Forscher sagen, dass sich das Leben aus dem Meer entwickelt hat. Viele Tiere, die zunächst im Wasser lebten, entwickelten sich im Laufe der Jahrmillionen zu Landtieren. Beim Delfin ist es genau umgekehrt. Seine Vorfahren waren auf dem Land lebende Säugetiere. Sie gingen vor Millionen Jahren wieder zurück ins Meer.

Die Meeressäuger sind dank ihres stromlinienförmigen Körpers perfekte Schwimmer. Durch das Blasloch auf ihrem Kopf atmen sie und müssen deshalb immer wieder an die Wasseroberfläche, um Luft zu holen.

Sie können 1,5 bis vier Meter lang werden und gebären Junge, die vier Monate lang von der Muttermilch ernährt werden. Echolaute von sich zu geben und zu orten, wo sich Nahrung befindet. Es handelt sich dabei um spezielle Klicklaute, die wir Menschen nicht wahrnehmen können.

Ansonsten verständigen sich die geselligen Tiere, die in Gruppen beziehungsweise „Schulen“ leben, untereinander mit Pfiffen, Trillern, Quietschen und Plappern. Ihr Gehör- und Geruchssinn ist sehr gut entwickelt, und wegen ihres recht großen Gehirns rech-



Bild: Imago

Das Lächeln ist ihr Schicksal: Menschen lieben deshalb Delfine

Danach beginnen sie, normale Nahrung zu sich zu nehmen, die hauptsächlich aus Fischen und Tintenfischen besteht.

Delfine sind geschickte Jäger. Bei der Jagd nach Nahrung umkreist oft eine ganze Gruppe einen Fischschwarm und zingelt ihn ein. Jedes Tier hat dann eine bestimmte Aufgabe. Ganz besonders hilfreich ist den Delfinen auch ihr Echoortungssystem. Sie besitzen auf dem Kopf eine runde Wulst, die man Melone nennt. Dieses Organ ermöglicht ihnen, net man Delfine zu den intelligentesten Tieren. Ihre enge soziale Bindung untereinander zeigt sich daran, dass sie versuchen, verletzten Tieren zu helfen.

Immer häufiger lassen Eltern ihre kranken Kinder an Küsten oder in Delfinarien mit den Delfinen schwimmen. Die Tiere sind dann so etwas wie Therapiehelfer zur Entspannung. Ob sie sich dabei selbst entspannen oder es für sie eine Stresssituation bedeutet, sieht man ihnen nicht an. Sie lächeln ja nur. *Silvia Friedrich*

Linksradikalenbekämpfung aus der Sicht eines Linken

Der Titel des Buches „Mit aller Härte. Wie Polizei und Staatsschutz Linksradikale jagen“ verrät bereits die politische Position des Verfassers: Er ist dem linken Spektrum zuzuordnen. Er beschreibt die ihm sympathischen Gutmenschen, die aus Kritik am kapitalistischen System der Bundesrepublik Deutschland Anschläge auf Polizeifahrzeuge, Bundeswehranlagen, Autohäuser, Behörden oder Supermärkte verüben. Nicht so sympathisch scheinen Polizei, Landes- und Bundeskriminalämter sowie der Verfassungsschutz in Bund und Ländern, die mit unterschiedlichem Erfolg und erheblichem technischen Einsatz die linksradikalen Täter jagen.

Brunner beschäftigt sich hauptsächlich mit den Aktivitäten einer linksradikalen Gruppierung namens „militante Gruppe“. Die Jahre ab 2000 sind überwiegender Schauplatz von Szenebezirken Berlins wie Kreuzberg, Friedrichshain, Wedding und auch das Märkische Viertel in Reinickendorf. Neben Namen von Fahndern und Verdächtigen gibt es zwei Hauptpersonen: einmal den ehemaligen Jungsozialisten und Mitarbeiter im „Roten Antiquariat“, der bedeutendsten Buchhandlung der linken Szene in Berlin, Oliver Rast, Jahrgang 1972, und den zwielichtigen Andrej Holm, der ursprünglich nach den Berliner Wahlen von der Bausenatorin Katrin Lompscher als Staatssekretär benannt, aber aufgrund seiner DDR-Vergangenheit und den Aktivitäten im linksradikalen Milieu nach der „Wende“ kurzfristig entlassen wurde. Er dient heute als Berater der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

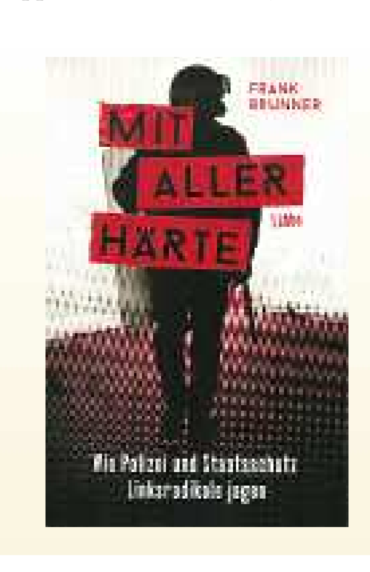
Für seine Recherchen zog der Autor zahllose Quellen heran: Zeitungsartikel, Gespräche mit Fahndern und Kriminalbeamten sowie Angehörigen der linken und linksradikalen Szene – gewissermaßen Zeitzeugen –, Auswertungen von Ermittlungsakten, protokollierte Aussagen von Kriminalbeamten und Verfassungsschützern sowie Protokolle von Gerichtverhandlungen. Brunner gelang es, an inhaltliche Auswertungen von operativen Maßnahmen heranzukommen: E-Mail-Observation, Telekommunikationsüberwachungen oder Auswertungen von Videoaufzeichnungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Diese Vielfalt spiegelt sich in den Texten wider. Zahlreiche Schauplätze sowie die Namen vieler Beteiligter aus der Szene und den Fahndungsbehörden muss der Leser sich ordnen, bis er den roten Faden „militante Gruppe“ und auch Eckfiguren wie Horn erkennt.

Viele Mitglieder der militanten Linken gehen normalen Berufen nach wie etwa Krankenpfleger und führen ein Doppelleben. Rast studierte nach dem Abitur Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Dieses Institut galt bis in die 90er Jahre als Ideenschmiede für die linksextreme Bewegung. Hier war Rast im Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) tätig, der in jenen Jahren ein strategisches Zentrum der Linksextremen war. In den Zeiten, in denen er nicht im Untergrund tätig war oder eine längere Haftstrafe absaß, arbeitete er im „Roten Antiquariat“ und ließ sich zum Buchhändler ausbilden. Während seiner jüngsten Haftzeit von 2011 bis 2014 gründete er in der JVA Tegel eine Gefangenengewerkschaft. Sie forderte einen Mindestlohn für arbeitende Gefangene und deren Einbeziehung in die Rentenversicherung. Am 17. September 2016 erhielt sie den Menschenrechtspreis der Humanistischen Union Deutschlands.

Holm befindet sich seit 2007 im Visier der Fahnder. Seine mehrdeutige Rolle bis zu seiner Entlassung als Staatssekretär wird dargestellt. Das Selbstverständnis der Gruppe um Rast war und ist, dass ihre Anschläge wie das Abfackeln von Autos und Lastwagen auf Bundeswehreinrichtungen und Firmen Angriffe auf Teile des kapitalistischen Repressionsapparates sind.

Eine klammheimliche Freude schimmert durch, wenn die Fahndungsbehörden ins Leere laufen, dieses sieht Brunner auch im Fall der NSU. Für Kenner der Szene ist es nicht überraschend, und trotzdem muss es einkalkuliert werden. Die Unterstützung des Linksradikalismus ragt deutlich in bestimmte Eliten der Gesellschaft hinein. Zu nennen sind Berufsfelder wie Sozialpädagogen, Mediziner, Anwälte, Psychologen oder auch Lehrer. Hier existieren Netzwerke mit politischen Gruppierungen im Bereich der Linken. Für den normalen Bürger kann es beruhigend wirken, dass die Strafverfolgungsbehörden des demokratischen Staates aus zweifellosen Pannen und Fehleinschätzungen Schlussfolgerungen ziehen.

Das Buch kann ein „Erfahrungsbericht“ für Leute sein, die ihre Vision vom Sozialismus oder Kommunismus über abgefackelte Autos oder geplünderte Supermärkte erreichen möchten, um damit die Welt verbessern zu wollen. Ansonsten sollte man an die Lektüre mit fragender und auch kritischer Distanz herangehen, wie sich offensichtlich intelligente Menschen derartige Orientierungen suchen. *Karlheinz Lau*



***Frank Brunner: „Mit aller Härte. Wie Polizei und Staatsschutz Linksradikale jagen“**, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2017, broschiert, 252 Seiten, 15 Euro*

Höchst lesenswert

Während weltfremde deutsche Politiker noch davon faselten, dass die Flüchtlingswelle keine Terroristen nach Europa spüle, traf der junge kurdisch-syrische Journalist Masoud Aqil sofort nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik auf Kämpfer des Islamischen Staates, die hier abtauchen und Anschläge vorbereiten wollten. Das enthüllt er jetzt in dem höchst lesenswerten Buch „Mitten unter uns“, dessen Aussage in dem Satz gipfelt: „Es sind mehr islamistische Terroristen in diesem Land, als wir ahnen.“

Ein Kurde findet klare Worte

Außerdem schreibt Aqil über die 280 Tage, die er selbst als Gefangener des IS durchlitt. Die während dieses Martyriums gemachten Erfahrungen nutzt der Journalist inzwischen, um die deutschen Sicherheitsbehörden bei der Suche nach terroristischen Schläfern zu unterstützen und sich dergestalt für das ihm gewährte Asyl zu bedanken. Leider lässt das Beispiel des kompletten Staatsversagens im Falle des Berlin-Attentäters Amri befürchten, dass auch solche wertvollen Hilfeleistungen kaum zu mehr Sicherheit führen. Aber das ist nicht die Schuld von Menschen wie Aqil, die ihr Leben riskieren, um die fatalen Folgen der irrwitzigen Migrationspolitik von Merkel und Co. abzumildern, wofür ihnen höchster Respekt gebührt.

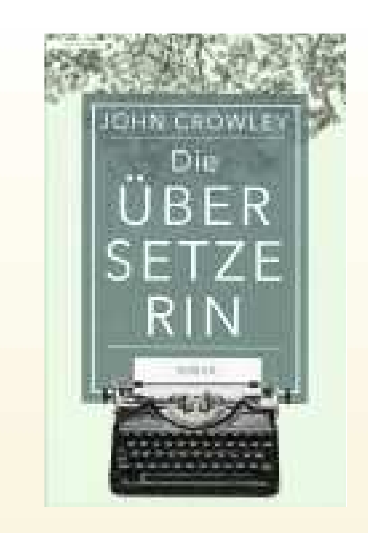
Den verdient der Kurde zudem auch für seine klaren Worte über den Journalisten Jürgen Todenhöfer und dessen Reise ins Herrschaftsgebiet des IS: Todenhöfers Polemik gegen die Nahostpolitik der USA habe dazu geführt, dass der IS ihn als Propagandawerkzeug benutzen konnte. Ebenso mutig ist Aqils Kritik an der bodenlosen Inkompetenz der Dienste hierzulande, denen die Überwachung islamischer Gefährder obliegt. *Wolfgang Kaufmann*



***Masoud Aqil: „Mitten unter uns. Wie ich der Folter des IS entkam und er mich in Deutschland einholte“**, Europa-Verlag, Berlin 2017, gebunden, 255 Seiten, 18,90 Euro*

Liebe und Kuba-Krise

Der US-Schriftsteller und Drehbuchautor sowie Dozent der Yale Universität, John Crowley, lässt seinen neuen Roman „Die Übersetzerin“ während der Kuba-Krise spielen. Die junge Studentin Christa Malone trifft auf den geheimnisvollen „Dichter“ Innokenti Issajewitsch Falin, dessen Lyrik die junge Frau derart fasziniert, dass sie Russisch lernt, um dann gemeinsam mit ihrem Idol – und Liebhaber – dessen Werke zu übersetzen. Der Leser muss zwischen den Zeilen lesen, um eine Verbindung zwischen der Kuba-Krise mit dem plötzlichen Verschwinden des Dichters zu ziehen. Insgesamt fehlt dem Roman ein Spannungsbogen. *MRK*



***John Crowley: „Die Übersetzerin“**, Golconda Verlag, München 2017, gebunden, 348 Seiten, 22,90 Euro*

Genie in einer globalisierten Computerindustrie

Ohne PayPal gäbe es kein Tesla, kein SpaceX, kein LinkedIn, kein YouTube und vielleicht auch kein Facebook. Peter Thiel mögen nur wenige IT-Experten kennen, aber sein Werdegang ist äußerst beeindruckend, auch seit er Politikberater von Donald Trump ist. Thiel stellt die klassischen Denkweisen und Institutionen infrage.

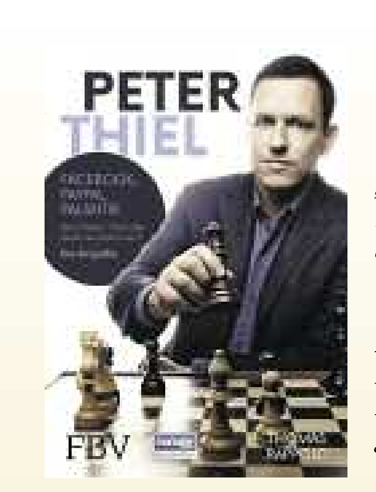
Thomas Rappold, selbst IT-Unternehmer, hat eine ebenso interessante wie aufklärende Thiel-Biografie geschrieben. Thiels Motto ist: „Nur wer bereit ist, Risiken einzugehen, gerade auch gegen-über einer erdrückenden Konsensmehrheit, kann zu den Gewinnern gehören.“ Er hat Philosophie studiert. Daran hat sich ein Jura-Studium angeschlossen und eine Anwaltstätigkeit.

Thiel zählt im Silicon Valley zu den größten technologischen und intellektuellen Vordenkern. Als Gründer des Bezahldienstes PayPal, der geheimnisumwitterten Big-Data-Firma Palantir und als erstem großen Investor in Facebook gelang es ihm, gleich drei globale Unternehmen maßgeblich zu prägen. Er fördert begabte junge Leute, die eine Unternehmensgründung einem Studium vorziehen, und bezahlt ihnen fürs Nichtstudieren 100 000 Dollar.

Thiel warnt: „Gerade die Mittelschicht, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Finanzierung der Sozialsysteme der westlichen Welt so wichtig ist, fühlt sich durch die beiden Megatrends Globalisierung und Digitalisierung in eine Art Schwitzkasten genommen, der ihnen kaum noch Luft zum Atmen lässt.“ Er befürchtet, dass sich dieses gesellschaftliche Phänomen möglicherweise gewaltsam entlädt als eine „Art Aufstand des Volkes wie zu Zeiten der Französischen Revolution.“

Das Buch gibt gut fundierte Einblicke in die Entwicklung von Computerindustrie und Internetunternehmen.

Die Lektüre fasziniert, zeigt aber auch, dass Genies fehlbar sind und mitunter auch Opfer eines dominanten Zeitgeistes sein können. *Wolfgang Thüne*

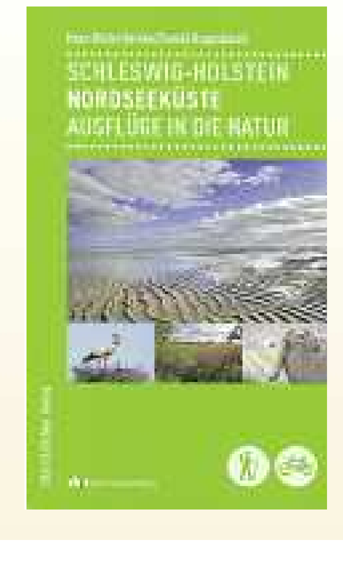


***Thomas Rappold: „Peter Thiel. Facebook, PayPal, Palantir. Wie Peter Thiel die Welt revolutioniert – Die Biographie“**, Finanzbuch Verlag, München 2017, gebunden, 336 Seiten, 19,99 Euro*

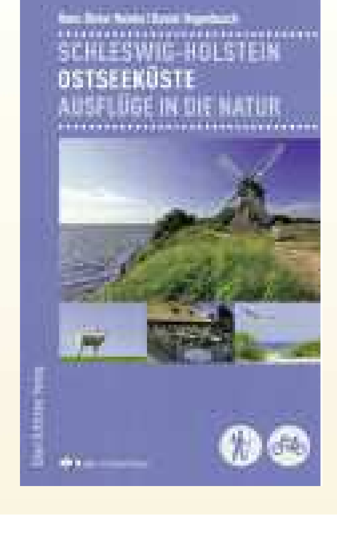
Natur an Nord- und Ostsee erkunden

Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, hat außer wunderschönen Stränden jede Menge Attraktionen und vor allem Natur pur zu bieten. Um die Schönheiten des nördlichsten Bundeslands entdecken zu können, hat der Hamburger Ellert & Richter Verlag zwei Reiseführer herausgegeben, die neben Sehenswürdigkeiten viele Tipps zur Freizeitgestaltung bereithalten.

Wie der Untertitel „Ausflüge in die Natur“ schon sagt, geht es in erster Linie um Aktionen an der frischen Luft. Zu Fuß oder per Rad wird der Leser zu Steilufern, Fischerhütten, Museen oder zu Naturschutzgebieten geführt, wo man zum Beispiel Vögel beobachten kann. *M. Rosenthal-Kappi*



***Hans-Dieter Reinke/Daniel Hugenbusch: „Schleswig-Holstein. Nordseeküste. Ausflüge in die Natur“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2017, broschiert, 144 Seiten, 9,95 Euro*



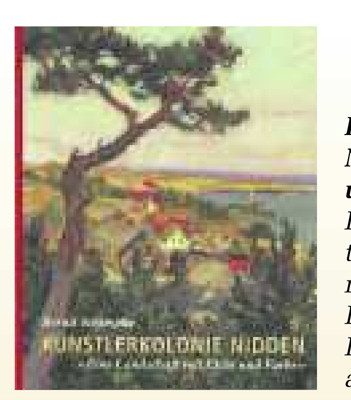
***Hans-Dieter Reinke/Daniel Hugenbusch: „Schleswig-Holstein. Ostseeküste. Ausflüge in die Natur“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2017, broschiert, 176 Seiten, 9,95*

Wie eine Düne, die herausragt

Als Cote d'Azur Ostpreußens könnte man die Kurische Nehrung auch bezeichnen. So wie Renoir, Matisse oder Picasso die Farben der französischen Mittelmeerküste in ihren Werken einfingen, so haben deutsche Maler Licht und Dünenlandschaft der Nehrung für sich entdeckt. Anfang des 20. Jahrhunderts hatte sich in Nidden eine Künstlerkolonie gebildet, von der wichtige Impulse für die moderne deutsche Kunst ausgingen.

In seinem prächtigen Kunstband „Künstlerkolonie Nidden. Eine Landschaft voll Licht und Farbe‘“ veranschaulicht Bernd Schimpke in Text und Bild, welche Faszination die Nehrung auf Maler wie Max Pechstein, Carl Schmidt-Rottluff und Carl Knauf oder auch auf den Schriftsteller Thomas Mann, der in Nidden ein Sommerhaus besaß, ausgeübt hat. „Die Farbenpracht ist unvergleichlich, wenn der Osthimmel das Feuerwerk des westlichen widerspiegelt“, schwärmte Mann in einem in dem Buch abgedruckten Vortrag und sprach vielen Künstlern damit wohl aus dem Herzen. Die vielen Farbabbildungen im Buch illustrieren seine Worte eindrucksvoll.

Autor Schimpke, der eine der größten Privatsammlungen mit Werken Carl Knaufs besitzt – eine Ausstellung seiner Bilder läuft noch bis 6. April im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg –, hat sein Buch mit informativen historischen Landkarten, Erinnerungen von Bewohnern und Malern Niddens, einem Künstler-Verzeichnis sowie einer auf Litauisch und Englisch verfassten Zusammenfassung für eine internationale Leserschaft bereichert. Dieser einmalige Kunstband ist wie die Hohe Düne bei Nidden mit ihren 52 Metern: Beides ragt heraus. *Harald Tews*



***Bernd Schimpke: „Künstlerkolonie Nidden. ‚Eine Landschaft voll Licht und Farbe‘“**, Schimpke Kunstverlag, Hamburg 2017, gebunden, 224 Seiten, 34,90 Euro. Das Buch ist nur direkt zu beziehen beim Schimpke Kunstverlag, Arndtstraße 7, 22085 Hamburg, Bestellungen per E-Mail an: schimpke@baltictravel.de*

MELDUNGEN

Drohbrief an Linksextreme

Berlin – In einem Brief an linksextreme Treffpunkte in Berlin droht ein bislang unbekanntes „Zentrum für politische Korrektheit“ Namen, Adressen und in 18 Fällen sogar Fotos von mutmaßlich gewalttätigen Linksextremisten an rechte Gruppen oder die Polizei weiterzugeben. Linke Kreise behaupten, die Daten könnten teilweise nur aus Polizeiakten stammen. Linksextreme hatten zuvor Berliner Polizeibeamte in ähnlicher Weise persönlich an den Pranger gestellt. *H.H.*

Thilo Sarrazin: NetzDG bald tot

Berlin – Thilo Sarrazin glaubt, dass das umstrittene „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ („NetzDG“) von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) schon zur Jahresmitte wieder abgeschafft wird. Dies sagte er der „Bild“-Zeitung. Ein sieben Jahre alter Tweet von Maas gegen Sarrazin war kurz zuvor gelöscht worden, wohl ausgerechnet wegen des NetzDG. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein Idol kämpft gegen Foulspiel

Franz Beckenbauer als Kanzler? Kaum vorstellbar. Anders als in Afrika, wo sich ein Fußballidol ins höchste Staatsamt gedribbelt hat. Im westafrikanischen Liberia wurde der frühere Stürmerstar **George Weah** mit großer Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt. Er löst Friedensnobelpreisträgerin Ellen Johnson Sirleaf ab, gegen die er 2005 vergeblich angetreten war und die nach zwei Amtsperioden nicht mehr kandidieren durfte.

Der aus einem Elendsviertel der Hauptstadt Monrovia stammende Weah war von 1988 bis 2001 ein Star in europäischen Fußballclubs. Mit AS Monaco, Paris St.-Germain, AC Mailand und FC Chelsea errang er nationale Meisterschaften. Obwohl er nie einen großen internationalen Titel holte, wurde er 1995 als erster Afrikaner Weltfußballer des Jahres.

Die Liberianer nennen ihr Vorbild, das von ganz unten den sozialen Aufstieg schaffte, „König George“. Nach der mit 61 Prozent gewonnenen Wahl kann sich Weah



tatsächlich wie ein König fühlen. Dass der 51-Jährige politisch noch zu grün um die Nase ist, um die kränkelnde Wirtschaft anzukurbeln, um das nach der Ebola-Krise mit 5000 Toten immer noch marode Gesundheitssystem aufzubauen und um die Vetternwirtschaft im Lande zu bekämpfen, schien keine Rolle gespielt zu haben. So wie sich Weah als Fußballer zum Erfolg gekämpft hat, so will er es auch als Politiker tun. Dafür hatte er mit 40 Jahren das Abitur nachgeholt und in den USA einen Uni-Abschluss in Betriebswirtschaft gemacht.

Einen Makel hat der Hoffnungsträger: Als Vizepräsidentin will er Jewel Howard-Taylor berufen. Sie ist die Tochter des Ex-Präsidenten Charles Taylor, der in England als verurteilter Kriegsverbrecher wegen seiner Rolle als Warlord im Bürgerkrieg mit 250 000 Toten 50 Jahre Haft absitzen soll. Auf dem Platz galt Weah als fairer Spieler. Als Politiker darf er sich aber erst recht kein Foul leisten. *H. Tews*



Standbild Januar

Reißt euch zusammen!

Was weiße und schwarze Städte unterscheidet, warum Zusammenhalt jetzt so wichtig ist, und was der »Kika« alles kann / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Aufregung kam nicht von ungefähr: Ein AfD-Mann, der einige Jahre in Paris und London gelebt hatte und nun wieder in Deutschland weilt, hat sich zu der Behauptung verstiegen, im Vergleich zu Berlin seien die westeuropäischen Hauptstädte „schwarze Städte“. Er selbst sei wegen seines blondnordischen Aussehens an Seine und Themse sogar „attackiert worden“.

Damit spielte der Kerl nicht bloß auf den hohen Anteil Dunkelhäutiger an der Bevölkerung der benachbarten Metropolen an, er erachtet dies offenkundig auch als irgendwie nachteilhaft, was schlicht rassistisch ist.

Entsprechend heftig fielen die Reaktionen aus: Einen „widerlichen und unerträglichen Ausfall“ nannte ein SPD-Spitzenpolitiker die kaum verhohlene Kritik an angeblich zu vielen Dunkelhäutigen, von "Nazipropaganda“ sprach ein Grüner, „völlig inakzeptabel“ und „demokratiefeindlich“ fand eine von dessen Parteifreundinnen das Zitat mit den „schwarzen Städten“.

Ein dunkelhäutiger Promi gab sich eher belustigt und ätzte gegen den AfD-Heini: „Dem kleinen Weißbrot scheint einfach zu wenig Beachtung geschenkt worden zu sein, anders lässt sich sein Verhalten nicht erklären.“ Was haben wir uns beölt! „Kleines Weißbrot“, hähää!

Was jetzt? Sie haben von dem ganzen Zirkus gar nichts mitbekommen? Doch, haben Sie, nur lief die Chose geringfügig anders ab: Ein dunkelhäutiger Promi war es, der meinte, dass Berlin im Vergleich zu London oder Paris eine „weiße Stadt“ sei, was er in direkten Zusammenhang mit rassistischen „Attacken“ gegen ihn in der deutschen Hauptstadt brachte. „Weiße Stadt“ war also durchaus als Kritik gemeint.

Darauf verstieg sich der Mitarbeiter eines AfD-Bundestagsabgeordneten dazu, den Promi als „kleinen Halbneger“ zu verspotten. Gelacht hat niemand, weil es auch nichts zu lachen gab. „Kleiner Halbneger“ ist rassistisch, Punkt, aus. Selbst wenn „Neger“ einstmals eine „normale“ Bezeichnung für Schwarze gewesen sein mag, dass sie es heute noch ist, darf bezweifelt werden. Kombiniert mit „halb“ und „klein“ ist die Beleidigung jedenfalls perfekt.

Was aber auffällt: Dass jemand den hohen Anteil von Weißen an der Bevölkerung einer europäischen Metropole als Defizit brandmarkt, war niemandem ein kritisches Wort wert. „Zu viele Weiße hier“ geht demnach völlig in Ordnung. Ein öffentlicher Hinweis auf angeblich zu viele Dunkelhäutige an einem Ort hätte dagegen den eingangs ersponnenen Aufruhr mit absoluter Sicherheit nach sich gezogen.

Wie dem auch sei, wir haben ohnehin Wichtigeres zu tun und müssen in die Zukunft blicken. Die Losung des Jahres gab unsere Bundeskanzlerin aus. Angela Merkel mahnt „mehr Zusammenhalt“ in der Gesellschaft an. Das tun Herrschende immer, wenn sie spüren, wie ihnen das Wasser am Hals hochkriecht. Die eigentliche Botschaft dahinter lautet: Lasst das mit dem Kritisieren und dem Opponieren doch mal sein, vereint euch und scharrt euch brav und einträchtig hinter eurer Führung, also hinter mir.

> Die FDP will ja auch zu den »Vereinigten Staaten von Europa«. Die Leute sollen es nur nicht gleich merken

Die Kanzlerin hat guten Grund für diesen Appell: Sie hat schließlich einen Stapel von Problemen aufgehäuft, vor dem die Staatsmacht immer offensichtlicher kapitulieren muss. Die Sicherheit im öffentlichen Raum löst sich zunehmend auf infolge der wahllosen Grenzöffnung. Mit dem Aufruf zum "Zusammenhalt“ delegiert sie die Schwierigkeiten elegant ans Volk, dem man das alles eingebrockt hat, Parole: Reißt euch zusammen!

Zusammenhalt ist auch in Europa wichtiger denn je. Zum Glück konnten wir erfahren, dass die SPD mit ihrer Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ nicht allein steht. Der Vizechef der FDP-Bundestagsfraktion, Alexander Graf Lambsdorff, hat geschworen, dass seine Partei die Sozialdemokraten in diesen Ansinnen entschieden unterstützt.

Allerdings hat er im „Morgenmagazin“ bemängelt, wie die Sozis zur Auflösung der souveränen Nationalstaaten gelangen wollen. Die Forderung, dass wir diese „Vereinigten Staaten“ schon bis 2025 erreichen sollen, sei unrealistisch. Man müsse stattdessen den Weg dorthin über viele konkrete Einzelmaßnahmen gehen, aus denen der europäische Bundesstaat am Schluss ganz von selbst hervorgehe.

Lambsdorff will zur alten Salamitaktik zurückkehren, welche schon die Gründer der europäischen Gemeinschaft im Sinne hatten. Man locke die Völker mit lauter Einzelschritten in die gewünschte Richtung, ohne dass die einfachen Leute merken, wohin die Reise am Schluss geht. Das sollen sie erst spitzkriegen, wenn es kein Zurück mehr gibt – Klappe zu, Affe tot!

Es ist das Hamelner Modell, das der liberale Graf empfiehlt. Schließlich wären die Kinder der Weserstadt dem legendären Flötenspieler auch nicht hinterher getrottet, wenn er ihnen schon mitten im Marsch eröffnet hätte, dass er sie ins Verderben lotst.

Angesichts einer derart ausgefeilten Strategie können wir kaum begreifen, warum die Begeisterung für die Europäische Union bei vielen Bürgern Europas so sehr nachgelassen hat. Graf Lambsdorff kann sich das auch nicht erklären. Vielleicht liegt es daran, dass allzu viele Menschen in Europa die nahe Falle schon ahnen können und ihren Flötenspielern daher zu misstrauen beginnen.

Solch eine Früherkennung durchs gemeine Volk erschwert den Fortschritt ungemein, wie wir auch in der quälenden Debatte um den dringend überfälligen Familiennachzug unserer Geflüchteten erleben müssen. Eines der triftigsten Argumente für den zahlreichen Nachzug der übrigen Familienmitglieder ist bekanntlich, dass die jungen Männer viel umgänglicher würden, wenn die Angehörigen auch alle hier sind.

Man könnte ebenso sagen: Erst wenn sich die vereinsamten Jungs traulich aufgehoben fühlen in dem, was wir als „orientalische Großfamilie“, oder, manchmal etwas grob formuliert, schlicht als „Araberclans“ kennen und schätzen gelernt haben, erst dann entfalten sie ihren ganzen Wert für unsere Gesellschaft. Der „Zusammenhalt“ in diesen Großfamilien soll ja obendrein ganz hervorragend funktionieren. Und die Integration erst: Insbesondere aus Berlin und Bremen hören wir, dass die Clans schon ganze Stadtteile dermaßen „integriert“ haben, dass die Polizei da gar nicht vorbeizuschauen braucht.

Trickreich muss man vorgehen, wenn die uneinsichtigen Leute nicht merken sollen, was abläuft. Das gilt für Europa wie gleichermaßen für die weitere Zuwanderung und „Integration“. Da beispielsweise alle Versuche, den Deutschen die Legalisierung der Kinderehe schmackhaft zu machen, nicht recht fruchten wollen, haben wir eine viel nettere Lösung gefunden: Damit der 17-jährige Orientale, der in Wahrheit 34 ist, seine 16-jährige Germanin einfangen kann, verhindern wir einfach, dass jemand sein wahres Alter überprüft.

Schon geht alles, was der Mufti erlaubt. Und die deutschen Gesetze sind im Handumdrehen so viel wert wie unsere Regeln der öffentlichen Ordnung in den Clan-integrierten Stadtteilen: gar nichts mehr. Die Anbahnung solcher Beziehungen übernimmt geschmackvollerweise der öffentliche-rechtliche „Kinderkanal“ („Kika“), während Menschenrechtler die medizinische Altersüberprüfung verhindern, indem sie sie als menschenverachtend brandmarken.

Es ist alles eine Frage des richtigen Standpunkts. Die sichtbare Zunahme konvertierter junger Frauen, die, eben noch stramm emanzipiert, ihre Ganzkörperverhüllung wie eine Erlösung anpreisen, spricht Bände. Wer sich nicht rühren will, spürt seine Fesseln nicht, sagt eine Erfahrung, die heute noch übertroffen wird. Denn wer mit seinem Verstand erst richtig durch ist, der hält die Fesseln der Frauenverhüllung sogar für das prunkvolle Geschmeide seiner „religiösen Selbstbestimmung“.

MEINUNGEN

*In „Welt online“ (3. Januar) erklärt der **italienische Germanist und Schriftsteller Claudio Magris** seine Begeisterung für Deutschland und die **deutsche Sprache**:*

„Ich begriff schon als Heranwachsender, dass diese Sprache sich einfach eignet für die ganz großen Fragen. Bildung – den Begriff kann man nicht übersetzen. Der ‚Sinn des Lebens‘, das klingt auf Italienisch fast lächerlich. Aber auf Deutsch weist einen die Sprache mitten in die organische Einheit des Lebens. Dieses Bohrende, Systematische hat mich ungemein fasziniert. Das österreichische defätistische Gewurschtel, das ja auch eine große Kulturtechnik ist, habe ich erst viel später schätzen gelernt.“

***Rainer Wehaus** sagt in den „Stuttgarter Nachrichten“ (4. Januar), warum er die **Kanzlerin** nicht aus ihrer **Verantwortung** für die Folgen der Asylkrise entlassen will:*

„Merkels Flüchtlingspolitik ist gescheitert. Sie hat die deutsche Bevölkerung ebenso gespalten wie Europa – und zudem ein erhebliches Maß an Armut und Kriminalität nach Deutschland gebracht. Man sollte halt aufpassen, welche Zeichen man als mächtige Regierungschefin setzt – und welche Versprechungen sich erfüllen lassen.“

*Ungarns Premier **Viktor Orbán** begründet im Gespräch mit der „Bild“-Zeitung (8. Januar), warum sein Land sich **nicht** an der Aufnahme **muslimischer Asylsucher** beteiligen will:*

„Wir betrachten diese Menschen nicht als muslimische Flüchtlinge. Wir betrachten sie als muslimische Invasoren. Um zum Beispiel aus Syrien in Ungarn einzutreffen, muss man vier Länder durchqueren, die alle nicht so reich wie Deutschland, aber stabil sind. Sie rennen also dort bereits nicht um ihr Leben. Auch dadurch wird belegt, dass sie Wirtschaftsmigranten sind, die ein besseres Leben suchen ... Wir glauben, dass eine hohe Anzahl an Muslimen notwendigerweise zu Parallelgesellschaften führt, denn die christliche und die muslimische Gesellschaft werden sich nie verbinden. Multikulturalismus ist nur eine Illusion.“

***Matthias Heitmann** erklärt im „Cicero“ (7. Januar), warum er nicht auf eine **Erneuerung der Politik** durch den jungen Nachwuchs der Parteien hofft:*

„Der Nachwuchs in den Parteien, auf den sich die schütteren Aussichten auf Besserung konzentrieren, ist ein Erzeugnis genau der Politik, deren gähnende inhaltliche Leere Grundlage der heutigen Stagnation ist ... Wer heute tatsächlich durch das parteiübergreifende System der geistig-moralischen Nivellierung nach oben kommt, hat sich Eigenschaften antrainiert, die weder zum Neu- und Selbstdenken prädestinieren, noch auf eine besonders starke Verwurzelung in der Alltags- und Arbeitswelt der Menschen, noch auf ein Interesse an beidem schließen lassen.“

***Joachim Steinhöfel** spottet im Debattenmagazin „The European“ (9. Januar) über **Justizminister Heiko Maas** (SPD) wegen dessen **Zensurgesetzes** (NetzDG):*

„Karl-Eduard von Schnitzler hat schließlich seinen Meister gefunden.“